



Plenarprotokoll

15. Sitzung

Kiel, Freitag, 11. November 2005

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	939	Perspektiven für die Westküste.....	939
Gesetzentwurf der Landesregierung		Landtagsbeschluss vom 1. September 2005	
Drucksache 16/203		Drucksache 16/192	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses		Bericht der Landesregierung	
Drucksache 16/301		Drucksache 16/344	
Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatterin	939	Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	940
Beschluss: Verabschiedung	939	Dr. Heiner Garg [FDP]	942
		Karsten Jasper [CDU]	944
		Detlef Buder [SPD].....	946

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	948	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Lars Harms [SSW].....	950	Drucksache 16/356	
Konrad Nabel [SPD].....	953	Dr. Heiner Garg [FDP].....	970, 975
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	953	Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	971
Reform der europäischen Zuckermarktordnung	954	Frank Sauter [CDU].....	972
Landtagsbeschluss vom 1. September 2005		Anna Schlosser-Keichel [SPD].....	973
Drucksache 16/210		Lars Harms [SSW].....	974
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	954	Rainer Wiegard, Finanzminister	976
Klaus Klinckhamer [CDU]	955	Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 16/316 und 16/356 an den Finanzausschuss.....	977
Dr. Henning Höppler [SPD].....	956	Erhalt der eigenständigen Universitäten in Schleswig-Holstein	977
Günther Hildebrand [FDP].....	957	Antrag der Abgeordneten des SSW	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	958, 961	Drucksache 16/350	
Lars Harms [SSW].....	959, 962	Anke Spoorendonk [SSW].....	978, 984
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	960	Niclas Herbst [CDU].....	979
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung	962	Jürgen Weber [SPD]	980
EU-Strukturförderung	962	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	981
Antrag der Fraktion der FDP		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	983, 986
Drucksache 16/318		Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	984
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	962	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss	986
Dr. Heiner Garg [FDP].....	964	Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen	986
Manfred Ritzek [CDU]	965	Landtagsbeschluss vom 2. September 2005	
Anette Langner [SPD].....	966	Drucksache 16/209 (neu)	
Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	967	Bericht der Landesregierung	
Lars Harms [SSW].....	968	Drucksache 16/322	
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 16/318 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss	986
2. Überweisung des Berichts an den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	969	Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung	987
Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG) - Ermäßigte Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel	970	Landtagsbeschluss vom 17. Juni 2005	
Antrag der Fraktion der FDP		Drucksachen 16/125 und 16/131	
Drucksache 16/316		Bericht der Landesregierung	
		Drucksache 16/343	
		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss	987
		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereit-	

stellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006.....	987	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“	989
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/247		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/309	
Bericht- und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/331		Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss	989
Günter Neugebauer [SPD], Berichter- statter	987	Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Er- richtung von „Dataport“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	989
Beschluss: Verabschiedung in der Fassung Drucksache 16/331	987	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/321	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Ergänzung des Gesetzes be- treffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein vom 3. Januar 1873.....	988	Beschluss: Überweisung an den Finanz- ausschuss und den Innen- und Rechts- ausschuss	989
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/239		Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landesver- waltungsgesetzes.....	989
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/332		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/335	
Werner Kalinka [CDU], Berichterstatter	988	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	989
Beschluss: Verabschiedung	988	Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landesschlich- tungsgesetzes	988
Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landesschlich- tungsgesetzes	988	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/240	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/240		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/333	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/333		Werner Kalinka [CDU], Berichterstatter	988
Werner Kalinka [CDU], Berichterstatter	988	Beschluss: Verabschiedung	988
Beschluss: Verabschiedung	988	Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landeskrebs- registergesetzes	988
Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Landeskrebs- registergesetzes	988	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/348 (neu)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/300		Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drucksache 16/363	
Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss.....	988	Astrid Höfs [SPD], Berichterstatterin	989
		Beschluss: Verabschiedung	989

Gemeinsame Beratung		Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde	990
a) Reformbedarf bei Amtsgerichten	989	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/18	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/303		Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 16/339	
b) Planungen zur Struktur der Gerichte in Schleswig-Holstein	990	Hans-Jörn Arp [CDU], Berichterstatter .	990
Landtagsbeschluss vom 17. Juni 2005 Drucksache 16/123		Beschluss: Ablehnung des Antrages Druck- sache 16/18	991
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/342 (neu)		Bundesratsinitiative für ein „Flughafen- Lübeck-Gesetz“	991
Beschluss: Überweisung des Antrages Drucksache 16/303 und des Berichts Drucksache 16/342 (neu) an den Innen- und Rechtsausschuss	990	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/221	
Bericht über die Trilaterale Watten- meerzusammenarbeit	990	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 16/340	
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/306		Hans-Jörn Arp [CDU], Berichterstatter .	991
Beschluss: Annahme.....	990	Beschluss: Ablehnung des Antrages Druck- sache 16/221	991
Gaspreise in Schleswig-Holstein	990	Haushaltsrechnung und Vermögensüber- sicht für das Haushaltsjahr 2004	992
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/319		Bericht der Landesregierung Drucksache 16/324	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP Drucksache 16/360		Beschluss: Überweisung an den Finanz- ausschuss	992
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 16/319 im Einvernehmen mit den Antragstellern für erledigt erklärt 2. Annahme des Antrages Drucksache 16/360	990	* * * *	
Beratungsstellen FRAU & BERUF	990	Regierungsbank:	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/338		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
Beschluss: Annahme.....	990	Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minister- präsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen	
Öffentliches Auftragswesen in Schleswig- Holstein	990	Dr. Ralf Stegner, Innenminister	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/349		Rainer Wiegard, Finanzminister	
Beschluss: Annahme.....	990	Dietrich Austermann, Minister für Wissen- schaft, Wirtschaft und Verkehr	
		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	
		* * * *	

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich eröffne die Sitzung. Ich begrüße Sie herzlich. Erkrankt ist Herr Minister Dr. von Boetticher. Wir wünschen ihm gute Besserung. Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Dr. Wadephul und Magnussen. Entschuldigt ist Herr Minister Döring.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Realschule Lütjenburg und Seniorinnen und Senioren aus Ellerbek. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Geschäftsleitend weise ich darauf hin, dass die Fraktionen übereingekommen sind, dass wir in der Mittagspause durchtagten. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Ich würde gern fahrplangemäß beginnen. Das ist nicht möglich, weil der berichtende Minister zurzeit nicht anwesend ist. Ich schlage daher vor, zunächst die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache zu behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/203

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/301

Ich erteile der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Sigrid Tenor-Alschausky, das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein ist die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz bisher durch eine von allen - dem Land und den Beratungsstellen - getragene Förderrichtlinie geregelt.

Nunmehr liegt eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vor, nach der eine Förderung nach einer Schwangerschafts- beziehungsweise Schwangerschaftskonfliktberatung nur dann mit der Begründung abgelehnt werden kann, wenn das Land die Kriterien für die Auswahl unter den konkurrierenden Beratungsstellen gesetzlich festgelegt hat. Eine

gesetzliche Regelung gibt es in Schleswig-Holstein aber, wie ich bereits gesagt habe, nicht.

Mit dem nun in zweiter Lesung vorliegenden Gesetzentwurf zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz soll die bisherige Förderrichtlinie in Gesetzesform gegossen werden. Das bisherige Beratungsangebot bleibt bestehen.

Der Gesetzentwurf ist dem Sozialausschuss federführend und dem Innen- und Rechtsausschuss zur Mitberatung durch Plenarbeschluss vom 1. September 2005 überwiesen worden. Der Sozialausschuss hat ihn am 15. September 2005 beraten. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Der beteiligte Innen- und Rechtsausschuss hat sich diesem Votum in seiner Sitzung am 26. Oktober 2005 angeschlossen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/203. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich bitte nun um Kundtun der Fraktionen, was sie wollen. Wollen wir weiter die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache behandeln oder in die Tagesordnung übergehen? Herr Minister Austermann, der im Stau steckte - wie ich gehört habe -, ist da. Ich schlage vor, wir gehen in die ordentliche Reihenfolge der Tagesordnung zurück.

Ich rufe, wie es vorgesehen war, Tagesordnungspunkt 43 auf:

Perspektiven für die Westküste

Landtagsbeschluss vom 1. September 2005

Drucksache 16/192

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/344

Für diesen Bericht erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für das Verständnis für die kurze Verspätung. Das Thema ist so wichtig, dass ich gern von Anfang an dabei sein wollte. Die Stärkung der Westküste ist in diesem Haus seit Jahren ein Thema. Ich kann mich aus der früheren Tätigkeit des Ministerpräsidenten und meiner als Abgeordneter daran erinnern, dass wir an der Westküste immer gesagt haben, die jeweilige Landesregierung - das war auch einmal eine CDU-geführte - sitzt mit dem Gesicht zur Ostsee und mit dem Hintern zur **Westküste**. Wir haben es immer so empfunden, dass die **Region** nicht stark genug beachtet wurde. Das hat sich in der Tat seit einiger Zeit geändert - ich sage ausdrücklich: seit einiger Zeit -, weil an vielen Stellen Investitionen unterstützt und vorgenommen wurden, die die Westküste ein Stück vorangebracht haben.

Dabei darf man nicht übersehen, dass die Zahl der Arbeitsplätze weit unterdurchschnittlich ist - das ist lediglich in der Sommersaison etwas anders - und dass die Zahl der Hightecharbeitsplätze im Vergleich zu anderen Regionen nach wie vor zu gering ist. Wenn man den Überblick über das ganze Land hat, stellt man fest, dass in einem Monat manchmal mehr in Lübeck oder Kiel durch **Investitionen**, die die Landesregierung unterstützen kann, investiert wird als in einem ganzen Jahr an der Westküste. Die Situation muss verändert werden.

Die Westküstenregion bietet nämlich nicht nur ganz besondere Reize und prägt den Charakter des Landes wie keine andere, sie ist auch ökonomisch weniger stark entwickelt als andere. Immer wieder wurde und wird die Landesregierung nach dem Motto „Kiel ist ja weit weg“ verantwortlich gemacht. Richtig ist, dass wir uns stark anstrengen müssen. Sie können sicher sein: Diese Landesregierung ist beweglich genug, um sich allen Landesteilen zuzuwenden. Der Westen des Landes wird sicherlich nicht vergessen werden, solange der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister selbst dort leben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und der Chef der Staatskanzlei!)

- Der Chef der Staatskanzlei auch! Da er nicht da ist, habe ich ihn nicht erwähnt. Ich danke für den Hinweis, Herr Garg.

Wer den Bericht liest, den wir heute vorgelegt haben, wird erkennen, dass die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg ein großes wirtschaftliches Potenzial haben, die Beschäftigungssituation allerdings unterdurchschnittlich ist. Es gibt inzwischen

aber auch erfreuliche Initiativen aus der Region selbst, die Initiative „Pro Westküste“, an der sich viele politische Parteien beteiligt haben, auch die Gewerkschaften und Behörden vor Ort. Deren gemeinsames Ziel war, eine nachhaltige strukturelle Stärkung der Westküstenregion zu erreichen.

Wo liegen die eigentlichen Probleme? - Die Probleme liegen in der unzureichenden **verkehrsmäßigen Erschließung** sowohl in Ost-West- wie in Süd-Nord-Richtung. Wir brauchen deshalb dringend die **A 20**. Wir brauchen den **Lückenschluss bei der A 23**, der in den nächsten Wochen in der Tat erfreulicherweise starten wird. Wir wollen die B 5 als Erschließungsachse für den Industrieraum Brunsbüttel nach Möglichkeit dreistufig ausbauen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Tun Sie sich keinen Zwang an!

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen den dreistufigen, teilhöhenfreien Ausbau zwischen Tönning und Husum. Schaut man sich die Geschichte der **Ortsumgehung Husum** an und sieht, wie lange dort an der Verbindung bis zur dänischen Grenze geplant wird und wie wenig dort bisher realisiert ist, weiß, wovon ich rede.

Eine dreistreifige Spur bis Bredstedt sowie die Verbesserung der B 5 bis nach Niebüll zur Syltverladung müssen unbedingt erfolgen und zudem wird zurzeit in der Region Brunsbüttel geprüft, ob nicht der dreistreifige Ausbau der B 5 von der bald neu vorhandenen Störbrücke bis ins Industriegebiet erfolgen kann.

Verkehrsinfrastruktur heißt aber nicht nur Straße, sondern beinhaltet auch Häfen und Bahnverkehr, die Verkehrsanbindung der Inseln und Halligen sowie nicht zuletzt den Luftverkehr. Die Häfen an der Westküste werden zur Sicherung ihrer regionalwirtschaftlichen Funktion erhalten und gegebenenfalls ausgebaut. Den **Hafen Husum** unterstützt das Land weiter beim Ausbau zum **Service-Hafen** für die Hersteller und Betreiber von Offshore-Windkraftanlagen. Zurzeit läuft die Studie der Stadt Husum. Ziel ist es, eine aktualisierte Grundlage für die weiteren Entscheidungen für eine bedarfsgerechte und nutzungsorientierte Ausbauplanung zu erhalten.

Daneben sind Mitarbeiter meines Hauses zurzeit mit Vertretern der **Hafengesellschaft Brunsbüttel** im Gespräch, um zu kanalisieren, was sich an Möglichkeiten und Chancen für die Ansiedlung zusätzlicher Betriebe und durch einen Ausbau des Hafens abzeichnet.

Ich nenne Ihnen ein Problem, vor dem wir stehen: Der Hafen wurde einmal an einen Privatbetreiber

(Minister Dietrich Austermann)

verkauft. Wir haben die Häfen in Kiel und Lübeck in öffentlicher Hand. Insofern gibt es überhaupt kein Problem, in diese beiden Häfen öffentliches Geld zu investieren.

Wenn wir einen **privaten Hafentreiber** jedoch beim Ausbau unterstützen wollen, wird die **EU** wahrscheinlich beihilferechtliche Bedenken äußern. Deswegen haben wir ganz komplizierte Überlegungen anzustellen, wie wir dafür sorgen können, dass der **Elbehafen Brunsbüttel** an die Zeit und den zunehmenden Verkehr angepasst wird und wie wir die Chancen, die sich durch die Norddeutsche Affinaria, durch die Firmen Holcim und TSR und viele andere, die zurzeit großes Interesse daran haben, sich im Chemieraum Brunsbüttel anzusiedeln, nutzen können. Ich bin mir sicher, dass es heute einen Durchbruch bei den Gesprächen vor Ort geben wird.

In der Tat ist der Chemieraum Brunsbüttel durch das Pipelineprojekt, das in der letzten Legislaturperiode massiv gefördert und unterstützt wurde, gut weiterentwickelt worden. Dieses Projekt ermöglicht eine Verbindung der **Chemieleitung von Brunsbüttel nach Stade** und von Stade nach **Wilhelmshaven** und vielleicht später zum **Ruhrgebiet**. Vielleicht ergeben sich gute Chancen aus der Vernetzung.

Ich möchte das Thema Tourismus erwähnen. Wir haben hier großartige Chancen. Wir haben hier in letzter Zeit auch Investitionen angeregt. Es steht eine große Anzahl an Hotelneubauprojekten, die ein qualitativ gesteigertes Angebot aufweisen werden, in Rede. Wir werden mithilfe von EU-Mitteln, die noch zur Verfügung stehen, das eine oder andere Projekt bewältigen können. Ich habe allerdings den Eindruck, dass in der Region nicht immer die Chance, die damit verbunden ist, begriffen wird. Manch einer, der schon ein Quartier besitzt, wendet sich dagegen, dass Wettbewerb entsteht. Ich glaube, dass Wettbewerb auch in diesem Bereich zusätzliche Chancen insbesondere im höherpreisigen Angebot bedeutet und den Tourismus weiter stärken kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollen die **touristischen Potenziale** nachhaltig nutzen und dazu gehören die Projekte wie der „Blanke Hans“ in Büsum, das „Ludwig-Nissen-Haus“ in Husum und das „Erlebniszentrum Naturgewalten“ in List auf Sylt. Ich denke, dass das neue Anziehungspunkte für die Region sein werden.

Es reicht allerdings nicht aus, nur in Beton und Promenaden zu investieren. Gefragt sind auch helle Köpfe und wir müssen das vorhandene Know-how nutzen; auch diesbezüglich haben wir gute Anknüpfungspunkte. In den letzten Jahren sind drei

Technologiezentren in Niebüll, Meldorf und Itzehoe geschaffen worden, die Chancen bieten können. Es gibt die **Fachhochschule Westküste**, die inzwischen ihren 10-jährigen Geburtstag feiern konnte. Dort wollen wir zum Beispiel durch eine Stiftungsprofessur für den Bereich Tourismus neue Chancen ausloten.

Wir haben des Weiteren das **Forschungs- und Technologiezentrum Büsum**, das zu einem **Zentrum für Meeresbiologie** weiter ausgebaut wird. Ferner gibt es eine Reihe von Hightechbetrieben, die inzwischen im Innovationsraum Itzehoe arbeiten. Wir sehen sogar Anknüpfungspunkte, dass in Itzehoe durch die Erweiterung des dortigen Innovationszentrums **IZET** durch ein so genanntes **BIZET** die Chancen für die Ansiedlung weiterer Technologiebetriebe genutzt werden.

Die neue Ölpipeline zur Bohrinselformelplatte und der Bau der Ethylenpipeline rückt die Bedeutung **Brunsbüttels als Standort für die chemische Industrie** mehr in den Mittelpunkt. Ich hoffe, dass die chemischen Betriebe, die mit viel Unterstützung durch die öffentliche Hand in den 70er-Jahren angesiedelt wurden und zum Teil den Betreiber und den Inhaber gewechselt haben, die Richtung verlassen, Arbeitsplätze abzubauen. Ich hoffe vielmehr, dass wir durch die Vernetzung die Chance nutzen, zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich der chemischen Industrie zu generieren.

Ich möchte das Thema **Windenergie** unterstreichen, das hohe private Investitionen bringt. Allein durch das Repowering wird bis 2012 mit einem Investitionsvolumen von 2 Milliarden € gerechnet. Ich freue mich, dass wir uns mit dem Innenminister darin einig sind, zusätzliche Möglichkeiten durch Geländeausweisungen für **Megawindanlagen** im Raum Brunsbüttel zu schaffen. Viele Gelder, die aus Investitionen in die Windenergie resultieren, fließen in die Westküstenregion. Wir fördern die Windenergie zum Beispiel durch das Kompetenzzentrum Windenergie und die Unterstützung des Messestandortes Husum.

Ich habe Sorge, dass manch einer die Vorteile dieses Standortes erkannt hat. Hamburg bemüht sich, in Konkurrenz zu Husum eine Windmesse aufzubauen. Bremerhaven ist dabei, etwas Ähnliches zu tun. Das unterstreicht, wie sehr wir uns bemühen müssen, diese wertvolle Pflanze in Husum weiter zu pflegen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Ich möchte den **Mikrotechnologiestandort** Itzehoe erwähnen. Ich möchte erwähnen, dass mit der Firma Vishay und der SMI GmbH auch hochkarätige Firmen angesiedelt werden konnten, die an der Westküste für viele zukunftssichere Arbeitsplätze sorgen.

(Minister Dietrich Austermann)

Wir haben aus dem **Schleswig-Holstein-Fonds**, den die Koalition beschlossen hat, Geld für eine Offshore-Forschungsplattform, für ein marines Biotechnologiezentrum und für das Multimar Wattforum bereitstellen können und wir werden in den nächsten Tagen Geld für eine Großinvestition in Hemmingstedt bereitstellen, wo ein Unternehmen aus Dithmarschen die Abwärme einer Raffinerie für seine Gemüsezuchtanlage nutzen will.

(Beifall bei der CDU)

Die Entscheidung ist vor kurzem getroffen worden. Meine Hoffnung ist, dass mehrere Hundert Menschen in diesem gemeinsamen Gewerbegebiet zwischen Hemmingstedt und Heide - die Stadtgrenze ist dort offensichtlich kein Problem - Arbeit finden und weitere Ansiedlungen und Investitionen dieser Art nicht ausgeschlossen sind.

Ich wünsche mir in Zukunft mehr solcher Erfolgsgeschichten. Hier ist in der Tat ein Aufbruch im Gange und ich danke dem Antragsteller dafür, dass ich Gelegenheit hatte, das darzustellen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. - Für den Antragsteller, die FDP-Fraktion, hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mitte Juni ergriff die Landesregierung den strukturpolitischen Hammer - die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses können sich noch gut daran erinnern -, um die schleswig-holsteinische Westküste zu stärken. Ein wichtiges Mitglied des christlich-unionierten Westküstentriumvirats in der Landesregierung verkündete, man wolle mit Husum beginnen. Eben sagte derjenige, den ich meine - nämlich Wirtschaftsminister Austermann -, das Pflänzchen Windenergie müsse man besonders pflegen. Genauer gesagt handelt es sich dabei um die Ankündigung Wirtschaftsminister Austermanns, er wolle der **Stadt Husum** Millionen Euro bereits zugesagter **Fördermittel** streichen, das Geld sei besser in Brunsbüttel angelegt.

Nun, wir führten gestern eine Diskussion um die Frage direkt gewählter und nicht direkt gewählter Abgeordneter. Ich will nur ganz nebenbei erwähnen: Brunsbüttel liegt im Bundestagswahlkreis des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Austermann, Husum hingegen nicht.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki
[FDP]: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!)

Die anderen Mitglieder des Westküstentriumvirats im Kabinett sind übrigens der Ministerpräsident Carstensen höchstpersönlich und sein Chef des Stabes, Staatssekretär Maurus. Bei so viel Präsenz im Kabinett ist es dann wohl auch selbstverständlich, dass die Westküste nicht mehr nur ein Teil Schleswig-Holsteins ist. Nun ist sie ein integraler Bestandteil Schleswig-Holsteins, so steht es im ersten Satz des Berichts.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler
[CDU])

Mit anderen Worten: Die Westküste steht in Schleswig-Holstein für sich allein. Das Adjektiv „integral“ bedeutet nämlich „ein Ganzes ausmachend“ oder „für sich bestehend“. Wer mir nicht glaubt, der möge es nachschlagen. Wahrscheinlich wollte Herr Austermann sozusagen als Minister für klare Sprache ausdrücken, die Westküste sei ein integrierter Teil Schleswig-Holsteins. Dazu würde erstens der Inhalt des Berichts passen und zweitens, dass es in dessen letztem Abschnitt heißt - ich zitiere -: „Die Westküste Schleswig-Holsteins hat eine hohe Priorität für die Landesregierung.“

Eine solche Aussage, lieber Kollege Martin Kayenburg, provoziert geradezu folgende Fragen an den Ministerpräsidenten: Herr Ministerpräsident, welche Teile Schleswig-Holsteins sind aus Sicht der Landesregierung nicht in Schleswig-Holstein integriert? Welche Teile Schleswig-Holsteins haben für die Landesregierung keine Priorität?

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Fragen nachher von hier aus beantworten könnten. Wenn die **Westküste** hohen Vorrang hat - Vorrang, deutsch für „Priorität“ -, dann müssen andere Landesteile nachrangig behandelt werden, sonst wäre diese Aussage ohne jeden Inhalt und ohne Bedeutung. Das ließe dann allerdings darauf schließen, dass die Westküste doch kein integrierter, sondern eben nur ein integraler Bestandteil Schleswig-Holsteins wäre.

Wie auch immer die Landesregierung die Westküste betrachten und behandeln will, so ist eines klar: Wirtschaftlich gesehen ist die Westküste selbst für schleswig-holsteinische Verhältnisse strukturschwach. Sie ist durch unterdurchschnittliches Wachstum, unterdurchschnittlichem Wohlstand, niedrige Beschäftigung und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Das ist leider kein neuer Zustand. Diese Beschreibung zieht sich zum Beispiel durch alle

(Dr. Heiner Garg)

Berichte über die Anmeldungen des Landes zu den Rahmenplänen der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**.

In diesen Berichten werden übrigens auch schon seit vielen Jahren einige der **Infrastrukturprojekte** als wichtige Voraussetzung genannt, die wir auch im vorliegenden Bericht wiederfinden. Das Projekt **A 20** mit der Elbquerung zum Beispiel steht dort mindestens seit Mitte der 80er-Jahre, ebenso das **dritte Eisenbahngleis zwischen Pinneberg und Elmshorn**. Für Letztes wird schon genauso lange als wesentliche Voraussetzung genannt, dass zunächst der **Bahnhof in Elmshorn** saniert werden müsse. Diese Sanierung soll bekanntlich bis 2015 abgeschlossen sein, fast 30 Jahre nachdem eine Landesregierung zum ersten Mal festgestellt haben wollte, dass dieses Projekt besonders wichtig sei. So lange wird es dann gedauert haben, um allein die Voraussetzungen dafür zu schaffen, den angeblich störendsten Engpass im schleswig-holsteinischen Schienennetz zu beseitigen. Was für eine Perspektive für die Westküste!

In Deutschland ist Strukturschwäche ein relatives Problem. Innenminister Dr. Stegner hatte Recht, als er vorgestern anlässlich unserer Debatte zur Verwaltungsstrukturreform sagte: Die Menschen in vielen Ländern dieser Erde wären froh, sie hätten unsere Probleme, wenn sie ihre Probleme dafür loswürden. Dennoch zielt der Kampf gegen die **Strukturschwäche** bei uns darauf, dass die strukturschwächeren Gebiete zu den stärkeren aufschließen. Gemessen daran wurde das Ziel der Strukturpolitik an der Westküste jedoch bis jetzt verfehlt.

Je nachdem, welchen Indikator wir zugrunde legen, hat sich der Abstand der Westküste zum Durchschnitt des Landes nicht oder nur kaum verringert. Manchmal hat er sich sogar vergrößert. Das heißt keineswegs, dass diese Strukturpolitik ganz vergeblich gewesen und das Geld in den Wind geschossen worden wäre; denn vielleicht wäre die Lage und die Aussichten der Menschen an der Westküste heute noch viel schlechter, wenn sich das Land, der Bund und die Europäische Union dort merklich schwächer engagiert hätten.

Allerdings zeigen alle verfügbaren Daten, dass die herkömmlichen Instrumente der **Strukturpolitik** offensichtlich nicht geeignet waren, um einen beständigen Aufschwung an der Westküste zu erreichen. Vielleicht waren die Instrumente aber auch nur falsch dosiert. Deshalb haben wir in unserem Antrag mit Absicht nach den konkreten Maßnahmen gefragt, mit denen die Landesregierung die Strukturschwäche der Westküste abbauen will.

Dieser Aufforderung ist die Landesregierung ausführlich nachgekommen. Herr Minister Austermann, ich danke Ihnen und Ihren beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bericht und möchte, dass Sie meinen Dank weiterleiten. Nun wissen wir aber alle, dass ein guter Bericht die Westküste allein noch nicht stärkt. Die Maßnahmen, die im Bericht aufgezählt und erläutert sind, gleichen denen, mit denen schon seit Jahrzehnten versucht wird, die Wirtschaftsstruktur an der Westküste zu stärken, aber, wie ich bereits gesagt habe, leider relativ erfolglos. Immerhin will die Landesregierung mehr tun, mehr vom Gleichen. Dahinter mag die Idee stehen, dass - angelehnt an das Motto „Viel hilft viel“ - noch mehr noch besser helfen könnte. Ob das stimmt, können wir getrost dahingestellt sein lassen; denn das Geld, das die Landesregierung auf absehbare Zeit an der Westküste investieren kann, reicht nicht für die Option „Viel hilft viel“ und schon gar nicht für die Option „Noch mehr hilft noch besser“.

Dafür kann die CDU nichts. Die SPD trägt daran erhebliche Schuld. Aber diese Feststellung über Schuld und Unschuld am Raubbau am Landesvermögen und am öffentlichen Investitionsstreik in Schleswig-Holstein ändern nichts an den sehr begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Landes. Wir werden nachher noch darüber sprechen: Zukünftig wird das Land wahrscheinlich über noch weniger Geld verfügen; denn die **Europäische Union** wird den reichen westeuropäischen Ländern zukünftig weniger Fördermittel zuweisen. Selbstverständlich müssen wir darum kämpfen, auch künftig von der Europäischen Union möglichst viel Geld zu bekommen. Aber unser Kuchenstück daran wird kleiner werden.

Angesichts der Wirkungsschwäche der herkömmlichen Förderinstrumente und der schrumpfenden Mittel stellen sich mir also folgende Fragen: Welche Perspektiven haben die Menschen, die an der Westküste leben und besonders diejenigen, die dort arbeiten beziehungsweise die dort arbeiten wollen? Was können wir als Landespolitik dazu beitragen, diese Perspektiven zu verbessern, und zwar so zu verbessern, dass mehr junge Menschen dort so gute Perspektiven haben, dass sie nicht nur dort leben wollen, sondern dass sich dies auch genügend junge Menschen leisten können, weil sie dort die Chance haben, Arbeit zu finden?

Ich kann diese Fragen für mich noch nicht befriedigend beantworten, die Landesregierung kann es in ihrem Bericht allerdings auch nicht. Wie bereits gesagt: Das, was berichtet wird, hat in der Vergangenheit leider nur ausgereicht, um den weiteren relativen Abstieg der Westküste zu vermeiden. Was

(Dr. Heiner Garg)

wir aus unserer Sicht brauchen, ist ein Schulterschluss mit allen Beteiligten aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, Ideen zu entwickeln und Strategien zu deren Umsetzung zu erarbeiten, damit die Menschen, die an der Westküste leben, nicht nur einen kraftvollen Ministerpräsidenten haben, sondern auch einen kraftvollen Aufschwung in ihrer Region erleben. Ich würde mich freuen, wenn wir uns hierüber im Wirtschaftsausschuss weiter austauschen können.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Garg. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Karsten Jasper. Das ist seine erste Rede in unserem Plenum. Ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Karsten Jasper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke als Erstes Herrn Minister Austermann und den Mitarbeitern des Ministeriums für den aufschlussreichen Bericht. Zweitens danke ich der FDP-Fraktion, dass sie den Bericht beantragt hat, über den wir heute zu sprechen haben.

Die Westküste ist nicht etwa der Nationalpark Wattenmeer, abgetrennt durch einen hohen Zaun, vor dem Touristen stehen, die die Einwohner wie exotische Tiere bestaunen. Wir von der Westküste sind selbstbewusste, manchmal - Herr Garg hat es gesagt - etwas eigensinnige Menschen, die auf ihre schöne und abwechslungsreiche Landschaft stolz sind, auf unsere Kultur und, mien lever Peter Harry, op de plattdüütsche Spraak. Dat will ik hier ok maal seggen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auch ein großes wirtschaftliches Potenzial, das wir auch positiv zu nutzen wissen. Dass wir ausgesprochen durchsetzungsstark sind, beweist unser nordfriesischer Ministerpräsident Peter Harry Carstensen jeden Tag. Durch Europäisierung und Globalisierung hat sich die Welt verändert. Es werden Grenzen überwunden. Wir brauchen diese Entwicklung. Sie bietet uns Chancen, die wir nutzen müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das habe ich nicht verstanden!)

- Was haben Sie nicht verstanden? Das, was der Ministerpräsident gesagt hat, haben Sie nicht verstanden?

(Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Jasper und sonst niemand.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht kann die CDU noch einmal für den Ministerpräsidenten klatschen!)

Karsten Jasper [CDU]:

Das machen wir doch gern. Wir sprechen heute zunehmend von Metropolregionen. Von der **Metropolregion Hamburg** profitieren bereits heute Steinburg, das südliche Dithmarschen bis hin nach Brunsbüttel. Gerade die Westküste einschließlich der Unterelbe ist mit Fug und Recht als ländlicher Raum zu bezeichnen. Noch in den 70er- und 80er-Jahren war die Westküste stark durch die Landwirtschaft geprägt. Wir an der Westküste sind dabei, diesen **Strukturwandel in der Landwirtschaft**, mein lieber Claus Ehlers, positiv zu bewältigen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Umso wichtiger ist es heutzutage, die **weltweiten Märkte** schnell und direkt zu erreichen. Dies ist aber nur durch eine **leistungsfähige Infrastruktur** zu schaffen. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur bei Straße, Schiene und Wasser sind bereits durch Minister Austermann in seiner dynamischen Westküstenart - die wurde schon angesprochen - angegangen und realisiert worden.

Die neue Lebensader für Schleswig-Holstein, die A 20 mit Elbquerung westlich von Hamburg, ist das Verkehrsprojekt mit höchster Priorität innerhalb der großen Koalition. Die Autobahn wird zu einer wirtschaftlichen Belebung der Westküste beitragen, aber nur dann, wenn der Anschluss an das niedersächsische Fernstraßennetz gewährleistet wird. Für die Weiterentwicklung der Westküste bedarf es aber auch eines Ausbaus der übrigen Infrastrukturmaßnahmen, als da wären: zügiger dreistreifiger Ausbau der B 5, Elektrifizierung der Bahntrasse mit Anschluss an das dänische Esbjerg, Ausbau von DSL- und UMTS-Netzen

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

sowie der Erhalt der Sparkassenlandschaft und der umfassenden Leistungen der Post. Hier ist die Landesregierung gefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Was wir an der Westküste und in ganz Schleswig-Holstein brauchen, ist eine aktive und zielgerichtete

(Karsten Jasper)

Förderpolitik. Die Zeit der Gießkannenmentalität ist vorbei. Durch die Erweiterung der EU im Mai letzten Jahres werden die Fördertöpfe nicht praller. Was wir brauchen, ist eine kompetente Aufstellung in Brüssel und in Berlin.

(Beifall bei CDU und SPD)

Durch das Hanse-Office in Brüssel müssen wir erreichen, dass gerade für die Westküste und Schleswig-Holstein Chancen genutzt werden.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut!)

Durch Staatssekretär Dr. Schüler werden in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin in hervorragender Weise Kontakte zwischen Wirtschaftsvertretern aus Schleswig-Holstein und Vertretern der Bundesrepublik geknüpft. Solche Kontakte werden wir knüpfen, um Investoren für die Westküste zu begeistern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die **Tourismusbranche** - das hat Minister Austermann auch angesprochen - spielt an der Westküste eine herausragende Rolle, die es zu stärken gilt. Wir haben in ganz Schleswig-Holstein 4.600 Beherbergungsbetriebe und 6.500 Gastronomiebetriebe. Eine große Zahl dieser Betriebe arbeitet an der Westküste und im Unterelbebereich. 50 % der Übernachtungen finden in Privatquartieren statt. Wir müssen mit Hochdruck eine Qualitätsverbesserung durch eine Zertifizierung der Betriebe erreichen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Im Moment arbeiten viele Akteure daran, durch neue Produktbausteine, wie zum Beispiel Wassertourismus, vorhandenes Profil zu schärfen, um im deutschland- und europaweiten Wettbewerb besser bestehen zu können.

Die schwache Einnahmesituation der letzten Jahre hat die Investitionsbereitschaft stark gebremst. Längst überfällige Ersatz- und Modernisierungsmaßnahmen wurden immer weiter verschoben. Die große Koalition hat hier sehr schnell reagiert. Mit der **Investitionsoffensive** der Landesregierung, des Tourismusverbandes und der DEHOGA sowie dem neu geschaffenen Schleswig-Holstein-Fonds wurden wichtige Zeichen gesetzt. Weitere Hausaufgaben stehen noch an. Die Tourismusmarketingstrukturen sind immer noch viel zu kleinteilig. Beim Marketingbereich müssen wir weg vom Kirchturmdenken. Wir müssen hin zu touristischen Zielgebieten und dürfen uns nicht an kommunalen Strukturen und Grenzen orientieren.

(Beifall bei CDU und SPD - Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Dass wir in diesem Bereich auf einem guten Weg sind, hat gerade in der letzten Woche die Auszeichnung mit drei Tourismus-Oscars anlässlich des deutschen Tourismustages in Saarbrücken gezeigt.

Auch wenn die Landwirtschaft nicht mehr die herausragende Rolle wie vor einigen Jahrzehnten spielt, bietet gerade die Ernährungswirtschaft in unserem Landstrich gute Perspektiven. Zahlreiche hoch qualifizierte Betriebe an der Westküste haben sich sowohl in der Herstellung, Verarbeitung wie auch im Vertrieb auf qualitativ hochwertige Produkte spezialisiert und sind in diesem Marktsegment sehr erfolgreich.

Auch im Hochschulbereich spielt die Westküste seit Gründung der Fachhochschule in Heide ganz vorn mit. Das Studienangebot Tourismusmanagement erweist sich als absoluter Renner und macht die FH Westküste in ganz Deutschland bekannt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Lassen Sie mich ein paar weitere Beispiele nennen, die das **wirtschaftliche Potenzial** der **Westküste** verkörpern. Erfolgreiche Kooperation zwischen Technologiezentren und Wirtschaft beweist auch das Beispiel des Forschungs- und Technologiezentrums in Büsum. Zahlreiche Firmen haben sich durch das FTZ vor Ort angesiedelt. Die Ansiedlung von IZ und ISiT in Itzehoe hat einen spürbaren Aufschwung in der Region gebracht.

Das Kompetenzzentrum „Windenergie“ ist ein Beispiel dafür, wie man im Bereich Windenergie Kompetenzen bündelt, Weiterentwicklungen vorantreibt und Wissenstransfer in Unternehmen leistet. Hier ist ein effizientes Netzwerk für die Windenergiebranche entstanden. Es zeigt sich bereits heute, dass wir durch die landwirtschaftliche Prägung jede Menge Know-how in Wissenschaft und Wirtschaft zu bieten haben.

Bei der MARINA Biodiesel GmbH steht eine der größten Biodieselanlagen in ganz Europa. Die MARINA GmbH hat mit einer Kapazität von 150.000 t Biodiesel auf dem Bayer-Gelände eine innovative Produktionsstätte errichtet. MARINA steht übrigens für „Maschinenring nachwachsende Rohstoffe“. 90 % der Gesellschafter kommen aus dem schleswig-holsteinischen Agrarbereich.

Es gilt, weiterhin neue Ideen zu identifizieren, um dann potenzielle Erzeuger, Verarbeiter und Vermarkter zusammenzuführen, um neue Erwerbsalternativen bereitzustellen. Wir brauchen diese innovativen Arbeitsplätze für die Region.

(Karsten Jasper)

Fazit meiner ersten Rede vor diesem hohen Haus: Die Westküste zeichnet sich als multifunktionaler ländlicher Raum aus, und zwar durch hohe Lebensqualität, hohe Wohn- und Freizeitwerte, eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung, hohe Umweltqualität und eigenständige Profile. Diese Qualitäten müssen wir optimieren, um die Attraktivität der Westküste für den Wettbewerb um Investoren, Gäste und Bewohner hervorzuheben.

Herr Garg, lassen Sie uns endlich beginnen, über die Stärken der Westküste zu reden und nicht dauernd über die Schwächen zu jammern!

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir werden an der Westküste diese Herausforderung gemeinsam mit der Landesregierung und dem Westküsten-Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen anpacken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich hoffe, dass er Schleswig-Holstein-Ministerpräsident ist!)

- Herr Garg, frei nach einem bekannten Slogan: Es gibt viel zu tun an der Westküste, packen wir es gemeinsam an!

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Abgeordneten Jasper. - Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich nunmehr dem Herrn Abgeordneten Detlef Buder.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zur Vorklärung: Wir an der Westküste, insbesondere diejenigen, die direkt am Wasser wohnen, unterscheiden nicht zwischen „integriert“ oder „integral“, sondern wir legen großen Wert darauf, dass wir integer sind.

(Beifall)

Das sollte man auch bei den Ausführungen, die Sie jetzt von mir hören werden, bedenken. Da wird sich natürlich einiges wiederholen, das möchte ich gern im Vorwege sagen. Die Ursache liegt in der Sache.

Ich freue mich, dass wir einen Wirtschaftsminister haben, der sich der Westküste zugehörig fühlt. Er hat allerdings einen Nachteil: Er kommt nicht direkt von der Küste so wie wir, sondern wohnt mehr im Binnenland auf der Geest. Aber da soll es ja auch sehr schön sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Binnenland? Habe ich das richtig verstanden? - Zuruf von

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen
[CDU])

- Das ist wohl wahr, Herr Ministerpräsident, aber bei Itzehoe kann man das nicht so sagen.

Ich danke natürlich dem Ministerium für den vorgelegten Bericht und dem Kollegen Garg für seinen Antrag, der uns nun Gelegenheit gibt, hier im Parlament unsere **Entwicklungsvorhaben** an der **schleswig-holsteinischen Westküste** einmal vorzustellen. Sehr geehrter Herr Kollege Garg, aber es ist nicht so - das wissen Sie auch -, dass die Landesregierung in der Vergangenheit nichts für die Westküste getan hätte oder dass das Parlament hierüber nicht informiert worden wäre. Es ist eigentlich auch nicht so, dass es zu wenig gewesen ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

An einigen Punkten will ich Ihnen das gleich erläutern.

Die schleswig-holsteinische Westküste gehört - wie wir alle wissen - zum Ziel-2-Gebiet, was uns in den vergangenen Jahren ermöglicht hat, dort in erheblicher Höhe EU-Mittel zur Verfügung zu stellen. Allein in der letzten Vergaberunde aus dem Regionalprogramm im September 2005 haben wir 3,45 Millionen € für den zweiten Bauabschnitt der Um- und Neugestaltung der Kurpromenade in St. Peter-Ording, 46.000 € für das Projekt Kultur und Tourismus, 3,6 Millionen € für die dritte Ausbaustufe des Multimark-Wattforums in Tönning und 390.000 € für die Modernisierung der Hafenanlage Wittdün zur Verfügung gestellt. Auch in den vorangegangenen Vergaberunden wurde die Westküste mit zahlreichen Projekten berücksichtigt, so zum Beispiel das Demonstrations- und Event- oder Sturmflutenzentrum „Blanker Hans“ in Büsum, das eine erhebliche Investitionssumme nach sich zog, die direkt aus der Gemeinde kam. Hier ist also sehr viel mehr Geld bewegt worden, als in Kiel bewilligt worden ist.

Oder denken Sie - das wird immer vergessen - an den Küstenschutz, der in hohem Maße der Nordseeküste zugute kommt, oder an das Kompetenzzentrum „Windenergie“, das - wie wir vorhin schon gehört haben - die Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen Westküste, Flensburg und Kiel sowie den Universitäten Flensburg und Kiel bündelt und das erst im Juli 2005 einen Förderbescheid über 627.000 € erhalten hat.

Wir fördern Kooperationen zwischen der Fachhochschule Westküste und den regionalen technologieorientierten Unternehmen. Wir investieren Millionen in die landeseigenen Häfen an der Westküste. Wir inves-

(Detlef Buder)

tieren in Forschung und Entwicklung. Wir stärken den Tourismus. Wir bauen nach und nach die Infrastruktur aus. Wir schützen das Wattenmeer als einzigartigen Naturraum und nutzen ihn gleichzeitig als touristisches Argument.

(Beifall bei der SPD)

Die Westküste wird auch weiterhin stark touristisch ausgerichtet sein. Touristisch, das heißt nicht: konventionell, rückwärts gerichtet, langweilig. Ich weiß sehr genau, was es bedeutet, hier umzusteuern, weil ich aus einem touristisch sehr exponierten Ort komme. - Im Gegenteil: Mit unseren Ressourcen können wir moderne Tourismuskonzepte umsetzen. Wir können Umweltschutz und Tourismus, technologieorientierte Wirtschaft und Tourismus, Fischerei und Tourismus verbinden. Wir werden uns in der Zukunft weit mehr als bisher als Erholungslandschaft für die Metropolregion Hamburg entwickeln müssen: mit Kurzurlaubsangeboten, mit attraktiven Nahverkehrsangeboten und mit spannenden Ausflugszielen bei gleichzeitiger Ausrichtung auf die naturnahe Struktur unserer Region. Ein gutes Beispiel für eine solche Entwicklung ist die in Gründung befindliche Arbeitsgemeinschaft für Tourismus Unterelbe. Damit ist der gesamte Westküstenraum in diesem Bereich touristisch abgedeckt und es kann ein übergreifendes touristisches Konzept entwickelt werden. Dass das etwas länger gedauert hat, als es sich einige aus den städtischen Räumen vorgestellt haben, hängt schlicht und ergreifend - -

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann warst du denn das letzte Mal da? - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Buder und sonst niemand.

Detlef Buder [SPD]:

Lassen Sie uns doch den interessanten Äußerungen des Kollegen Kubicki und des Kollegen Hay lauschen. Wir haben es mit zwei Spezialisten für die Westküste zu tun.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das lasse ich nicht.

(Zuruf - Heiterkeit)

Detlef Buder [SPD]:

So trägt jeder zur Erheiterung des Parlaments bei. - Zurück zu meiner Rede.

Dass es nicht so schnell gegangen ist, wie sich das einige vorgestellt haben, hängt ausschließlich damit zusammen, dass wir an der **Westküste** die **unterschiedlichsten Interessen** der unterschiedlich entwickelten industriellen, landwirtschaftlichen und touristischen Bereiche zusammenbinden müssen; denn wir wollen alle im selben Boot sitzen und in dieselbe Richtung rudern, was nicht in allen Bereichen Deutschlands der Fall ist.

Die sechs schleswig-holsteinischen Häfen Glückstadt, Friedrichskoog, Büsum, Tönning, Friedrichstadt und Husum, die im Besitz des Landes sind, sollen nach unserer Vorstellung unter intensiver Einbeziehung des Umlands entwickelt werden. Dabei werden sich für die Häfen voraussichtlich sehr unterschiedliche Ziele ergeben.

Während für den Husumer Hafen derzeit eine aktualisierte Angebots- und Bedarfsanalyse erstellt wird - deren Vorlage erwarten wir im Dezember 2005 -, die auf die Nutzung für Offshore-Zwecke und andere primär wirtschaftliche Zwecke ausgerichtet ist, wird beispielsweise für den Hafen Friedrichskoog eine verbesserte Einbindung in ein touristisches Gesamtkonzept eine bedeutende Rolle spielen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Insbesondere werden wir hierbei auf die Weiterentwicklung des Wassertourismus setzen müssen. Das wird sich aufgrund der Struktur des Friedrichskooger Hafens einfach so ergeben müssen. Die Finanzierung des Ausbaus landeseigener Häfen erfolgt im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds, was wir begrüßen.

Zur Einbeziehung des Umlandes sind die Verkehrsinfrastruktur, die Interessen der örtlichen Wirtschaft, der örtlichen Bevölkerung und des Naturschutzes von besonderer Bedeutung. In Bezug auf die Wirtschaft sollte die Nutzung durch junge, innovative Unternehmen besonders berücksichtigt werden. Ein Partner für künftige Entwicklungen könnte auch das Kompetenzzentrum „Marine Aquakultur“ in Büsum sein, das die Entwicklungen in diesem Bereich bündelt. Das Kompetenzzentrum „Windenergie“ sollte ebenfalls einbezogen werden, um frühzeitigen Bedarf feststellen zu können. Dies ist gestern aufgrund der intensiven Diskussion um die Energiestandorte in Schleswig-Holstein deutlich geworden.

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung, beim Tourismus und beim Leben mit und in der Natur kann es

(Detlef Buder)

nicht darum gehen, über die Köpfe der Nordfriesen und Dithmarscher hinweg zu planen. Die Steinburger beziehe ich da auch mit ein. Entwicklung muss nachhaltig sein und muss die unterschiedlichen, teilweise konträren Interessen berücksichtigen.

Mit den Kooperationen zwischen Forschung und Wissenschaft einerseits und der örtlichen Wirtschaft andererseits wollen wir auch weiterhin behutsam, nachhaltig und an den tatsächlichen Erfordernissen der Region orientiert Entwicklung ermöglichen.

Das Nationalparkamt hat sich hier zu einem Mittler zwischen Ökonomie und Ökologie entwickelt. Wer bei der Eröffnung der Pipeline von der Bohrsel Mittelplate nach Friedrichskoog war, der weiß, dass da insbesondere von RWE die positive Rolle des Nationalparkamtes, vor allem was die Zusammenarbeit in Bezug auf die Planung, Projektierung und Durchführung der Pipeline angeht, hervorgehoben worden ist. Der Ministerpräsident, der wie ich bei der Eröffnung war, hat sich sicherlich genauso wie ich darüber gefreut, dass die Industrie auch den Nationalpark besonders hervorgehoben hat. Das Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld, das unter anderem für uns zuständig ist, hat ebenfalls die besondere Rolle des Nationalparkamtes hervorgehoben.

Kooperationen zwischen Reedern und **Nationalparkamt** und die Bemühungen um den Titel „Nationalparkfreundliche Gemeinde“ - so will ich das einmal umschreiben - sind hier wegweisend. Wenn Sie die Diskussion um diesen Titel verfolgt haben, dann wissen Sie, dass es bei dem Streit eigentlich nur darum gegangen ist, ob das Schild „Nationalparkfreundliche Gemeinde“ unter dem gelben Ortsschild aufgehängt werden darf.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Buder, die zehn Minuten sind zu Ende.

Detlef Buder [SPD]:

Ich komme zum Ende. - Ich kann Ihnen sagen: Wir haben das auf dithmarsche Art und Weise gelöst.

Die Meerestechnik im weitesten Sinne, von Offshore-Windenergie bis zur Marinakultur, bietet solche Entwicklungschancen, die wir hier nutzen sollten.

Das maritime Gesundheitswesen beispielsweise ist ein spannendes Entwicklungsfeld für die Zukunft, dessen Entwicklungs- und Wachstumschancen in Schleswig-Holstein wir nutzen sollten.

Für meine Fraktion gilt: Wir wollen die Westküste so weiterentwickeln, wie wir es in der Vergangenheit begonnen haben. Wir wollen nachhaltiges, sanftes

Wachstum. Wir wollen die Regionen mit ihren spezifischen Interessen einbinden. Wir wollen moderne, neue Wirtschaftszweige an die Westküste holen. Wir wollen die Fachhochschule Westküste mit ihrer vielseitigen Ausstrahlung stärken. Wir wollen die Weiterentwicklung im IT-Bereich.

Ich freue mich deshalb auf eine intensive und ausführliche Diskussion über diesen Bereich im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Buder. - Ich wiese darauf hin, dass Zwischenrufe nicht dazu führen, dass der aktuelle Redner eine Verlängerung bekommt.

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Anne Lütkes.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrtes Parlament! Ich komme weder von der Westküste noch bin ich direkt gewählt, Herr Austermann. Ich komme aus dem Binnenland und habe in meiner Zeit in der Landesregierung hier in Schleswig-Holstein immer den Eindruck gehabt - ich glaube, er entsprach der Wahrheit -, dass die Westküste zu Schleswig-Holstein gehört. Insofern bedanke ich mich für Ihre Ausführungen, Herr Kollege Garg. Das hat für mich leider den Effekt, dass ich einen Teil meiner Rede nicht halten möchte, weil Sie den Begriff integral schon sehr „ordentlich“ erwähnt und erläutert haben. Somit möchte ich diese Einleitung nicht mit anderen Worten wiederholen.

Ich freue mich auch, dass die CDU anlässlich dieses Berichts zur **Situation der Westküste** den deutlichen Appell ausgesprochen hat, mit dem Jammern aufzuhören und die positiven Elemente in der Arbeit für Schleswig-Holstein zu betonen. Das bezog sich auf einen Bericht, der - so kommt es mir ein wenig vor - letztendlich recycelt, was in den vergangenen Jahren geschehen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vielen Dank für Ihr Lob für lange Jahre rot-grüner Regierungspolitik.

Der vorgelegte Bericht orientiert sich korrekterweise an der Fragestellung des Landtages. Dennoch hätten wir uns gewünscht, wenn der Bericht in Anlehnung an den Tagesordnungspunkt 28 zur Perspektive der

(Anne Lütkes)

Strukturförderung einen Ausblick auf die **Perspektivvorstellungen** der Landesregierung zu den **Fördermöglichkeiten** gerade der Region Westküste gebracht und dazu Stellung genommen hätte. So - ich wiederhole das - stellt der Bericht im Wesentlichen den schon vorgenommenen Strukturwandel und die umgesetzten strukturwirksamen Projekte dar.

Auch als fünfte Rednerin könnte ich die Situation der Westküste nochmals ausführlich darstellen. Gestatten Sie mir jedoch - auch wenn das in diesem Landtag ein bisschen in Mode kommt -, mich auf den Redebeitrag meines Vorgängers, aber auch auf den aus der FDP-Fraktion zu beziehen und ein bisschen die Klischeevorstellungen von den Grünen zu bedienen und nur noch einige Punkte zu erwähnen.

Erster Punkt: der **Tourismus**. Selbstverständlich: Die Landesregierung investiert in die touristische Infrastruktur. Allerdings klang mir in der Rede des Kollegen Jasper ein bisschen an, als würde die Wichtigkeit des Wattenmeeres reduziert. Die Erkenntnis, dass gerade die Menschen, die Schleswig-Holstein und seinen Nationalpark als Urlaubsziel auswählen, großen Wert auf eine unversehrte Natur und eben auf Naturerleben und Naturgenuss setzen, ist ebenso alt wie der Nationalpark selber. Jeder vierte Besucher Schleswig-Holsteins kommt ins Land, weil er sich für Naturschutz interessiert. In diesem Zusammenhang fällt es besonders kontraproduktiv auf, wenn die Landesregierung mit der schon heftig kritisierten neuen Landesjagdzeitenverordnung gerade die Charaktertiere der Westküste jagen lässt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In der gästeärmeren Zeit sind zum Beispiel die riesigen Wildgänneschwärme wahrlich nicht zu verachten. Wenn man nicht von ihnen fasziniert ist, Herr Wirtschaftsminister, dann sollte man sie schlicht unter tourismuswirtschaftlichen Gründen achten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nein, Wildgänse werden zum Abschuss freigegeben. Wir hätten uns gefreut, wenn die Landesregierung die möglicherweise vorhandenen Bemühungen dargelegt hätte, das schleswig-holsteinische **Wattenmeer** im Sinne der Europäischen Charta für nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten zertifizieren zu lassen. Damit hätte das Gebiet in Zukunft den Anforderungen eines großen Touristikonzerns wie der TUI entsprochen. Mir ist ausführlich berichtet worden, dass es erhebliche Bedenken bei dem Umweltmanagement dieses großen Touristikonzerns gibt. Da kann man einiges tun, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist es verwunderlich, dass Sie auf den Charakter dieses großartigen Gebietes als **Weltnaturerbe** einfach nicht hinweisen. Dieser Begriff kommt in Ihrem Bericht nicht vor.

Ein weiterer Punkt. Die Tourismusbranche ist durch mittelständische Hotelbetriebe und Vermieter geprägt. Ein kritisches Wort zu den geplanten Hotelgroßbetrieben etwa auf Sylt hätten wir deshalb schon erwartet, bei aller wirtschaftlichen Bedeutung. Aber die Auswirkungen dieser geplanten Projekte auf die Situation der **mittelständischen Hotelbetriebe** sollte erwähnenswert sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieso erwähnen Sie in Ihrem Bericht gerade unter dem Aspekt des Tourismus die hohe Bedeutung der **Jugendherbergen** nicht? Jugendherbergen sind offensichtlich nicht so sehr im Blick eines hochedlen Wirtschaftsministers. Aber wenn Sie hingingen und sie sich ansähen, könnten Sie erkennen, von welcher hohen Bedeutung gerade die modernen, in der letzten Legislaturperiode gut ausgebauten - wenn ich das erwähnen darf - Jugendherbergen an der Westküste sind. Sie haben eine Bedeutung für Familientourismus und für Jugendtourismus. Insofern haben sie auch eine wirtschaftliche Bedeutung, die man durchaus erwähnen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem sollte die Zusammenarbeit mit den Trägern vielleicht einmal aus wirtschaftspolitischer Sicht diskutiert werden.

Einen zweiten Punkt möchte ich hervorheben. Natürlich ist das Thema **Verkehr** für alle von hoher Bedeutung. Vielleicht erwarten Sie von mir den Begriff A 20. Ich möchte sehr deutlich sagen: Wir Grünen im Landtag, aber auch der Landesverband meiner Partei halten einen vernünftigen Ausbau der B 5 an den neuralgischen Punkten für geboten. Allerdings nur da und nur vernünftig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist schon ein Fortschritt!)

Es ist gut, dass Sie die **Inselverkehre** erwähnen. Hier könnte man sehr viele Einzelthemen erwähnen, die vielleicht im Ausschuss noch genauer zu erörtern sind, wie beispielsweise das Thema Freihalten von Fahrrinnen. Sehr wichtig ist auch die Darstellung der Entwicklung und des Ausbaus des Schienenverkehrs. Was passiert allerdings mit dem Bahnhof Niebüll, einer Drehscheibe für den Inseltourismus? Er ist gerade unter dem Aspekt des Familientourismus von hoher Bedeutung. Aber dazu werden wir im Ausschuss noch ausführlich Gelegenheit haben.

(Anne Lütkes)

Dritter Punkt: **Hafenpolitik** der Landesregierung. Hier fand ich die Ausführungen des Kollegen Garg ein drittes Mal nicht nur für unterhaltsam, sondern auch von inhaltlicher Bedeutung. Im Strukturwandel an der Westküste war die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, zusammen mit der Stadt Husum einen weiteren, großzügigen Ausbau des Husumer Hafens zu wagen, von hoher Bedeutung, vor alle für die Stadt Husum.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Ausbau des Hafens für Wartungs- und Serviceleistungen an Offshore-Windparks sollte ein drittes Standbein für die Region sein. Es hätte der Stärkung der mittelständischen Wirtschaft einen sehr guten Dienst erwiesen. Gleichzeitig hätten der Windstandort mit der Messe gesichert und andere Zweige regenerativer Energieerzeugung gestärkt werden können. Hier ist die Landesregierung in einer bewundernswerten Schnelligkeit vorgeprescht und hat einen Schritt gemacht, um gerade diese hervorragenden Ansätze in der Region zu negieren, zu gefährden.

Ich kann nur hoffen, dass Sie die Kurve bekommen und nicht in dem Versuch, zumindest die Reste zu schützen, noch stecken bleiben. Hier sind Sie sehr wagemutig. Aber ich denke, das sind nicht Sie allein, Herr Wirtschaftsminister. Hier darf ich den aus dieser Region stammenden Ministerpräsidenten direkt in die Pflicht nehmen. Ich denke, dass Sie sich da etwas mehr engagieren sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Viertens erwarten Sie von mir Ausführungen zum Thema **NATURA 2000**. Das tue ich aber nicht. Denn unsere Position hierzu ist allgemein bekannt.

Eine kleine Anmerkung zur Ernährungswirtschaft. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie darauf hingewiesen hätten, dass in der Fischwirtschaft sehr viele innovative Potenziale stecken, die man in einem Bericht - nicht hier im Plenum; das will ich gern zugestehen - und in der zukünftigen Ausschlussdiskussion sehr ausführlich hätte darlegen können. Das sind neue Potenziale für Schleswig-Holstein.

Zum Schluss vielen Dank, dass Sie in Ihrem Bericht das **Projekt „CheFsache Familie“**, ein Projekt zur Entwicklung familienfreundlicher Betriebe an der Westküste, erwähnen. Ich war als Ministerin sehr stolz auf dieses Projekt. Ich freue mich sehr, dass Sie es offensichtlich nicht im Keim ersticken, sondern fortführen. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, wollte ich an dieser Stelle gern sagen. Aber sie ist leider nicht da.

(Minister Dietrich Austermann: Ich gebe es weiter!)

Ein weiterer Abschlussdank. Auf Seite 17 des Berichts lesen die Grünen mit großer Freude, dass die Landesregierung beabsichtigt, an der Westküste gerade auch als Reaktion auf den demographischen Wandel - zu dem wir gestern sehr viel gemeinsam von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelernt haben - beabsichtigt, Gemeinschaftsschulen an der Westküste einzurichten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich danke der CDU, dass sie diesen Bericht lobt und diese Aussage für die Westküste, aber auch für ganz Schleswig-Holstein mit uns gemeinsam begrüßt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat uns auch überrascht!)

In diesem Sinne ganz erheblichen Dank für diesen Bericht an die Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Lütkes. - Ich darf auf der Besuchertribüne eine Gruppe begrüßen, es sind Mitglieder der Hieronymus-Lotter-Gesellschaft zur Förderung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig. Sie sind schon seit einiger Zeit hier. - Sie sind uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich der erste Satz im Bericht macht einen schon stutzig. Da steht geschrieben, dass nun nicht mehr nur die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland die Westküste bilden, sondern dass neuerdings auch der **Kreis Steinburg** zur Westküste gehören soll. Für diese Ausweitung der Westküste nach Süden kann es zwei Gründe geben. Erstens, an der eigentlichen Westküste war so wenig los, dass man gern auch noch einige Highlights aus dem Hamburger Rand in den Bericht mit hineinnehmen wollte. Schließlich ist die Region um **Itzehoe** herum eine von der Nähe zu Hamburg geprägte Region und hat dadurch wesentlich bessere Entwicklungsmöglichkeiten als die Westküste. So lässt sich der Bericht schönfärben und

(Lars Harms)

man kann sich dann zurücklehnen und sagen: „Alles ist gut!“ oder: „Mehr brauchen wir nicht!“.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Harms, wir sollen nicht jammern!)

- Wir sollen nicht jammern, richtig.

Der zweite Grund für die Verschiebung nach Süden könnte sein, dass die Landesregierung versucht, auch die **Förderung für die Region** weiter nach Süden zu verlegen. Wir kennen diese Vorgehensweise schon aus der Vergangenheit. Das damalige Regionalprogramm für den Landesteil Schleswig wurde auch nach und nach auf weitere Regionen ausgeweitet mit dem Effekt, dass natürlich für den Norden später weniger überblieb. Das Gleiche könnte uns nun auch für die Westküste drohen.

Möglicherweise ist die Vernachlässigung des **Wirtschaftsstandortes Husum** erst der Vorbote einer noch viel schlimmeren Entwicklung für Nordfriesland und die Westküste. Auf Seite 18 des Berichtes kann jedenfalls jeder noch einmal nachlesen, dass die bisherige Region und damit das Fördergebiet Westküste die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen und die Gemeinden Büttel und Helgoland umfasst hat. An dieser Definition wird der SSW festhalten, denn es kann nicht sein, dass die Förderung der Westküste auf Umwegen durch die Landesregierung weiter ausgedünnt wird.

Aber auch auf einem anderen Feld wird deutlich, dass die wohlfeilen Ankündigungen aus dem Wahlkampf und aus den ersten Regierungstagen nun langsam wieder zurückgeholt werden. Die A 20 sollte noch schneller gebaut werden, hieß es. Ich erinnere daran, dass die alte Landesregierung am Ende der Wahlperiode vorgesehen hatte, die Planfeststellung bis 2010 komplett abgeschlossen zu haben und dass dann bis schnellstens 2012 die A 20 bis zur Elbquerung fertiggestellt sein sollte. Der Herr Ankündigungsminister Austermann hatte gesagt, dass dies wesentlich schneller gehen könne und müsse. Die Landesregierung werde nun die Welt verändern. Planungszeiten sollten verkürzt werden, Bürokratie abgebaut werden und alles viel schneller administriert werden. Jetzt können wir nachlesen, dass genau die Planung der alten Landesregierung auch die der neuen Landesregierung ist. So falsch hat man also damals auch nicht gelegen und Planungsverfahren lassen sich eben nicht par ordre du mufti so einfach verkürzen. Sei es drum, es geht hier darum, so schnell wie möglich voranzukommen!

Was im Bericht aber fehlt, ist eine Aussage darüber, wie denn nun die eigentliche **westliche Elbquerung** finanziert wird. Wie ist der dortige Planungsstand und ab wann ist mit dem Querungsbauwerk zu rechnen?

Weiter gibt es keine Aussagen darüber, wie auf niedersächsischer Seite weiter verfahren wird. Während also die Landesregierung das alte Planungsverfahren im Bericht noch einmal aufrollt und zugeben muss, eben doch nicht schneller sein zu können, fehlen Angaben genau zu den Fragen, die sie selber mit beeinflussen kann und die nicht schon durch die Vorarbeit der alten Regierung in Fahrt gekommen sind. Das ist - mit Verlaub gesagt - sehr wenig, zumal wir ständig Ankündigungen hören, dass die Fehmarnbelt-Querung kommt oder dass sinnlose Flughäfen gebaut werden sollen. Statt aber die Energie in die Ankündigung solcher Luftschlösser und Prestigeobjekte zu investieren, sollte die Landesregierung lieber die Projekte, die für die Menschen in unserem Land wirklich wichtig sind, vorantreiben und das Parlament und die Bürgerinnen und Bürger hierüber informieren.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Information der Bürgerinnen und Bürger kann nämlich auch dazu führen, dass das eine oder andere Mal gute Vorschläge zum Verfahren gemacht werden. Diese Vorschläge müssen dann aber auch aufgegriffen werden. Ich sage dies deshalb, weil es immer noch hartnäckige Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden Hattstedt und Hattstedtermarsch gibt, die in Bezug auf die Linienführung der zukünftigen **B 5** einen Wunsch haben, dem bisher nicht nachgekommen worden ist. Da hat die Verwaltung ständig abgeblockt, obwohl das Natur-Projekt „Jelstrom“ sinnvoll und nachhaltig ist und sich ohne Probleme und nennenswerte Zeitverzögerungen auch umsetzen lässt.

Voraussetzung wäre, dass hier die Landesregierung einwilligt, die Trasse der **neuen B 5** um ein paar Meter zu verschieben, damit ein Projekt, das von den beiden Gemeinden, ihren Bürgerinnen und Bürgern, den örtlichen Initiativen und den regionalen und überregionalen Naturschutzverbänden unterstützt und positiv gesehen wird, durchgeführt werden kann. Dieses Projekt kann als ein gutes Beispiel für das Nebeneinander und Füreinander von Umwelt- und Naturschutz auf der einen Seite und wirtschaftlicher und verkehrlicher Entwicklung auf der anderen Seite stehen. Auch das ist Entwicklung der Westküste und es ist selten, dass sich alle vor Ort und darüber hinaus über eine Initiative einig sind. Hier ist man es und deshalb sollte die Landesregierung diese Initiative auch unterstützen. Noch ist es hierfür nicht zu spät.

Ich möchte nun aber noch auf einige Einzelheiten des Berichtes eingehen, die mir wichtig erscheinen. In der Tat hat der **Tourismus** für die Westküste eine herausragende Bedeutung. Hier hat sich in den letzten Jahren wirklich viel getan. Dass dieser Weg weiter be-

(Lars Harms)

schritten werden soll, ist begrüßenswert. Wenn es um die reine Förderung von Projekten geht, ist es mir wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass auch hier die Investitionen in die Infrastruktur ausschlaggebend sind. Das heißt, dass es nicht immer nur die hochmodernen und innovativen technischen Projekte sind, die vielversprechend sind, sondern eben auch gerade die Renovierung der Kurpromenade oder auch der Bau des Holzsteges durch die Dünen. Diese im ersten Moment nicht so attraktiven Projekte müssen mit gleicher Chance gefördert werden wie manches technische Meisterwerk an anderer Stelle. Es geht hier also um Chancengleichheit in der Förderung.

In Zusammenhang mit **Chancengleichheit** habe auch ich mich gewundert, dass bei der Aufzählung der Orte, die an der Städtebauförderung teilhaben, nicht auch das Stadtdenkmal Friedrichstadt genannt ist. Seit Jahren bemüht sich die **Stadt Friedrichstadt** um Fördermittel, um ihre Altstadt in Schuss zu halten. Wenn ich nun im Bericht lese, dass Städte und Orte Förderung erhalten, um die touristische Attraktivität zu steigern und um den Stadtkern zu revitalisieren, so muss ich feststellen, dass beides auch für Friedrichstadt dringend notwendig ist. Friedrichstadt ist ein touristischer Anziehungspunkt an der Westküste. Ein solcher Anziehungspunkt bleibt es aber nur, wenn die Stadt auch wirklich in ihrer Substanz erhalten bleibt. Gerade diese Substanz ist gefährdet, so dass es sich auch aus gesamttouristischer Sicht wirklich lohnt, hier einen besonderen Einsatz zu leisten.

Wir haben schon an verschiedener Stelle deutlich auf den Zusammenhang von Tourismus und Naturschutz hingewiesen. Dies ist natürlich an der Westküste am augenfälligsten: Nationalpark, Nationalpark-Service, Multimar-Wattforum, naturkundliche Führungen im Watt und auf dem Festland, Schutzgebiete und Vertragsnaturschutz und vieles mehr tragen auch gerade zur touristischen Infrastruktur bei, die Einkommen in der Region sichert. Wir sollten die positiven Wirkungen des **Naturschutzes** nicht unterschätzen, aber ich glaube diese Sichtweise setzt sich auch immer mehr durch.

Schwieriger wird es aber, wenn es um den Zusammenhang von **regionaler Kultur** und **Tourismus** geht. Schon der Kulturwirtschaftsbericht in der letzten Legislaturperiode hat gezeigt, dass der Kulturbereich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und die Kultur und kulturellen Angebote auch eine Basis dafür sind, dass wir im Tourismus Einnahmen erzielen können. In anderen Gegenden Europas - vorwiegend in den keltischen Regionen wie Schottland, Wales, Cornwall, Irland oder auch in der Bretagne - ist die Idee des kulturellen Tourismus entstanden. Das heißt, die Leute kommen nicht nur wegen der speziellen

Kulturangebote in die jeweilige Region, sondern weil die Region über eine unverwechselbare, erlebbare und sichtbare Regionalkultur verfügt, die oft ein bisschen den Reiz des Einmaligen hat.

Es wird Sie nicht wundern, dass ich jetzt darauf hinweise, dass wir mit der friesischen Sprache und Kultur genau ein solches unverwechselbares Element in Nordfriesland haben, das es auch touristisch zu nutzen gilt. Voraussetzung dafür ist aber, dass dieses Kulturgut auch gefördert wird, damit es sich entfalten kann. Hier hat die Landesregierung auch eine Aufgabe, die etwas mit Entwicklung und Perspektiven für die Westküste zu tun hat. Neben der reinen Sprach- und Kulturförderung könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass man einmal mit den friesischen Organisationen spricht, um herauszufinden, wie man beispielsweise mit zweisprachiger Beschilderung, wie sie jetzt auf den Bahnhöfen in Nordfriesland erfolgt ist, oder auch mit Hinweisen in Katalogen, wie es die Kurverwaltung auf Helgoland in vorbildlicher Weise macht, auf diese regionale Besonderheit hinweist. Hier gibt es bestimmt viel mehr unkomplizierte Möglichkeiten, als sich manch einer im ersten Moment denken kann, die den Menschen und der Wirtschaft wirklich nützen.

Auch für die Entwicklung der **Hafenwirtschaft** und die Weiterentwicklung des **Windenergiestandortes Westküste** stehen wichtige Entscheidungen an. Damit verbunden sind die Städte Brunsbüttel und Husum. Vorrangiges Ziel der Landesregierung ist es, den **Elbehafen Brunsbüttel** auszubauen. Das ist richtig so und muss auch dazu führen, dass die Straßenanbindung des Hafens in Brunsbüttel verbessert wird. Brunsbüttel ist der überregionale Hafen in Schleswig-Holstein an der Westküste. Wir dürfen allerdings nicht außer Acht lassen, dass der Hafen Brunsbüttel im europäischen Vergleich ein verschwindend kleiner Hafen ist. Der Wirtschaftsausschuss hat bei seiner Reise nach Rotterdam einen Eindruck davon erhalten können, wie ein wirklich großer Hafen gebaut und konzipiert ist. Damit können wir uns hier natürlich nicht vergleichen, aber die Frage, die sich stellt, ist schon, ob eine Eigenständigkeit des Hafens Brunsbüttel in einer solchen Nähe zu Hamburg überhaupt sinnvoll ist. Überall reden wir von **Kooperationen** und gerade hier, glaube ich, hätten wir ein Paradebeispiel für die Notwendigkeit von Kooperationen. Wir haben in Rotterdam sehen können, wie man einen Hafen auf einer Strecke von fast 50 km über sämtliche kommunalen und regionalen Grenzen hinweg zusammengefasst hat.

Auch 40 km entfernt von Rotterdam fährt man immer noch den Hafen von Rotterdam an. Gemeinsame Vermarktung und gemeinsamer Betrieb sind daher die

(Lars Harms)

Stichworte, um noch mehr Erfolg zu haben. Wir kommen über kurz oder lang nicht daran vorbei, unsere Häfen in der Elbmündung auf unserer, auf der Hamburger und auf der niedersächsischen Seite zusammenzulegen. Wenn Brunsbüttel aber weiter als Industriehafen ausgebaut wird, steht dem nicht entgegen, dass auch der **Hafen Husum** zu einem vollständigen und leistungsfähigen **Offshore-Servicehafen** ausgebaut wird.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege Harms, bitte kommen Sie zum letzten Satz.

Lars Harms [SSW]:

Wenn wir das nicht tun, wird das Geschäft nicht nach Brunsbüttel gehen, sondern sich wohl eher nach Esbjerg verlagern. Damit gingen uns auch die Arbeitsplätze flöten.

Ich bin natürlich geneigt, noch etwas länger zu diesem Thema zu reden, allerdings fehlt mir die Zeit. Ich möchte nur noch einen Hinweis geben: Wenn wir für Husum eine Stufenlösung machen, dann bedeutet dies, dass wir diese Stufenlösung bis maximal 2006 machen können, weil wir nicht wissen, ob es dann noch Fördergelder gibt. Wer Husum jetzt nicht fördert, der killt Husum in seiner Entwicklung. Das ist so, das bleibt so und das ist bitte auch zu bedenken. Wir brauchen für Husum eine Entwicklung und die liegt auch im Offshore-Hafen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Damit haben alle angemeldeten Debattenredner geredet. - Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Konrad Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Harms hat mich dazu provoziert, noch ein paar Worte zu sagen. Lieber Lars Harms, wir haben unsere gemeinsame Politik für die Westküste einmal als eine Politik für eine integrierte Entwicklung der Region verstanden. - Der Wirtschaftsminister hört auch nicht zu. - Das haben wir in den letzten Wahlperioden gemacht, das machen wir auch in dieser Wahlperiode in der großen Koalition so weiter.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht sein, dass es um punktuelle Entwicklungen geht.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das macht nichts, ich spreche zu Lars Harms. Das muss in einem integrierten Ansatz weitergehen. Das heißt, dass die **Standortfaktoren** vor Ort wie Naturschutz, Landschaft und vorhandener Tourismus gekoppelt und gemeinsam entwickelt werden. Hier sind wir auf einem guten Weg. Hier müssen wir beharrlich sein. Wir kommen von der Westküste und haben einen langen Atem. Den müssen Sie auch weiterhin haben. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Nun zum „Jelstrom“! In der letzten Wahlperiode haben wir bereits parteiübergreifend - es waren noch Kollegen von der CDU dabei - darüber gesprochen, dass wir das zu einer gemeinsamen Initiative machen. Die SPD-Fraktion hat das aufgegriffen und einen Besuch vor Ort gemacht. Die Argumente der Initiative für die Variante 1 haben uns inhaltlich überzeugt, sodass wir sowohl dem Wirtschaftsminister als auch dem Umweltminister gleich lautende Schreiben geschickt haben. Wir warten noch auf die Antwort. Wir hoffen, dass sie bald kommt. Wir möchten gern, dass die Initiative vor Ort, in der der Naturschutz, der Tourismus vor Ort und eigentlich alle eingebunden sind, gemeinsam für eine marginal veränderte Trassenführung der B 5 wirkt, um ein **Naturprojekt** zu entwickeln, das gleichzeitig hilft, Kosten zu sparen und die Region nach vorn zu bringen. Juristische Verfahren, die bei der normalen und vorgesehenen Variante wahrscheinlich zu erwarten sind, wird diese Variante wahrscheinlich nicht an den Tag legen. Das ist also eine Variante, die wirklich vor Ort angenommen wird. Wir haben uns dafür eingesetzt. Wir hoffen, dass sich die anderen Parteien in diesem Haus dieser Initiative anschließen werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Kollegen Nabel. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, und zwar an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung. Ich sehe keinen Widerspruch. Wenn Sie so beschließen wollen, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Reform der europäischen Zuckermarktordnung

Landtagsbeschluss vom 1. September 2005
Drucksache 16/210

Zum mündlichen Bericht der Landesregierung erteile ich in Vertretung für Herrn Minister Dr. von Boetticher dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Reform der europäischen Zuckermarktordnung. Ich hatte eigentlich gedacht, dass der Kollege Klinckhammer anfängt. Ich hätte mich dann auf das Thema vorbereiten können. Was die Sache betrifft, so habe ich natürlich schon seit längerer Zeit meine Meinung, denn ich hatte einen Wahlkreis, in dem die Landwirtschaft eine große Rolle spielt und der von der Zuckermarktordnung betroffen ist.

Vor dem Hintergrund der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik unter dem Eindruck der WTO-Entscheidung blicken wir seit Monaten mit Sorge auf die **Reform der EU-Zuckermarktordnung** und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für unsere Landwirte. Sie wissen, dass es Klagen gegen das gegenwärtige Regime gegeben hat. Dieses Regime hat praktisch regulierte Preise. Klagen haben die so genannten AKP-Staaten erhoben, also Staaten aus Afrika, der Karibik und der Pazifikregion, die nicht zu den ärmsten gehören. Diese Staaten haben sich dagegen gewandt, dass hier Maßnahmen getroffen werden, die von der WTO-Beihilfe rechtlich und weltmarktmäßig nicht gebilligt werden können. Es gab ein entsprechendes Urteil.

Dieses Urteil bedeutet, dass wir in Europa eine veränderte Zuckermarktordnung bekommen werden, die erhebliche Konsequenzen für unsere Landwirtschaft hat. Die **WTO** hat den Klägern weitgehend Recht gegeben. In der Konsequenz dieses Urteils hat die **EU-Kommission** eine Reform vorgelegt; deren wesentliche Elemente sind die Einführung eines Referenz- statt eines Interventionspreises für Weißzucker, Ersatz der Zuckerinvestitionen durch private Lagerhalter, Absenkung des Referenzpreises für Weißzucker in drei Schritten, Kürzung des Mindestpreises für Zuckerrüben, Zusammenlegung von A- und B-Quoten - jeder der hier Anwesenden weiß, was damit gemeint ist, nämlich die volle Preis- und Absatzgarantie -, die eingeschränkte Garantie, Garantiepreise für indischen beziehungsweise AKP-Zucker und entkoppelte Direktbeihilfen von ungefähr 60 %.

Ich will erläutern, was das für unsere Landwirte bedeutet. In Schleswig-Holstein sind etwa 1.000 bäu-

erliche Familienbetriebe von massiven Einschnitten betroffen, die nicht so ohne weiteres hingenommen werden können. Schleswig-Holstein hat sich deshalb im Bundesrat dafür eingesetzt, die Regelung, die die EU vorgesehen hat, zu verändern. Dies hat insbesondere der Kollege von Boetticher, den ich heute vertreten darf, mit Entschiedenheit gemacht.

Der Bundesrat befasst sich seit Herbst mit den Vorschlägen der Kommission und weist in seinem Beschluss vom Juli 2005 auf die weit reichenden Folgen des Vorschlages der EU-Kommission für die Landwirtschaft und die Zuckerwirtschaft in ganz Deutschland hin. Der **Bundesrat** lehnt vor allem die Dimension der vorgesehenen Preissenkung für Zuckerrüben und Zucker ab, fordert die Beibehaltung des Interventionssystems und dass der vorgesehene Teilausgleich in Höhe von ungefähr 60 % der Erlöseinbußen möglichst lange ungeschmälert gewährt wird. Leider war die bisherige Bundeslandwirtschaftsministerin dem Kommissionsvorschlag nicht entschieden genug entgegengetreten und hatte beispielsweise den vorgesehenen 60-prozentigen Ausgleich von Einkommensverlusten sogar noch als zu hoch bezeichnet. Ich bezeichne das nicht als eine deutliche Vertretung der Interessen unserer Landwirte.

In der Sitzung vom 23. September hat sich der Bundesrat nochmals umfassend mit dem Entwurf befasst. Dabei stellte er Kernforderungen: Erstens. Konkretisierung der Ausgestaltung der Preiszahlung, das heißt also Konkretisierung des Bezugszeitraums, als Grundlage die Rübenmenge und nicht die Anbaufläche zu nehmen sowie die Aufnahme von Beratungen. Zweitens. Auf nationaler Ebene die Gewährung der Teilausgleiche im Betriebsprämierendurchführungsgesetz.

Wie stellt sich vor diesem Sachverhalt die Situation in Schleswig-Holstein dar? Die Anbaufläche der Zuckerrüben umfasst noch etwas 12.400 ha. Diese machen etwa 2 % der Anbaufläche aus. Der wesentliche Teil des Zuckerrübenanbaus liegt mit etwa 7.500 ha im Hügelland. Jeweils rund 2.000 ha entfallen auf die Marsch und die hohe Geest.

Die **Reform der Zuckermarktordnung** wird unmittelbare Auswirkungen auf etwa 1.000 landwirtschaftliche Betriebe haben. Die Landesregierung hat die Sorge, die der zuständige Minister mich bat Ihnen mitzuteilen, dass dies für manchen landwirtschaftlichen Betrieb kaum zu verkraften sein wird. Man kann sich ausrechnen, dass das pro Hektar eine **Erlöseinbuße** von etwa minus 1.000 € bedeutet. Bei einem Gesamterlös von 2.600 € bleiben 1.600 € pro ha übrig. Das ist eine massive Einbuße.

(Minister Dietrich Austermann)

Im Ergebnis bedeutet das nicht nur spürbare Einnahmeausfälle, sondern auch das Risiko der **Betriebsaufgabe**. Vor diesem Hintergrund sind nicht sofortige Strukturbrüche zu erwarten, aber wir sind der Auffassung, dass dann, wenn Veränderungen erfolgen müssen, gegen die man sich im Grundsatz nicht unbedingt wehren kann, diese Veränderungen über einen bestimmten Zeitraum möglich sein sollten. Dazu wird es wesentlich darauf ankommen, welche Änderungen im Entwurf der Reform noch durchsetzbar sind. Wir verlassen uns da auf eine gemeinsame Position im Bundesrat.

Bei der Ausgestaltung der **Umstrukturierungsbeihilfen** für Zuckerfabriken deutet sich die Bereitschaft der Kommission zur Änderung an. Das ist auch dringend erforderlich. Unabdingbar ist aus unserer Sicht die Anpassung von Fristen, um die vorgesehenen entkoppelten Zahlungen in unser System aufnehmen zu können.

Meine Damen und Herren, Minister von Boetticher und die Landesregierung werden sich auch weiterhin unmittelbar bei der EU-Kommission, aber auch über den Bundesrat für eine möglichst umfangreiche Absicherung der Einkommen unserer Bauern und eine maßvolle Veränderung einsetzen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wir danken Herrn Minister Austermann dafür, dass er den Bericht des Landwirtschaftsministers hier vorgebracht hat.

(Holger Astrup [SPD]: Hat er gut vorgetragen! - Weitere Zurufe)

- Es ist Aufgabe des Parlamentes, das zu beurteilen.

Ich eröffne damit die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Klaus Klinckhamer.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Nach dem Willen der Europäischen Union wird die Zuckermarktordnung in mehreren Stufen reformiert. Zweifellos muss angesichts der vollen Interventionsläger etwas geschehen. Ein „Weiter so!“ wäre nicht zu verantworten.

Die ärmeren Länder, darunter die so genannten **AKP-Staaten** - damit sind Regionen in Afrika, der Karibik und Pazifik gemeint -, haben weiterhin die Chance, ihre Produkte in der Europäischen Union abzusetzen. Darüber hinaus ist die Klage der Staaten Australien, Brasilien und Thailand vor der WTO wegen der euro-

päischen Zuckersubventionen zu berücksichtigen. Die Kläger haben sich mit der Folge durchsetzen können, dass allein deshalb Handlungsbedarf besteht und die Europäische Union nicht tatenlos bleiben konnte. Für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe geht es darum, ohne Struktureinbrüche Reformen zu überstehen und bei allen Schwierigkeiten die Existenzgrundlage nicht zu verlieren.

Herr Minister Austermann hat es schon gesagt: Rund 1.000 Betriebe in Schleswig-Holstein mit einer **Anbaufläche** von rund 12.000 ha sind eigentlich eine relativ kleine Zahl, aber diese Betriebe stützen ihr Einkommen zu einem nicht unerheblichen Teil auf den Zuckerrübenanbau. Sie verlieren bei einer Preissenkung von 43 % circa 1.000 € je Hektar und des Deckungsbeitrages je Hektar. Das entspricht 10 Millionen € auf Landesebene, die auch als Kaufkraft dem ländlichen Raum entgehen.

Der vorgesehene 60-prozentige Ausgleich der Preissenkung ist daher nur ein geringer Trost. Wir können nicht hinnehmen, dass unsere Landwirtschaft in kürzester Zeit Reformschritte zu verkraften hat, die existenzbedrohend sind. Deshalb müssen Regelungen getroffen werden, die einen **gleitenden Übergang** vorsehen und damit eine planbare Anpassung an die neuen Verhältnisse ermöglichen.

Für die **Europäische Union** besteht unausweichlich Handlungsbedarf. Sie ist gezwungen, den Markt für die ärmeren Länder weiter offen zu halten und Subventionen zurückzuführen. Zunehmend sind wir gehalten, uns den **WTO-Regelungen** anzupassen; das heißt unsere deutsche Landwirtschaft steht in unmittelbarer Konkurrenz mit Brasilien und anderen Staaten mit ihrem Rohrzucker, den sie wesentlich billiger produzieren können.

Es bleibt jedoch die Frage der Regelungsgestaltung. Die Europäische Union hat eine weite Gestaltungsmöglichkeit, die nicht nur im Interesse der Einsparungen, sondern auch für die Existenzsicherung unserer Landwirtschaft genutzt werden muss. Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten die betroffenen Betriebe unterstützen. Unser Landwirtschaftsminister hat sich bereits im **Bundesrat** für eine bessere Ausgestaltung der Reform mit dem Ziel eingesetzt, die **Übergangszeit** zu verlängern und die Preissenkung auf ein erträgliches Maß zu verringern. Für diesen Einsatz sind wir Herrn Minister von Boetticher auch sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus haben Gespräche mit der Kommission in Brüssel stattgefunden. Wir unterstützen den Landwirtschaftsminister Dr. von Boetticher bei seinen

(Klaus Klinckhamer)

Bemühungen, die **Zuckermarktreform** erträglich zu gestalten. Wir wollen, dass auch künftig die rund 50.000 Zuckerrübenanbauer in Deutschland und mehrere Tausend Beschäftigte in der Zuckerindustrie eine Zukunft haben. Es darf nicht eintreten, dass Schleswig-Holstein nach der Schließung der Zuckerfabrik in Schleswig zum zuckerrübenfreien Anbaugesbiet wird.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wir danken dem Herrn Abgeordneten Klinckhamer. Bevor ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Höppner erteile, möchte ich Besucher auf der Tribüne begrüßen. Wir begrüßen Mitglieder des SPD-Ortsvereins Schönkirchen und Mitglieder des Landfrauenvereins Bordesholm und Umgebung. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Höppner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir geraten hier ein wenig in die Gefahr, dass alle Redebeiträge einen ähnlichen Inhalt haben.

(Claus Ehlers [CDU]: Die Rede hilft dir im Wahlkampf! - Heiterkeit)

- Das wollen wir doch einmal sehen, lieber Kollege Ehlers.

Es macht schon ein wenig nachdenklich, was hier auch schon gesagt worden ist, dass nämlich etwa 1.000 landwirtschaftliche Betriebe in Schleswig-Holstein betroffen sind. Die **Zuckerrübenanbauer** in Schleswig-Holstein haben es nie leicht gehabt. Ich erinnere nur daran, dass wir vor etwas mehr als einem Jahrzehnt noch zwei Fabriken hatten - eine ins St. Michaelisdonn und eine in Schleswig. Darüber haben wir hier vor zwei Jahren auch sehr ausführlich gesprochen. Wenn ich daran denke, dass etwa 350.000 t Zuckerrüben nach Süden durch den Elbtunnel gefahren werden, stellt sich die Frage, ob das - zumindest ökologisch - sinnvoll ist.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Sie wissen - das ist hier auch mehrfach erwähnt worden -, dass Auslöser die **WTO-Entscheidung** gewesen ist, die den Zweck hatte, den Ländern der Dritten Welt den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte auf dem europäischen Markt zu erleichtern. Das mag man begrüßen, aber die Entscheidung ist natürlich im

Hinblick auf die Produktion in anderen Ländern - ich denke hier etwa an Brasilien - Lichtjahre von ökologischen und sozialen Standards entfernt. Auch in Brasilien ist es so, dass es im Grunde nur mehrere dutzende Familien sind, die hiervon profitieren und nicht die breite Bevölkerung.

Aber es besteht für uns dennoch Handlungsdruck. Wir müssen uns auch in diesem Bereich verändern. Forderungen, am liebsten gar nichts zu tun, weil gewachsene Strukturen, Einkommen und Arbeitsplätze nicht gefährdet werden dürfen, sind verständlich aber unreal.

Aus meiner Sicht sind die **Reformvorschläge der EU-Kommission** vom 22. Juni dieses Jahres grundsätzlich zu begrüßen. Sie sind geeignet, internationale Handelsbeziehungen gerechter auszugestalten und eine am Markt ausgerichtete und wettbewerbsfähige Zuckererzeugung in Europa zu erreichen. Positive Elemente sind dabei: erstens die lange Geltungsdauer bis 2014/2015 ohne Halbzeitbewertung, das verspricht zumindest für die Anbauer Planungssicherheit; zweitens das Herauskaufprogramm für Produktionsquoten auf freiwilliger Basis und damit die Konzentration auf wettbewerbsfähige Standorte; drittens der schon erwähnte Ausgleich der Einkommensverluste für bis zu 60 % und viertens die Öffnung der Programme nachwachsender Rohstoffe für Zuckerrüben und die Ausdehnung der Chemiezuckerregelung auf den Bioethanolsektor, wodurch alternative Absatzmöglichkeiten eröffnet werden.

Für mich sind allerdings auch noch einige Punkte genauer zu prüfen. Dazu gehört die Frage, ob der vorgeschlagene Umfang der Preissenkung angemessen und geeignet ist, eine **wettbewerbsfähige Zuckerproduktion** in Europa und vor allem auch in Schleswig-Holstein zu erhalten. Dazu zählt auch die Frage, wie **Einfuhrregelungen** kontrolliert und Umgehungsgeschäfte wirksam unterbunden werden können. Außerdem stellt sich die Frage, wie die vorgesehenen Mehrausgaben durch den **Teilausgleich der Erlöseinbußen** in Deutschland finanziert werden sollen.

In Schleswig-Holstein wird der **Strukturwandel** in der Landwirtschaft gerade in diesem Bereich auch in Zukunft weitergehen. Die Reform der Zuckermarktordnung darf aber - das ist auch unsere Auffassung - zu keinen massiven Einbrüchen für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein führen. Hier sind Regelungen erforderlich, die mit Augenmaß angesetzt werden. Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung die Beratungen im Bundesrat und auch die Beratungen gegenüber der EU-Kommission nutzen wird, um möglichst viel Einkommen für die schleswig-hol-

(Dr. Henning Höppner)

steinische Landwirtschaft zu erhalten und um Alternativen für die Zuckerrübenanbauer zu eröffnen.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wir danken für die zügige Stellungnahme. - Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer soll denn jetzt klatschen? - Monika Schwalm [CDU]: Ihr! - Günther Hildebrand [FDP]: Ich zwinkere mit dem Auge, dann - -! Ist das in Ordnung? - Gut!)

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seitdem die Europäische Kommission im Juli 2004 ihre ersten Vorstellungen zur drastischen Reduzierung der garantierten **Preise und Quoten** auf dem **europäischen Zuckermarkt** präsentiert hat, schlagen die Wellen hoch. Auf der einen Seite protestiert die europäische Zuckerindustrie, auch die in Deutschland und speziell in Schleswig-Holstein, und hält die Reformpläne für weit überzogen. Auf der anderen Seite mahnen Umweltschutzverbände und Menschenrechtsorganisationen, endlich einen Beitrag zu leisten, damit die im Zuckersektor arbeitenden Kleinbauern in den Entwicklungsländern ihren Weg aus der Armut finden und höhere Umweltstandards erreicht werden.

Inzwischen haben sich die Vorstellungen der EU zu Vorschlägen verdichtet. Mitte Dezember will die WTO entscheiden, ob die Reformen der EU mit den Regeln des Weltmarktes vereinbar sind. Der Entwurf der Welthandelsrunde zur Liberalisierung des Zuckermarktes soll dann bis Ende 2006 unterschriftsreif sein. Heute endlich beschäftigt sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag mit diesem Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist auch mir bewusst, dass Schleswig-Holstein im weltweiten Zuckerkanon keine tragende Stimme hat. Gleichwohl hätte ich mir gewünscht, dass die große Koalition das Thema Zucker nicht sozusagen erst im Nachklapp bearbeitet. Der Zeitpunkt der Gespräche, die Minister von Boetticher in dieser Sache mit seiner eigenen Presseerklärung vom 29. September selbst mit der EU-Kommission in Brüssel geführt hat, erscheint mir reichlich spät.

Damit sind die Kritikpunkte bekannt. Sie sind groß und sie sind zahlreich. Künftig sollen die garantierten Abnahmepreise für Weißzucker um 39 % gesenkt werden. Als Ausgleich will die Kommission den EU-

Bauern 60 % des Einnahmeverlustes in Form von Betriebsprämien erstatten. Das wurde schon erwähnt. Das mag gut gemeint sein. Drastische **Einnahmeausfälle** bleiben es trotzdem. Wer dann auf 40 % verzichten kann, muss mir das genauer erklären. Da müssen dann bisher wahnsinnige Gewinnspannen bestanden haben. Dem war aber nicht so. Für kleinere Zuckerrübenproduzenten kann es sogar das Aus bedeuten. Denn im Moment ist kaum absehbar, wie unsere Landwirte die mit der Reform eintretenden Einnahmeeinbußen durch produktionstechnische Maßnahmen oder Umstellungen auf andere Erzeugnisse auffangen könnten.

Was unsere Landwirte deshalb jetzt brauchen - das gilt nicht nur für den Zuckermarktsektor -, sind verlässliche Rahmenbedingungen, um die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen treffen zu können. Dazu gehören auch Anpassungszeiträume und Übergangsregelungen. Nur so lässt sich der Weg zu einer stärker unternehmerisch und marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft erfolgreich beschreiten.

Nicht ausreichend sind dagegen die sicherlich gut gemeinten Gespräche mit Brüssel und mit Berlin. Hier hilft kein Reden. Hier muss Butter bei die Fische. Wir haben gestern noch einmal genau nachgeschaut, ob es irgendwelche Initiativen Schleswig-Holsteins im Bundesrat gibt. Kollege Klaus Klinckhamer hat es eben erwähnt. Wir haben nichts gefunden. Es stünde an, dass das jetzt unverzüglich nachgeholt wird.

Mit anderen Worten: Wie will die Landesregierung konkret **Struktureinbrüche** für **schleswig-holsteinische Betriebe** vermeiden? Immerhin sind es nach der Pressemitteilung des Ministers 1.000 landwirtschaftliche Betriebe und insgesamt 12.000 ha Zuckerrübenanbau, die davon betroffen sind.

Was heißt es für den einzelnen Landwirt, wenn sich der Minister für eine möglichst umfangreiche Absicherung der Einkommen der betroffenen Betriebe einsetzen will? Wird Schleswig-Holstein seinen Zuckerrübenbauern dann die fehlenden 40 % des zu erwartenden Einnahmeverlustes ersetzen? Wenn ja, wovon? Hier fehlen mir bislang konkrete Antworten.

Über die große Diskussion um die Auswirkungen der EU-Zuckermarktreform auf unsere schleswig-holsteinischen Landwirte darf ein weiterer ganz wesentlicher Aspekt nicht vergessen werden. Das sind die **Auswirkungen der Reform** auf die **ärmsten Länder der Welt**. Auch die sind eben schon angesprochen worden. Ziel der Reform sollte es unter anderem sein, die internationalen Verpflichtungen durch einen stärker am Markt orientierten Zuckersektor besser erfüllen zu können. Tatsächlich zeigen die Re-

(Günther Hildebrand)

formvorschlage aber eine Reihe von entwicklungs-
politisch unerwünschten Auswirkungen. Denn die ehe-
maligen europäischen Kolonien in Afrika, in der Ka-
ribik und im Pazifik, die AKP-Staaten, für die bislang
praktisch die gleichen Garantiepreise galten wie für
EU-Bauern, ist der Verkauf von Zucker in die EU
dann kaum noch möglich. Allein der Transport würde
viel zu teuer.

Profiteure des Reformansatzes wären damit nur einige
große Zuckerproduzenten in Ländern wie Brasilien.
Die Produzenten dort haben schon angekündigt, dass
sie ihre Produktion hochfahren wollen. Also wären
gerade die AKP-Staaten sehr negativ davon betroffen.

Zwar hat die Kommission zusätzlich zur Reform ein
Hilfsprogramm für die ärmsten Länder der Welt be-
schlossen -

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Kollege Hildebrand, formulieren Sie Ihren letzten
Satz.

Günther Hildebrand [FDP]:

- ich komme zum Schluss -, doch müssen wir uns
wirklich fragen, ob wir mit so vielen Krücken wirk-
lich auf dem richtigen Weg sind. Wir müssen einfach
feststellen, dass uns in diesem Bereich bei allem gu-
ten Willen die Hände relativ stark gebunden sind. Wir
können nur hoffen, dass wir entsprechende Anpas-
sungsmanahmen vornehmen, die es unseren Bauern
zumindest erleichtern, den Übergang zu schaffen.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Wenn das Präsidium darum bittet, den letzten Satz zu
formulieren, meint es das ernst.

(Günther Hildebrand [FDP]: Gut! Vielen
Dank!)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-
Martin Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und
Herren! An der Debatte stören mich ein bisschen die
verschiedenen Äußerungen, wie man sich für die
Bauern einsetzt und so weiter. Mich stört diese Art
von Placebopolitik. Jeder, der die Debatte führt und
der sich mit dem Thema beschäftigt hat, weiß, was
mit der **internationalen Zuckerordnung** wirklich los
ist. Der Glaube, Schleswig-Holstein starte jetzt die
entscheidenden Initiativen, um etwas zu ändern, ist

irreal. Es kann wirklich nur darum gehen, den Bauern
Signale zu geben. Es geht nicht darum, wirklich etwas
zu bewegen. Das ärgert mich, wenn man solche De-
batten führt. Man sollte Debatten zumindest ehrlich
führen.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des
Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Was glauben Sie, was Ihre Parteikollegen Koch oder
Rüttgers oder Glos, die mit großen Industrieunter-
nehmen zu tun haben, sagen würden, wenn Deutsch-
land tatsächlich das täte, was von Ihnen und vom
Bauernverband gefordert wird? Gefordert wird, kont-
rar in die WTO-Verhandlungen einzusteigen. Deut-
schland ist eines der größten Exportländer. Ich
glaube, wir sind wieder Nummer 1. Wir liefern In-
dustrieanlagen in die ganze Welt. Was würden Ihre
Kollegen sagen, wenn Sie forderten, aus den WTO-
Verhandlungen auszusteigen und dafür zu sorgen,
dass der Schutz unserer Agrarwirtschaft erhalten
bleibt? Wie soll das denn funktionieren? Andere Län-
der sehen das genauso. Sie fragen: Warum sollen wir
unsere Märkte für deutsche Produkte öffnen, wenn
Deutschland nicht bereit ist, sich gegenüber armen
Ländern für Agrarprodukte zu öffnen? Ich halte es für
eine absolut irrealer Debatte, die sie führen. Sie wird
vom Bauernverband in einer so verlogenen Art und
Weise geführt, dass mich das einfach ärgert.

(Claus Ehlers [CDU]: Die Bauern waren
euch schon immer egal! Sag doch gleich die
Wahrheit!)

Es gibt wichtige Gründe, aus denen man diese Dis-
kussion in Brüssel und auch von uns aus durchaus
wie folgt führen muss. Man muss fragen: Wie werden
die Veränderungen, die auf dem Weltmarkt stattfin-
den werden, und die Veränderungen in der EU kon-
kret gestaltet? Die EU nimmt den Bauern den Zucker
zurzeit zu einem Preis ab, der beim Dreifachen des
Weltmarktpreises liegt. Das noch viel größere Pro-
blem ist, dass die in der EU entstehenden Überschüsse
zu hoch subventionierten **Preisen** auf den **Weltmarkt**
gepumpt werden. Dadurch werden die Konkurrenz-
bedingungen gegenüber Ländern, die zu ganz anderen
Preisen produzieren, verschlechtert. Das ist das Kern-
problem.

Ich gehe davon aus, dass die EU auch in Zukunft
Zucker subventionieren wird. Anders kann in
Deutschland konkurrenzfähig gar kein Zucker produ-
ziert werden. Die EU kann in Zukunft Zucker aber
nicht mehr zu subventionierten Preisen exportieren.
Das wird nicht mehr möglich sein. Darauf muss man
sich einstellen.

(Karl-Martin Hentschel)

Das hat gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Norddeutschland. Damit müssen wir uns beschäftigen. Wir müssen uns fragen, wie wir mit diesem Problem ernsthaft umgehen, welche flankierenden Maßnahmen wir ergreifen, welche Alternativen es für die Bauern gibt, welche Möglichkeiten es gibt, den Bauern zu helfen. So zu tun, als könnten wir diesen Prozess verhindern, halte ich für unreal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch das Problem - das hat mein Kollege Hildebrand beschrieben -, dass es bei den Zucker produzierenden Ländern des Südens sehr unterschiedliche Bedingungen gibt. Es gibt Großproduzenten, die zu sehr niedrigen Preisen produzieren. Es gibt aber auch insbesondere in den AKP-Staaten eine ganze Reihe von Produzenten, die Zucker zu wesentlich teureren Preisen produzieren. Diese haben zurzeit das Privileg, ihren Zucker in die EU liefern zu können. Nicht nur unsere Zuckerbauern sind die Benachteiligten bei der Änderung des Zuckerpreises, sondern auch die Zuckerbauern in den **AKP-Staaten** werden Benachteiligte in diesem Prozess sein.

Ich denke, gerade in der Verantwortung gegenüber Afrika muss es unser Interesse sein, uns gemeinsam mit diesen Ländern in den WTO-Verhandlungen dafür einzusetzen, dass eine Regelung getroffen wird, die eine Übergangsperiode schafft und Möglichkeiten bietet, die **Zuckerwirtschaft** auch in diesen Ländern auf ein Niveau zu bringen, das sie konkurrenzfähig werden lässt.

Es ist ganz wichtig, dass wir diese Verantwortung übernehmen. Denn nur auf diese Art und Weise werden wir von westlicher Seite international zu einem vernünftigen Ausgleich kommen.

Es geht also darum, erstens die Bedingungen zu gestalten und zweitens die Alternativen zu beschreiben. Im Zusammenhang mit dem, was wir seit vielen Jahren diskutieren, sind der Einstieg in alternative Treibstoffe, in **alternative Produktionen** in der Landwirtschaft sowie das Thema Biotreibstoff ganz wichtige Gesichtspunkte. Die Landwirtschaft wird sich weiterentwickeln, wie sie es in der Vergangenheit auch getan hat. Wir sind dafür verantwortlich, den betroffenen Landwirten Alternativen und Märkte aufzuzeigen und uns dafür einzusetzen. In diesem Sinne haben wir in der Vergangenheit eine Menge getan.

Dieser Prozess muss fortgesetzt werden und da erwarten wir auch von der Landesregierung, dass ihrerseits konstruktive Vorschläge kommen. Es muss den Menschen jedoch auch ungeschminkt die Wahrheit gesagt werden.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Ich komme zu meinem letzten Satz. - Denn es hilft den Bauern nichts, wenn man ihnen etwas vormacht. Es hilft ihnen nur, wenn man ihnen Alternativen bietet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für den SSW erhält der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die europäische Agrarreform hat lange Zeit für erhebliche Unruhe in der Landwirtschaft gesorgt. Denn lange Zeit war nicht genau klar, in welche Richtung die Reise gehen wird. Eines war jedoch allen klar: Mit der Erweiterung der EU wird der Förderkuchen für die Landwirtschaft kleiner.

Daher wurde die Förderkulisse von einer reinen Direktzahlung hin zu einer marktorientierten Förderung umgestaltet. Diesen Weg hat der SSW in der Debatte um die EU-Agrarreform stets unterstützt. Dass eine derartig weitgreifende Reform nicht spurlos an allen vorübergeht, ist logisch. Die Agrarreform hat bisher bereits in vielen Bereichen gegriffen und dass die **Agrarreform** nicht um die **Zuckermarktordnung** herumkommt, ist auch klar. Dies wird im Übrigen auch so von Vertretern des Deutschen Bauernverbandes gesehen; dies begrüßt der SSW.

Eine Verweigerungshaltung wäre in dieser Sache auch kontraproduktiv. Denn es gibt internationale Verpflichtungen, die eine Reform unabdingbar machen. Hierauf wurde bereits vonseiten der britischen EU-Präsidentschaft hingewiesen. Es wurde mitgeteilt, dass eine Reform notwendig sei, um der EU bei den Welthandelsgesprächen im Dezember einen besseren Stand zu geben.

Darüber hinaus ist ein wesentlicher Bestandteil des Reformprozesses die Schaffung von **Übergangsregelungen**, die für die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks annehmbar sind und ihnen wirksam helfen, sich auf die Reform einzustellen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Zuckermarktordnung der EU eine Privilegierung der europäischen Zuckerrübenanbauer mit sich gebracht hat. In der EU wurde über Jahrzehnte hinweg ein

(Lars Harms)

Preis für **Zucker** gezahlt, der weit jenseits des **Weltmarktpreises** lag. So sind die Preise circa dreimal höher als das Weltmarktniveau. Dass dies eine erhöhte Zuckerrübenproduktion mit sich gebracht hat, ist eine logische Konsequenz der EU-Agrarförderungspolitik. Diese Überproduktion hat erhebliche Nachteile für die Märkte der Entwicklungsländer gebracht.

Hiermit nun aufzuräumen und die Preise für Zucker zu senken, ist eine Fortführung der EU-Agrarreform. Die Frage ist jedoch, in welchem Umfang und mit welcher Härte dies geschieht.

Der Deutsche Bauernverband hat eine Preissenkung um 39 % kritisiert und darauf hingewiesen, dass eine derartige Preissenkung den Erzeugern in der EU keine kostendeckenden Erlöse gewährleiste. Ebenso wurde kritisiert, dass die von der Kommission vorgeschlagene Reform vorgezogen werde, also eine Verkürzung der bestehenden Zuckermarktordnung darstelle.

Derartige Befürchtungen und die Kritik vonseiten der Landwirtschaft müssen ernst genommen werden. Daher sind wir der Auffassung, dass eine Zuckermarktreform nur durchgeführt werden darf, wenn sie über einen längeren Zeitraum durchgeführt wird. Die betroffenen Landwirte und die nachgelagerten Bereiche im Zuckersektor müssen entsprechende Planungssicherheiten haben. Das heißt, es ist nachvollziehbar und nicht von der Hand zu weisen, dass die Entwicklungsländer die gleichen Chancen an unserem Zuckermarkt haben müssen wie unsere Landwirte, wenn sie die gleichen qualitativen, ökologischen und sozialen Standards erfüllen.

Diese Konkurrenz wird auf jeden Fall zu einem massiven **Preisverfall** in Europa führen, weil langfristig das Subventionsniveau nicht gehalten werden kann. Dieser Anpassungsprozess muss aber in Stufen vor sich gehen, damit sich die Betroffenen darauf einstellen können. Diese Erkenntnis ist bitter, aber sie wird sich nicht abwehren lassen.

Unser politisches Ziel muss aber darin bestehen: Wenn wir Waren und Zucker von außerhalb der EU importieren, dann müssen wir dieses an qualitative, ökologische und soziale Standards koppeln. Dies wäre auch mit der europäischen Politik vereinbar und für dieses Ziel muss sich die gesamte Politik - gerade auf EU-Ebene - einsetzen. Ein Festhalten an den alten Strukturen hilft hier in keinem Fall weiter.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Kollegen Harms. - Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten nach Artikel 21 der Lan-

desverfassung das Wort. Damit erhalten alle Fraktionen nach § 58 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung noch einmal die Hälfte der festgesetzten Redezeit.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren, ich habe die Ausführungen mit Interesse gehört. Sie werden mir gestatten, dass ich mich gemeldet habe, weil ich mich einige Jahre lang gerade mit der **Zuckermarktordnung** beschäftigt habe. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Auswirkungen der Änderung der Zuckermarktordnung jedem, und zwar überall, klar wären.

Ich will nicht darüber reden, was jetzt bei uns passiert. Dass wir an Wettbewerbsfähigkeit bei der Zuckerproduktion verlieren werden, darüber will ich nicht reden. Aber an der Argumentation dahin gehend, Herr Kollege Hentschel und auch Lars Harms, dass wir Nachteile für die Entwicklungsländer heraufbeschwören, wenn wir die Zuckermarktordnung beibehalten, will ich etwas korrigieren.

Ich glaube, Folgendes ist unbestritten: Die Öffnung der Märkte hat für die **Entwicklungsländer** etwas mit **Armutsbekämpfung** zu tun. Eine gute Regierung und die Öffnung der Märkte sind die Voraussetzungen. Es gibt zwei Länder, bei denen dieses nicht der Fall ist: Das sind die Philippinen und das ist Brasilien, weil die Strukturen der Landwirtschaft in diesen Ländern völlig anders sind.

Ich halte die Änderungen der Europäischen Union bei der Zuckermarktpolitik für einen riesigen Fehler; das will ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Änderungen werden Folgendes bewirken: Sie werden gerade in Brasilien nicht einen einzigen der armen Zuckerbauern reicher machen.

(Beifall bei der CDU)

Die Reichen in Brasilien werden vielmehr reicher werden. Die sitzen nämlich schon gar nicht mehr in Brasilien und die Armen, die dort arbeiten, bleiben genauso arm, wie sie es sind.

Lieber Lars Harms, nun zu Ihrer Aussage, wir sollten den Anspruch erfüllen, dort ökologische und qualitative

(Lars Harms [SSW]: Und soziale!)

- und soziale Standards einzuführen.

Wenn wir beide uns entschlossen, auszusteigen, und nach Brasilien gingen, dann würde uns die dortige Regierung einige tausend Hektar zur Verfügung stel-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

len, die gerodet würden, um Zuckerrohr anzubauen. Dies würde aber unter der Auflage geschehen, dass wir dieses Zuckerrohr zu exportieren hätten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das!)

Zu meinen, nur aus dem **Zucker** aus der Europäischen Union **Kraftstoffe** herstellen zu können, ist doch absurd. Denn es würde der Zucker aus Brasilien auch hier zu Billigpreisen auf den Markt kommen, um Kraftstoff zu produzieren oder - wie es schon gemacht wird - 1 Million t Zuckeräquivalent als Bioalkohol zu importieren.

Als ich seinerzeit Agrarausschussvorsitzender im Deutschen Bundestag war, saßen aus diesem Grund die Sprecher der **AKP-Länder** und die Sprecher der Least Developed Countries in meinem Büro. Sie haben uns herzlichst und dringend gebeten, nicht an der Zuckermarktordnung zu rühren. Denn sie haben eine Quotierung. Sie exportieren den Zucker zu den Preisen, die wir hier haben. Mit dem Mehrerlös, den sie auf den europäischen Märkten erzielen, sind sie in ihren Ländern in der Lage, ihren Wohlstand zu vermehren und ihre **Entwicklung** zu finanzieren. Dieser Mehrerlös ist nämlich wesentlich höher als das, was wir ihnen an Entwicklungshilfe geben.

Insofern bitte ich, auch diese Punkte zu berücksichtigen und nicht einfach zu meinen, Liberalisierung in diesem Bereich Sorge dafür, den Entwicklungsländern - zu den Least Developed Countries sagen wir immer: „Everything but arms“ - etwas Gutes zu tun. Schließlich würden wir diesen Ländern gleichzeitig die Möglichkeit abschneiden, ihren Zucker zu guten Preisen in die Europäische Union zu bringen. Ich halte das für einen großen Fehler. Ich hielte es für nicht verantwortbar, wenn ich das hier nicht noch einmal sagen würde.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Danke schön. - Es gibt das Angebot, nach § 58 Abs. 1 zu sprechen. Das ist keine Verpflichtung. Ich sehe, dass die Fraktionen dieses Angebot nicht wahrnehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Hentschel will das wahrnehmen!)

- Der Kollege Hentschel? - Herr Kollege Hentschel, dann erteile ich Ihnen das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, mit dem, was Sie gesagt haben, kommen wir in eine entwicklungspolitische Debatte; das ist völlig klar. Diese werden wir hier nicht ausführlich führen können.

Richtig ist, dass die **Auswirkungen von Marktöffnung** in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind. Richtig ist aber auch, dass die These, dass es dann, wenn wir die Globalisierung zurückfahren und die Märkte abschotten, den Menschen in den armen Ländern besser geht, nur noch von sehr wenigen Menschen getragen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Dass in den armen Ländern die Entwicklung ganz entscheidend von der Existenz eines Mittelstandes und von einer vernünftigen Einkommensverteilung abhängt und dass Brasilien im Unterschied zu den asiatischen Staaten, die einen starken Mittelstand haben und deswegen auch gute Entwicklungschancen haben, weltweit das Land ist, das die größten Einkommensunterschiede und die größte Polarisierung zwischen Reichtum und Armut und Besitz und Nichtbesitz aufweist und dass dies eines der größten Entwicklungsprobleme von Brasilien ist, ist ebenfalls richtig.

Daraus nun Konsequenzen für die Marktordnung und auch für die Zuckermarktordnung zu ziehen, ist meiner Ansicht nach nicht zulässig. Die Konsequenz daraus kann man gerade in der politischen Entwicklung in Brasilien erleben. In Brasilien muss es zu einer sozialen Revolution, einer Verteilung des Bodens kommen, so wie es in Asien, beispielsweise in Thailand und in Südkorea, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung war. Diese **Bodenreform** muss es auch in **Brasilien** geben, damit Brasilien überhaupt die Chance hat, sich endlich dynamisch zu entwickeln, und nicht in der Situation festklemmt, in der es steckt.

Das andere Problem der AKP-Staaten, das sie angesprochen haben, ist ebenfalls richtig. Deswegen ist es auch in der EU Konsens, dass es weiterhin Importkorridore für die AKP-Staaten gibt. Ich finde es richtig, dass sie beibehalten werden. Das ist eine notwendige Begleitmaßnahme dieser Entwicklung; sonst würden sie tatsächlich zu den Leittragen dieser Veränderungsprozesse.

Wie immer, wenn man die Dinge sehr konkret betrachtet, kommt man zu sehr komplizierten Debatten. Das ist nicht immer ganz einfach. Trotzdem glaube ich an das Grundprinzip, dass die **Öffnung der Märkte** letztlich auch den armen Ländern nützt, weil sie sich nur dann, wenn sie etwas in die Industriestaat-

(Karl-Martin Hentschel)

ten verkaufen, entwickeln können. Entwicklungshilfe allein reicht da nicht aus. Dieses Grundprinzip gilt. Konkret betrachtet ist das Ganze sehr viel komplizierter. Man muss bei der Festlegung der Rahmenbedingungen sehr genau darauf achten, wie sie wirken, damit man keine Fehler macht, die möglicherweise das Gegenteil dessen bewirken, was man bewirken möchte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Kollege Hentschel, wir danken Ihnen auch für die wohltuende Stimmlage.

Nach § 56 Abs. 4 oder § 58 Abs. 1 - das können Sie sich aussuchen, Herr Kollege Harms - erteile ich Ihnen jetzt das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte natürlich erklären, warum ich gesagt habe: Wir müssen uns daran orientieren, ökologische und vor allen Dingen auch **soziale Standards** zu berücksichtigen, wenn wir etwas importieren. Herr Ministerpräsident, Sie haben ja Recht, wenn Sie sagen, in Brasilien ist die Lage für die Menschen nicht gerade prickelnd, was die soziale Schieflage in diesem Land angeht. Nun befördern wir noch den Unterschied zwischen Arm und Reich.

Mit der gleichen Begründung könnte ich sagen: Lasst uns auf keinen Fall Kohlesubventionen streichen, weil die Lage der chinesischen Arbeiter in den Kohleminen nicht gerade prickelnd ist. Wir importieren aber schon jetzt Kohle aus Ländern, in denen die Lage für die Menschen nicht gut ist. Mit der Begründung könnte ich so ziemlich jede Handelsbeziehung zu vielen Ländern streichen. Damit komme ich nicht weiter.

Ich muss mir überlegen, und zwar auf europäischer Ebene - das ist in der Tat nicht unsere Aufgabe -, wie ich erreiche, dass in den Ländern die normalen **Standards** - man wird nicht auf Anhieb unsere Standards durchsetzen können - gelten. Das erreiche ich nur dadurch, indem ich hier Regeln schaffe, mit denen klar wird: Ich handele nur mit euch, wenn ihr diese Standards erfüllt. Genau das meine ich.

Natürlich braucht es dafür in irgendeiner Art und Weise auch für unsere Landwirtschaft **Übergangsregelungen**. Wir werden es ohne eine solche Regelung nicht schaffen, uns in bestimmten Bereichen abzuschotten und anderen in bestimmten Bereichen entgegenzukommen. Das ist in meinen Augen auch inkonsequent und nicht transparent genug.

Wenn wir tatsächlich mit allen Handel betreiben wollen, dann müssen wir dies zu allgemein gültigen Bedingungen machen, dann müssen wir die Bedingungen hier festlegen. Dazu sagt der Politiker Lars Harms: Soziale und ökologische Bedingungen sind dabei wichtig. Gewisse Standards geben wir vor. Ob man das mit Zertifikaten oder mit anderen Mitteln macht, ist egal. Wer diese Bedingungen erfüllt, darf mit uns handeln. Wer sie nicht erfüllt, darf nicht mit uns handeln.

Das haben wir auch unter der alten Landesregierung zumindest für uns selber in Bezug auf die Holzwirtschaft gemacht, und zwar bewusst. Es ist der richtige Weg, wenn wir selber die sozialen Standards vorgeben, nach denen wir einkaufen wollen. Nur so bekommen wir das Problem langfristig und in allen Bereichen, nicht nur beim Zucker, gelöst.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Danke, Kollege Harms. - Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den mündlichen Bericht der Landesregierung in den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

EU-Strukturförderung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/318

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich darf Sie zunächst bitten, darüber abzustimmen ob dieser Bericht in dieser Tagung gehört werden soll. Ich bitte Sie um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wird der Bericht in dieser Tagung erbeten.

Ich erteile damit das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, und bitte ihn um den Bericht.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion konzentriert sich auf ein für

(Minister Dietrich Austermann)

weite Teile des Landes wichtiges Thema, das Thema **Strukturhilfen für strukturschwache Gebiete**. Es ist richtig, dass wir über diese Frage diskutieren, weil sie von existenzieller Bedeutung für die Westküste ist, für den nördlichen Landesteil, aber auch für wesentliche Teile der Ostküste bis zur Stadt Lübeck herunter.

Die Situation ist allerdings nicht so, dass man heute feststellen könnte, es sei alles entschieden und wir könnten daraus unsere Konsequenzen ziehen. Das hängt damit zusammen, dass man heute noch nicht genau sagen kann, welche Entscheidung auf EU-Ebene getroffen wird. Die EU hat sich mehrfach mit dem Thema befasst, wie die Finanzausstattung der Strukturpolitik von 2007 bis 2013 in der finanziellen Vorausschau ablaufen soll. Die Kommission hat dazu den Vorschlag gemacht, 340 Millionen € im Rahmen des Europäischen Sozialfonds und im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung einzustellen. Aus beiden Fonds werden Programme des Landes gespeist. Der Kompromissvorschlag der Luxemburger Ratspräsidentschaft vom Juni ging davon aus, dass der ursprüngliche Betrag auf 306 Millionen € herabgesetzt wird.

Der Gipfel ist, wie sie alle wissen, gescheitert. Die Lage ist nun offen. Manch einer rechnet damit, dass die Ratspräsidentschaft von Großbritannien das Ganze zu einer Lösung führen wird. Möglicherweise passiert das Ganze aber auch erst in der übernächsten, der österreichischen Präsidentschaft, das heißt kurz vor Ablauf der laufenden Förderperiode Ende des Jahres 2006. Meistens - das ist von uns allen zu beklagen - entstehen die Entscheidungen der EU immer erst im letzten Moment in Nachtaktionen. Die Ergebnisse sind gelegentlich entsprechend. Es wäre für die Vorbereitung der zukünftigen EU-Strukturförderprogramme in den Mitgliedstaaten der Region, also auch in Schleswig-Holstein, sehr wichtig, wenn es gelänge, noch in diesem Jahr eine Entscheidung zu treffen. Dies ist sehr wichtig für planerische Entscheidungen, aber auch für die Abwicklung laufender Programme.

Allerdings scheiterte der Rat im Juni. Es gab keine Einigung über den Beitragsrabatt der Briten und die EU-Agrarförderung. Das bedeutet, dass das ganze Problem zunächst verschoben wird.

Die FDP hat gebeten, konkrete Zahlen zu nennen. Das wird im Detail nicht möglich sein, ich kann nur einige Rahmencahlen nennen. Ich bin über das Interesse des Antragstellers natürlich erfreut. - Wir profitieren in der aktuellen Förderperiode in erheblichem Umfang von der Strukturförderung im Rahmen der bisherigen Ziele 2 und 3. Aus dem EFRE kommen

rund 230 Millionen, aus dem ESF rund 170 Millionen € für Schleswig-Holstein.

Bereits bekannt ist, dass die Kommission die bisherigen Ziele 2 und 3 neu definieren will. Das neue Ziel soll **regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung** heißen und mehr auf die Wachstumsinitiativen der Lissabon-Strategie abstellen. Das dürfte zur Folge haben, dass 2007 grundsätzlich ganz Schleswig-Holstein Fördergebiet wäre.

Das hätte sicher Nachteile, wenn der Kuchen nicht größer, sondern kleiner wird. Wenn aus einem begrenzten Fördergebiet ein größeres Fördergebiet würde, würde das neue Verteilungskämpfe bedeuten. Richtig ist, dass wir uns weiter auf die strukturschwachen Gebiete konzentrieren müssen. Allerdings wird die Förderung eine andere sein, weil wir bei der **Förderung** in Zukunft mehr auf **innovative Projekte** achten müssen.

(Beifall)

Die Zusammenlegung von Wissenschafts- und Wirtschaftsressort schafft auch in diesem Zusammenhang gute Möglichkeiten; wir sind für die neue Entwicklung, die die EU vorgibt, gut aufgestellt.

Ich erhoffe mir auch von der neuen Bundesregierung Rückenwind. Die bisherige Bundesregierung hat dafür plädiert, die EU-Strukturförderung auf die bedürftigsten Regionen der Ziel-1-Gebiete zu konzentrieren. Das lässt manche Merkwürdigkeit zu. Zum Beispiel könnte ein neues Fördergebiet der gesamte Raum des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg werden, ein Gebiet, das von Cuxhaven bis Lüchow-Dannenberg und bis zum Raum Wolfsburg reicht.

Davon auszugehen, dass dieser Hamburger Nachbarbereich, das nördliche Niedersachsen insgesamt wie die neuen Bundesländer strukturschwaches Gebiet ist, halte ich für völlig abwegig. Ich gehe davon aus, dass wir uns gemeinsam dagegen wehren müssen, dass hier eine Förderlandschaft geschaffen wird, bei der Schleswig-Holstein und Hamburg praktisch eine Insel sind, die weitgehend auf sich selbst angewiesen sind, während bei einem Übermaß an Förderung in anderen Bereichen die Gefahr besteht, dass sich viele Betriebe aus Schleswig-Holstein abwenden könnten.

Beim Außenministerrat am 27. Oktober in Hampton Court gab es erste Anzeichen dafür, dass man zu neuen Ergebnissen kommen wird.

Wir haben als Landesregierung verschiedene Bemühungen unternommen. Es gab ein gemeinsames Schreiben mit dem Kollegen Döring, der als Europaminister zuständig ist. Es gab Aktivitäten des Ministerpräsidenten.

(Minister Dietrich Austermann)

Ich habe gestern ein Antwortschreiben der Bundesregierung bekommen, in dem es heißt, es seien bisher keine einzelnen Überlegungen bekannt. Das letzte von der britischen Ratspräsidentschaft vorgelegte Diskussionspapier vom 28. Oktober 2005 lasse keine Absicht erkennen, dass man einen Vorschlag zur Mittelübertragung vorlegen wolle. Sollte dies wider Erwarten doch geschehen, werde die Bundesregierung hierzu im Benehmen mit den Ländern eine Position entwickeln und dabei auch die von ihnen genannten Argumente berücksichtigen.

Wir befinden uns hier in einer Zwischenphase. Es ist notwendig, unsere Position weiter mit Nachdruck deutlich zu machen, wie wir das für die Regierung getan haben und der Landtag im Anschluss daran sicher auch.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Minister Dietrich Austermann. - Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister! Ich muss akzeptieren, dass Sie heute von dieser Stelle nicht sagen können, wie die Landesregierung denkt, Vorsorge zu treffen, weil eine der wichtigsten finanziellen Quellen ab 2007 aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich geringer sprudeln wird. Ich erwarte dann allerdings, dass Sie den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig darüber informieren, welche Vorsorge Sie zu treffen gedenken, wenn in Zukunft entsprechende Mittel auch für Projekte ausfallen, die Sie beispielsweise aus dem Schleswig-Holstein-Fonds finanzieren wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie geht es denn mit der **EU-Strukturförderung** weiter? Große Teile dieses Geldes werden in Zukunft stärker in Mitgliedstaaten fließen, in denen Wirtschaftskraft und Wohlstand weit unter dem Durchschnitt der EU liegen. Noch gehört Deutschland Gott sei Dank nicht zu dieser Gruppe. Noch nicht, denn offensichtlich ist die sich anbahnende große Koalition im Bund entschlossen, den Weg dorthin zügig fortzusetzen, wenn man sich die Programme zur Steuererhöhung und all das, was da offensichtlich beschlossen werden soll, anguckt.

Die EU-Strukturförderung soll helfen, in allen Mitgliedstaaten der Union ähnliche materielle Le-

benschancen zu erreichen. Selbstverständlich soll dies geschehen, indem den ärmeren Regionen geholfen wird, zu den reicheren aufzuschließen. Europäisch-bürokratisch heißt das **Konvergenz**. Ich möchte Ihnen nur einen Hinweis darauf geben, vor welcher Herausforderung wir als Europäer stehen.

In den osteuropäischen Beitrittsstaaten betrug im Jahr 2000 der durchschnittliche Nettolohn einer Facharbeiterfamilie mit einem Verdiener und zwei Kindern ungefähr 320 € pro Monat. Allein die deutsche Sozialhilfe für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern betrug 1.508 €. Das deutsche materielle Existenzminimum - der faktische deutsche Mindestlohn - war also viermal so hoch wie der Durchschnittslohn in den osteuropäischen Beitrittsstaaten.

Würde diese Wohlstandslücke jährlich um 2 % kleiner, so dauerte es 35 Jahre, bis die Hälfte dieser Lücke geschlossen wäre. Leider zeigen mittel- und langfristige Untersuchungen allerdings, dass sich solche Lücken in der EU langsamer schließen, ungefähr mit 1 % pro Jahr. Dann dauert es rechnerisch unter den sonst gleichen Bedingungen ungefähr 70 Jahre, bis die Wohlstandslücke auch nur zur Hälfte geschlossen wäre. Vor diesem Hintergrund müssen sich verantwortungsvolle Politiker selbstverständlich fragen, ob und wie die Union Konvergenz optimal beeinflussen kann.

Was auch immer dabei herauskommt, eines ist jedenfalls aus unserer Sicht klar: Die reicheren EU-Staaten werden weniger bekommen, vermutlich auch die ärmeren Regionen in diesen reicheren Staaten, also beispielsweise Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund ist auch der Vorschlag der britischen EU-Präsidentschaft zu sehen, 57 Milliarden € von einer Wachstumsinitiative - genannt Strukturförderung - in eine andere Wachstumsinitiative umzuschichten. Für Schleswig-Holstein würden dann nach öffentlichen Bekundungen des Europaministers ab 2007 bis zu 250 Millionen € EU-Fördermittel ausfallen.

Wie viel Geld Schleswig-Holstein wofür aus der neuen Initiative erhalte, wissen wir heute noch nicht. Tony Blair ist bereits bei sich zu Hause zur „lame duck“ geworden, in Europa wird er vermutlich noch weniger bewegen. Aber - und ein großes Aber - das alles ändert nichts daran, dass die Europäische Union spätestens ab 2007 weniger Strukturfördermittel für das alte, das so genannte reiche Europa ausgeben wird.

Es wäre verantwortungslos, wenn die Landesregierung genau davor die Augen verschlösse. Deshalb wollen wir wissen, wie Sie sich ganz konkret auf das

(Dr. Heiner Garg)

weniger werdende Geld aus Brüssel vorbereiten, Herr Minister Austermann.

(Beifall bei FDP und SSW)

Der Finanzminister schätzt, dass 8 % der **Nettoaussgaben im Landeshaushalt** kurzfristig politisch beeinflussbar sind, wobei die komplett auf Pump finanziert werden. 20 % des Landeshaushaltes sind auf Pump finanziert. In der üblichen Übersicht im Haushaltsplan beziffert er die **EU-Mittel** für 2006 auf 129 Millionen €.

Herr Wirtschaftsminister, ich frage Sie noch einmal: Wie bereiten Sie sich darauf vor, dass dieser Quell in Zukunft deutlich weniger sprudeln wird? Sie haben hier und heute keine Antwort darauf gegeben. Ich muss hinnehmen, dass Sie das weder beziffern können noch dass Sie vorgetragen haben, welche konkreten Vorsorgemaßnahmen Sie zu treffen gedenken.

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie den Wirtschaftsausschuss zügig unterrichten, wie Sie in Zukunft gedenken, Ihre Projekte zu finanzieren, von denen Sie zahlreiche in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.

Ich freue mich auf eine intensive, vielleicht auch etwas strittige Diskussion darüber im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, was der Minister sagt, und auch Sie, Herr Garg, haben das ausgedrückt: Alle konkreten **Zahlenangaben** zum jetzigen Zeitpunkt sind nicht belastbar, weil es noch keinen festgeschriebenen **Haushalt** für die Jahre 2007 bis 2013 gibt. Damit sind auch alle Auswirkungen für unser Land zurzeit nicht qualifiziert darzustellen.

Tatsache ist, dass der jetzige EU-Ratspräsident Tony Blair trotz königlicher Kulisse von Hampton Court Castle nichts über den Haushalt 2007 bis 2013 sagte.

Wir hatten gestern einen Vertreter von England hier im Haus: den stellvertretenden englischen Botschafter, Mr. Mortimer. Der hat noch einmal betont, Ende des Jahres werde Tony Blair den Vorschlag unterbreiten, 1 % des Bruttoinlandsproduktes in den EU-Haushalt einzugeben. Er betonte auch, dass möglicherweise weder die Österreicher noch die Finnen,

sondern möglicherweise die Deutschen im ersten Halbjahr 2007 die Entscheidung über den EU-Haushalt fällen müssen.

Tatsache ist, dass mit der Erweiterung der Europäischen Union im Mai letzten Jahres die **wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten** innerhalb der EU zugenommen haben. Tatsache ist, dass die sechs Nettozahler - dazu gehört Deutschland - weiterhin fordern, dass die Zahlungen der einzelnen EU-Länder in den EU-Haushalt nicht mehr als 1 % ausmachen. Bezogen auf die Forderung der Kommission von 1,14 % ist das eine Lücke von fast 132 Milliarden € für den Budgetzeitraum.

Diese Finanzdeckungslücken machen mit Recht Sorgen, auch uns. Die EU muss künftig einen Weg finden, der einen Ausgleich zwischen Haushaltszwängen und dem Gebot der Solidarität schafft. Der Grundsatz der Solidarität, der ein wesentliches Fundament der Europäischen Gemeinschaft ist, zwingt die Kommission, sich in ihrer Strukturpolitik stark auf die neuen, ärmeren Mitgliedsländer zu konzentrieren. Insgesamt leben 124 Millionen Menschen in benachteiligten Regionen. Dennoch dürfen die bislang geförderten Regionen nicht abrupt aus der EU-Förderung herausfallen. Ein Weg wäre, die alten Förderregionen weiterhin von der EU als eigenständige Fördergebiete zu betrachten. Das gilt zumindest, wenn auch abgeschwächt, für die alten Ziel-1-Gebiete.

Wie ist das bei den unterschiedlichen Budgetauffassungen alles zu schultern? Was ist aus den bereits vorliegenden Verordnungsentwürfen der Kommission zu erkennen? Darin ist vorgesehen, dass der **Gesamtetat** des neuen **EU-Strukturfonds** - auf Basis von 1,14 % des Bruttoinlandsprodukts - 336 Milliarden € betragen wird. Im Rahmen von Ziel 1 sollen, wie bereits in der jetzigen Förderperiode, auch in Zukunft Regionen gefördert werden, deren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts der 25 Länder beträgt. Dazu zählen acht neue Beitrittsländer. Für Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 75 % des Durchschnitts der alten 15 EU-Länder soll bis zum Jahre 2013 eine befristete, degressiv ausgestaltete Unterstützung vorgenommen werden. Für Schleswig-Holstein ist das alles nicht relevant.

Die klassische, bisherige Aufteilung mit den entsprechenden Förderungen in Ziel 2, Ziel 3 und den vier Gemeinschaftsinitiativen soll es zukünftig nicht mehr geben. Es sollen - das ist völlig neu - alle anderen Regionen gefördert werden, sofern die Mitgliedstaaten eine Auflistung förderwürdiger Regionen mit räumlicher, thematischer und finanzieller Konzentration vorlegen. Förderungsfähig sind insbesondere die

(Manfred Ritzek)

Bereiche Wissenschaft und Innovation, Umwelt und Risikoprävention sowie Zugang zu Verkehrs- und Telekommunikationsdiensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Insbesondere sollen Städte, in denen 80 % der gesamten EU-Bevölkerung leben, stärker in die Regionalförderung einbezogen werden, weil hier Strukturmittel am schnellsten zu stärkerem wirtschaftlichen Wachstum, zu Innovation und zu Wissenserhöhung führen. Damit kann man am ehesten die Lissabon-Strategie erfüllen, so das jüngste AdR-Protokoll von Ende Oktober.

In Zukunft wird die Kommission also **keine konkreten Ziel-Abgrenzungen** mehr vornehmen, sondern lediglich festlegen, wie viel Mittel jeder Mitgliedstaat für das neue Ziel-2-Gebiet erhält. Die Mittelverteilung ist dann Sache der Mitgliedstaaten. Das ist eine Chance, aber auch ein Risiko. Hoffentlich bekommen nicht die stärksten Länder die Fördermittel und hoffentlich konzentriert sich nicht alles auf Städte; denn wir wollen auch unsere ländlichen Räume stärken.

Meine Damen und Herren, wir müssen wachsam sein. Wir müssen vom Umfang her für unsere bisherige **Förderkulisse** kämpfen. Die Regionen werden sich ändern. Das ist die einzige derzeit mögliche konkrete Aussage.

(Beifall bei der CDU)

Ich beantrage, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin dem Antragsteller und dem Minister für seinen Bericht dankbar, weil er uns Gelegenheit gibt, noch einmal über die weitreichende Bedeutung der Strukturförderung für Schleswig-Holstein und die Auswirkungen zu diskutieren.

Auch wenn - darauf hat der Minister in seinem Bericht hingewiesen - zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen zu den **Konsequenzen** einer **veränderten Förderpolitik** möglich sind, geben die bisher diskutierten Vorschläge der Kommission und der britischen Ratspräsidentschaft doch genügend Anhaltspunkte, bei denen aus schleswig-holsteinischer Sicht alle Alarmsignale auf Rot stehen. Ich bin dem Kollegen Ritzek dankbar dafür, dass er die komplizierte Förderphilosophie hier ausführlich dargestellt hat; denn dann brauche ich das nicht mehr zu tun.

Um den politischen Handlungsrahmen deutlich zu machen, will ich aber kurz auf die bisherige Förderphilosophie eingehen. Die **EU-Strukturförderung** folgt dem übergeordneten Ziel, die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Regionen und Menschen zu verringern sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa zu fördern. Dafür werden 30 % des Gesamthaushaltes der Europäischen Union aufgewendet. Der Kollege Garg hat schon sehr eindrücklich dargestellt, wie unterschiedlich das Niveau des Lebensstandards ist.

In der jetzigen Planungsperiode 2000 bis 2006 soll dieses Ziel durch die Verknüpfung von finanzieller Ausstattung, regionaler Verteilung und politischer Zielsetzungen erreicht werden.

Schleswig-Holstein hat von 2000 bis 2006 erheblich von der EU-Strukturförderung profitiert. Allein in unsere Ziel-2-Gebiete sind 258 Millionen € EU-Mittel geflossen. Damit konnten Projekte von über 830 Millionen € verwirklicht werden, davon allein 300 Millionen € an privaten Investitionen, die - so steht zu befürchten - sonst nicht in unser Land investiert worden wären.

In den Landesprogrammen „Zukunft auf dem Land“, „Arbeit für Schleswig Holstein“ und dem Regionalprogramm wurden wichtige wirtschaftliche, infrastrukturelle, umweltpolitische und arbeitsmarktpolitische Ziele verwirklicht, die für Schleswig-Holstein von existenzieller Bedeutung sind.

(Beifall bei der SPD)

Schon die ursprünglich vorgesehenen Änderungen für die neue Förderperiode ab 2007 lassen für Schleswig-Holstein erhebliche Reduzierungen befürchten.

Nach dem Scheitern der EU-Finanzverhandlungen ist die neue Finanzierungsstruktur wieder ganz offen. Ob es unter dem Ratsvorsitz Großbritanniens zu einer Einigung kommt - darauf ist hingewiesen worden -, ist fraglich. Vermutlich kommen wir erst unter österreichischem Vorsitz im ersten Halbjahr 2006 zu einer Einigung.

Da die Vorbereitung der gesetzlichen Grundlagen für neue Förderprogramme zwölf bis 18 Monate dauern wird, träte zunächst ein monatliches Budget in Kraft, das Auszahlungen für Mehrjahresprogramme nach Darstellung der Kommission so gut wie unmöglich machen würde. Für Schleswig-Holstein ebenso wie für viele andere Regionen bedeutet dies, dass wir unsere an den EU-Förderstrukturen ausgerichteten Landesprogramme erst Mitte 2007 konzeptionell entwickeln könnten.

(Anette Langner)

Auch die Vorstellungen der britischen EU-Ratspräsidentschaft zu einer veränderten inhaltlichen und strategischen Ausrichtung der Ziel-2-Förderung beinhalten ebenso Risiken für Schleswig-Holstein wie der Vorschlag, von der regionalen Förderung stärker zu einer Exzellenzförderung zu kommen. Allerdings will ich einfügen: Da Schleswig-Holstein eine ganze Reihe von innovativen Projekten auf den Weg gebracht und erfolgreich durchgeführt hat, könnte für uns darin auch eine Chance liegen.

(Beifall bei der SPD)

Die für Schleswig-Holstein für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark so wichtige **INTERREG-III-Förderung** - wie auch immer sie dann heißen wird - steht nach den bisherigen Vorschlägen zwar weder inhaltlich noch in der finanziellen Ausstattung zur Disposition. Aber auch hier muss mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass die wegweisenden Projekte in den Grenzregionen weitergeführt und weiterentwickelt werden können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die genannten Vorschläge der Kommission stellen für die Regional- und Arbeitsmarktpolitik des Landes ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Schleswig-Holstein hat in der jetzigen Förderperiode mit innovativen Projekten und wegweisenden Infrastrukturmaßnahmen wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gesetzt. Deshalb muss sich die Landesregierung auch weiterhin nachdrücklich auf allen Ebenen - der Ministerpräsident hat gestern auf die Bedeutung des Hanse-Office hingewiesen - dafür einsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins, wie sie in der bisherigen Förderkulisse möglich ist, auch in Zukunft erhalten bleibt.

Wir hatten eigentlich vor, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Nun ist hier angeregt worden, das im Wirtschaftsausschuss weiter zu diskutieren. Da es vor allem ein europäisches Thema ist, sollte sich auch der Europaausschuss damit befassen.

(Beifall bei der SPD)

Mein Vorschlag wäre, es - abweichend von unserem bisherigen Vorschlag - in den Europa- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen und dort noch einmal darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klaus Müller das Wort.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Minister, für diesen ruhigen und unaufgeregten Bericht. Ich glaube, man kann ihn in einem Satz zusammenfassen: Wir wissen, dass wir wenig wissen. Das, liebe Kollegen von der FDP, überrascht uns aber auch nicht. Ich glaube, die Antworten auf die ersten beiden Absätze Ihres Antrages waren vorhersehbar. Wenn man die europäische Debatte ein bisschen verfolgt hat, hätte man wissen können, dass bis zum Zeitpunkt unserer Landtagsdebatte die Landesregierung über keine neuen Zahlen verfügen kann. Sie hat aber darauf hingewiesen, was insgesamt zur Disposition steht. Alle Redner haben darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein in der Tat dramatisch sein können.

Der spannendste Teil des Antrags der FDP ist allerdings der dritte Absatz, nämlich die Frage - hier hätte sich der Kollege Austermann in der Tat etwas weiter vorwagen können -, um welche **Prioritätensetzungen** es tatsächlich geht. Ich bin froh, dass der Ministerpräsident zumindest diesem Teil der Debatte wieder beiwohnen kann, weil er sich im Magazin „Spiegel“ vom 1. Oktober sehr besorgt über Äußerungen Tony Blairs ausgelassen hat, die regionale Strukturförderung würde im Zeitraum 2007 bis 2013 womöglich um einen zweistelligen Milliardenbeitrag gekürzt werden. Diese Besorgnis, Herr Ministerpräsident, kann ich absolut nachvollziehen. Sie ist berechtigt. Wir alle haben einen Konsens darüber, welche dramatischen Auswirkungen für Schleswig-Holstein das bedeuten würde.

Die schwierige Frage ist jetzt - Herr Ritzek hat gerade darauf hingewiesen -: Was sagt die Lissabon-Strategie, die, glaube ich, von 100 % aller anwesenden Abgeordneten geteilt wird? Wir kommen dann in Interessengegensätze. Ich kann aufgrund Ihrer Biographie sehr gut nachvollziehen, wie Sie sich für die Zuckermarktordnung und die Landwirtschaft eingesetzt haben. Auch ich habe diese Debatte etwa zwei Jahre lang führen dürfen. Das Problem ist: Wenn weniger Mittel bereitgestellt werden und Herr Austermann zu Recht darauf hingewiesen hat, die Mittel stünden dann für ganz Schleswig-Holstein zur Verfügung, dann gibt es in der Tat **Interessenkonflikte** sowohl regionaler Art wie auch thematischer Art. Womöglich werden wir uns zwischen Bildung und Landwirtschaft entscheiden müssen. Wir werden uns zwischen Städten und ländlichem Raum entscheiden müssen. Ich habe darauf hingewiesen. Das sind ganz schwierige Abwägungen.

Für die grüne Fraktion möchte ich nicht sagen, wir wüssten genau, wie das gehen soll, oder wir hätten

(Klaus Müller)

eine genaue Vorstellung, wo man die Prioritäten setzen muss. Darüber hätte ich mir einige erste Ideen der Landesregierung an dieser Stelle gewünscht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wollen wir tatsächlich dem Kerngedanken der Lissabon-Strategie an dieser Stelle folgen? Dann profitieren Kiel, Lübeck und das Hamburger Umland. Das kann man tun, in der Hoffnung, dass es Spill-over-Effekte für den ländlichen Raum gibt. Wir wissen alle um die Krux dieser Theorie und dass sie oft nicht funktioniert hat. Wollen wir umgekehrt das Geld weiterhin in den ländlichen Raum investieren, für die Lebensqualität dort, für die regionale Wirtschaft dort? Das kann man tun. Wir wissen aber, dass viele Ökonomen sagen: Das ist mit Abstand nicht so wirkungsvoll, als wenn man das Geld auf die Zentren konzentriert.

Nochmals: Ich beschreibe ein Problem an dieser Stelle. Ich beschreibe keine Lösung. Aber der Antrag der FDP, zumindest der dritte Punkt, hat die Landesregierung um Aussagen gebeten. Diese sind bisher nicht erfolgt.

Einen zweiten Punkt will ich anmahnen. Wir eiern letztlich alle. Ich glaube, dass es - vielleicht mit Ausnahme des SSW - in allen Parteien zwei Positionen gibt, nämlich zur Frage: Gewichten wir die **Nettozahlerposition Deutschlands** höher oder gewichten wir das Interesse Schleswig-Holsteins als Profiteur innerhalb Deutschlands höher? Die Position, die Herr Schröder und Herr Fischer und, wie ich meine, auch Frau Merkel vertreten haben, 1,0 sei richtig, ist eine Position, die ich als Schleswig-Holsteiner nicht unterschreiben kann, als Bundespolitiker, als Haushaltspolitiker schon. Ich habe die Bundestagsreden von Herrn Austermann nicht nachgelesen. Ich wage aber die These, dass auch er diese Position bis vor einem halben Jahr vertreten hat, so wie führende Köpfe in allen Parteien, wie ich schon gesagt habe. 1,0 ist aus Bundessicht in Ordnung, insbesondere wenn die EU-Kommission Deutschland - zu Recht - wegen dem Defizitverfahren die Hölle heiß gemacht hat. Dass Herr Eichel - ich glaube, zusammen mit acht weiteren Ländern - gesagt hat: Wir vertreten eine 1,0-Position, kann ich menschlich, bundespolitisch absolut nachvollziehen. Für Schleswig-Holstein ist es eine ganz schwierige Diskussion.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch gut an die Diskussion mit dem damaligen Kollegen Finanzminister auf der einen Seite und dem Kollegen Buß und meiner Position auf der anderen Seite. Aus Sicht des ländlichen Raums,

aus Sicht der Umweltpolitik haben wir gesagt: 1,0 kann es nicht sein. Er als Finanzminister hat gesagt: Wir haben auch eine bundesstaatliche Verantwortung. Darum vertritt er durchaus eine Position nahe an 1,0.

Das ist eine ganz schwierige Abwägung. Um die eiern wir in der Tat herum. Wenn wir schleswig-holsteinische Positionen vertreten, dann müssen wir deutlich sagen: Die Position der alten Bundesregierung und, soweit ich das bisher verfolgt habe, auch die der neuen Kanzlerkandidatin teilen wir nicht. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Frau Merkel ab und zu bei Herrn Carstensen anruft und um Tipps und Hinweise bittet. Ich würde mir wünschen, dass der Ministerpräsident an dieser Stelle mit der gleichen Leidenschaft, mit der er gerade für die Zuckermarktordnung gestritten hat, für die schleswig-holsteinischen Interessen beim Thema Regionalförderung streitet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kann die Position nicht 1,0 lauten. Ich hoffe auf ein paar klare Aussagen der Landesregierung zumindest im Wirtschaftsausschuss. Ich rege an, weil es existenziell um Geld geht, damit auch den Finanzausschuss zu beschäftigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herzlich willkommen, Lars!)

- Entschuldigung. Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin immer wieder froh, dass christdemokratische Landtagspräsidenten nicht dafür verantwortlich sind, wo einzelne Abgeordnete Mitglied werden. Ich entscheide das möglicherweise noch selber und verkünde hiermit: Ich bleibe mein Leben lang beim SSW.

Schleswig-Holstein profitiert seit vielen Jahren von den **europäischen Strukturfondsmitteln**. Im jetzigen Förderzeitraum von 2000 bis 2006 bekommen wir aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem EFRE, 231,5 Millionen €, und - was sehr wichtig ist -, aus dem Europäischen Sozialfonds,

(Lars Harms)

dem ESF, 170 Millionen €. Diese Mittel haben entscheidend dazu beigetragen, dass unser Land den massiven Strukturwandel der letzten Jahre trotz allem einigermaßen gut überstanden hat. Denn zusammen mit den Landes- und Bundesmitteln stand diese EU-Strukturförderung im Rahmen der Landesprogramme „Regionalprogramm 2000“ und dem „ASH 2000“ für Investitionen im ländlichen Raum und für Projekte in mittelständische Unternehmen, für Infrastruktur, für Langzeitarbeitslose, für Existenzgründer, für Innovationen und für vieles mehr, unter anderem auch für den sozialen Bereich, zur Verfügung.

Die neue Landesregierung hat jetzt die bisherigen Mittel von ASH 2000 und des Regionalprogramms 2000 zu einem neuen „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ zusammengelegt. Bis 2006 können immer noch erhebliche Mittel für eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein abgerufen werden. Diese Investitionen sollten wir gemeinsam unbedingt nutzen, um unser Land weiter voranzubringen.

Doch eines bleibt auch für den SSW unbestritten - darin sind wir uns im Landtag fraktionsübergreifend einig -: Wir brauchen auch nach 2006 eine **europäische Regionalpolitik** der Europäischen Union für **strukturschwache Regionen** der alten EU-15-Staaten. Leider wissen wir, nicht zuletzt seit dem gescheiterten EU-Gipfel im Juni über die zukünftige Finanzierung der EU, dass die EU-Strukturförderung auf des Messers Schneide steht.

Dabei spielte gerade die scheidende rot-grüne Bundesregierung in Bezug auf die Finanzierung der zukünftigen Regionalpolitik eine aus Sicht von Schleswig-Holstein bedauerliche Rolle. So wollte die alte Bundesregierung zum Beispiel nicht mehr die grenzüberschreitende **INTERREG-Förderung** zwischen den alten EU-Staaten unterstützen. Gerade für Schleswig-Holstein ist dies aber weiterhin eine sehr wichtige Frage. Ich weiß, dass wir uns auch hier alle einig sind.

Im Grunde genommen kommt dieser Bericht der Landesregierung zu früh. Denn die Entscheidung über die Finanzierung der EU ab 2007 wird, wenn überhaupt, erst Ende November oder sogar erst im nächsten Jahr entschieden. Die Folgen für den Landeshaushalt sind somit schwer einzuschätzen und schwer darzustellen.

Auch wenn noch keine endgültige Entscheidung aus Brüssel vorliegt, ist es doch schon wichtig, dass wir uns mit den bisher bekannt gewordenen Plänen beschäftigen. In diesem Zusammenhang will ich nicht verhehlen, dass der SSW übergeordnet einige Sympathien für die Position Großbritanniens hinsichtlich der

Agrarsubventionen hat. Natürlich hat Tony Blair seine Forderungen diesbezüglich etwas zu radikal formuliert. Dennoch: Langfristig kann sich die EU die bisherigen **Agrarsubventionen** nicht mehr leisten.

(Beifall beim SSW)

Statt Subventionen für Mengenförderung müssen mehr Gelder in eine umweltfreundliche und zukunftsgerichtete Landwirtschaft sowie in Bildung und Innovation investiert werden. Dabei gilt es zu beachten, was die Kommission vorgeschlagen hat: einen Großteil möglicher neuer EU-Regionalmittel an umweltpolitische Ziele zu knüpfen. Darauf sollte sich die Landesregierung schon bei der Ausrichtung ihrer zukünftigen Landesprogramme einrichten. Im Haushaltsentwurf für 2006 beziehungsweise auch im Haushalt 2005 passierte das Gegenteil.

Ich möchte noch eine Verfahrensbemerkung machen. Ich bitte im Übrigen immer daran zu denken, dass dieses Thema nicht nur ein wirtschaftliches Thema ist, auch nicht allein ein finanzpolitisches oder ein europäisches Thema. Es ist auch für unser Budget für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, das von dieser europäischen Förderkulisse massiv abhängig ist, ein wichtiges Thema. Die Finanzierung sozialer Maßnahmen muss auch in Zukunft abgesichert werden. Deshalb bitte ich den Bericht nicht nur in den Europa-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen, sondern gerade auch in den Sozialausschuss, damit auch dort zu gegebener Zeit - das muss nicht in der nächsten Sitzung sein - über die Auswirkungen und die Änderungen der EU-Förderung berichtet werden kann. Denn gerade Arbeitsmarktpolitik in der Situation, wie wir sie heute haben, ist Sozialpolitik. Das ist ein Thema, das wir vorbereitend intensiv diskutieren müssen. Deswegen bitte ich um Überweisung auch in den Sozialausschuss.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen sehen ich nicht. Ich schließe die Beratungen.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/318 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Wirtschaftsausschuss, mitberatend dem Europaausschuss, dem Sozialausschuss und dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Hand-

(Präsident Martin Kayenburg)

zeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 27 auf:

Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG) - Ermäßigte Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel -

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/316

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/356

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die antragstellende Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während in Deutschland auf apothekenpflichtige **Arzneimittel** grundsätzlich eine Umsatzsteuer in Höhe des Regelsatzes von derzeit 16 % erhoben wird, sieht das bei den meisten europäischen Nachbarstaaten vollkommen anders aus. Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, dass neben Dänemark, Österreich und der Slowakei Deutschland das einzige Land in der Europäischen Union ist, das den vollen **Mehrwertsteuersatz** erhebt. In allen anderen Ländern werden erheblich niedrigere Umsatzsteuersätze auf Arzneimittel erhoben, in Belgien beispielsweise 6 % statt der 21 % allgemeinen Mehrwertsteuer, in Großbritannien 0 % statt der 17,5-prozentigen allgemeinen Mehrwertsteuer, in Italien 10 % statt 20 %, in Spanien 4 % statt der 20-prozentigen allgemeinen Mehrwertsteuer. Dabei wird in den meisten europäischen Ländern nicht zwischen apothekenpflichtigen und verschreibungspflichtigen Arzneimitteln unterschieden. Wir haben uns - wie die meisten europäischen Nachbarstaaten - aus bestimmten sozialen Gründen entschieden, einen verminderten Umsatzsteuersatz für bestimmte Produkte einzuführen, beispielsweise für Grundnahrungsmittel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Kollegen wussten bis vor kurzem noch gar nicht, dass in Deutschland der volle Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel erhoben wird, und ich kann es diesen Kolleginnen und Kollegen auch gar nicht verübeln. Man muss sich doch einmal ernsthaft fragen: Warum gilt ein niedriger Umsatzsteuersatz für Produkte wie beispielsweise das Überraschungsei, das bei Finanzminister Rainer Wiegand die ganze Zeit auf dem Tisch lag, oder für Schnittblumen oder für Tiernahrung, also Hundefutter und Vogelfutter, oder auch für be-

stimmte Produkte, die auf Hochglanzpapier gedruckt werden? Da gilt ein niedriger Mehrwertsteuersatz. Aber auf Arzneimittel, die zum Teil lebensrettend sind, gilt der volle Mehrwertsteuersatz.

Bereits heute haben wir im **Gesundheitsbereich Vergünstigungen** für wichtige Bereiche des Gesundheitswesens. So unterliegen die Lieferungen orthopädischer Hilfs- und Fortbewegungsmittel oder die Lieferung sowie die Wiederherstellung von Zahnprothesen dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt das nicht für apothekenpflichtige Arzneimittel?

(Beifall bei der FDP)

Allein die weiter steigenden Umsatzsteuerausgaben für Arzneimittel werden dazu führen, dass auch in der Zukunft nicht von niedrigeren Beitragssätzen in der gesetzlichen Krankenkasse ausgegangen werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wer ankündigt, die Umsatzsteuer erhöhen zu müssen, um durch die Mehreinnahmen die Lohnnebenkosten zu senken, der sollte an dieser Stelle einmal ganz genau nachrechnen, Kollege Sauter. Wäre es nicht sinnvoller, die Umsatzsteuer bei Arzneimitteln abzusenken und damit mehr Spielraum für niedrigere Lohnnebenkosten zu haben, als die Umsatzsteuer insgesamt anzuheben? Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung betragen allein für die Umsatzsteuer auf Arzneimittel im Jahre 2004 rund 3 Milliarden €.

Ich würde mich freuen, wenn zumindest die Sozialpolitiker und Sozialpolitikerinnen unter uns diese 3 Milliarden € aus 2004 gedanklich einmal halbieren. Das ist einfacher. Dann kommt an Aufwendungen für zusätzliche Mehrwertsteuerbelastung bei Arzneimitteln 1,5 Milliarden € heraus. Stellen Sie sich bitte einmal vor, was man aus 1,5 Milliarden € beispielsweise an Modellprojekten im Bereich der Prävention im Gesundheitsbereich hätte finanzieren können.

Grund genug einmal darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoller ist, diese Mehrausgaben von vornherein bei den Kassen zu lassen, als sie erst abzuschöpfen - das ist nämlich der Punkt -, um es dann hinterher möglicherweise als Reparaturmaßnahme ins Gesundheitswesen zurückzustecken. Ich halte diese Umverteilung für vollkommenen Unsinn.

Ich will an dieser Stelle unser Argument aus der Debatte, was den Internethandel anbelangt, die wir in der letzten Legislaturperiode geführt haben, gar nicht wiederholen. Wir wissen alle, dass die Vorteile des **Internethandels mit Arzneimitteln** teilweise auf den völlig unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen innerhalb der EU beruhen. Mit einem niedrigen Umsatz-

(Dr. Heiner Garg)

steuersatz verhielten wir uns aber auch EU-konform, denn in der Sechsten EG-Richtlinie wird zwar eine europaweite Harmonisierung der Umsatzsteuer angestrebt, doch gerade hier bestehen Ausnahmen, die von 21 der 25 EU-Mitgliedstaaten zugunsten ihres Versandhandels und zugunsten ihres Standorts auch voll ausgeschöpft werden.

Weil ich nur noch wenige Sekunden Zeit habe, vielleicht noch ein Satz zum Änderungsantrag der Grünen. Ich habe recht viel Sympathie für das, was Sie da aufgeschrieben haben, solange Sie dies nicht als Ersatz für unseren Antrag gemeint haben.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist aber so gemeint!)

- Kollege Müller, das ist schön für Sie, nur dann kommen wir in der Frage des niedrigen Umsatzsteuersatzes auf Arzneimittel nicht weiter, weil ich Ihnen garantieren kann, dass die Generaldebatte, die Sie haben wollen, innerhalb der großen Koalition nicht stattfinden wird. Sie wissen ganz genau, worauf man sich in Berlin bereits geeinigt hat. Das ist, um es einmal ganz flapsig zu sagen, nice to have, aber es wird nicht passieren. Ich habe großes Interesse daran, im Ausschuss die Frage zu behandeln, ob Schnittblumen, ob Hundefutter, ob Vogelfutter tatsächlich -

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Dr. Garg!

Dr. Heiner Garg [FDP]:

ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident - mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden soll. Ich will aber hier und heute ein ganz klares Signal von diesem Landtag, dass es unsozial ist, auf Arzneimittel den vollen Mehrwertsteuersatz zu erheben.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die den Änderungsantrag stellende Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klaus Müller das Wort.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich gebe zu, das hat mich etwas überrascht, Herr Präsident, ist aber kein Problem, weil ich so direkt auf den Kollegen Heiner Garg antworten kann.

Liebe Kollege Garg, bei allen Annäherungen, die es vielleicht in den vergangenen Tagen zwischen FDP und Grünen gegeben hat, ist die FDP soeben in den Flieger gesprungen, der Sie, lieber Kollege Garg, von Jamaika wieder etwas entfernt. Die FDP zeigt mit

ihrem Antrag ihr wahres Gesicht. Der Pharmaindustrie und den Apotheken soll ein Geschenk gemacht werden, um ihre Gewinne abzusichern beziehungsweise diese auf Kosten der Allgemeinheit noch zu erhöhen, und das in einer Zeit, in der sich die sich bildende große Koalition in Berlin darum bemühen muss, Steuermehreinnahmen zu gewinnen beziehungsweise selbige nicht zu verlieren. Es ist ausgesprochen ärgerlich, dass die FDP in ihrem Antrag keinerlei Begründung gibt, weil ja auch die Landeskasse unmittelbar betroffen ist, wenn in einem großen Konsumbereich die geltende Umsatzsteuer reduziert wird. Die **Reduzierung des Umsatzsteuersatzes auf Medikamente** würde zu erheblichen **Steuerausfällen** führen. Die gesetzlichen Krankenkasse allein werden im Jahre 2005 circa 22,5 Milliarden € für Arzneimittel ausgeben. Allein darin sind 3,1 Milliarden € Mehrwertsteuer enthalten. Bei einer Besteuerung in Höhe von vielleicht nur 7 % verlieren die öffentlichen Kassen rund 1,75 Milliarden € an Einnahmen. Das ist in der gegenwärtigen Haushaltslage absolut unverantwortbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt nicht nur fiskalische Argumente gegen eine reduzierte Umsatzsteuer. Anders als in vielen europäischen Ländern - das haben Sie korrekt beschrieben - gilt in Deutschland für Arzneimittel unter anderem auch die freie Preisbildung auf Herstellerebene. Es ist zu befürchten, dass mit der Mehrwertsteuerreduzierung Spielräume entstehen, die von den Arzneimittelherstellern zu Preiserhöhungen genutzt werden. Patientinnen und Patienten hätten dann für die nach wie vor hohen Arzneimittelpreise und für die entstandenen Steuerausfälle doppelt zu zahlen. Im Übrigen ist es erstaunlich, wie günstig deutsche Originalmedikamente im Ausland, zum Beispiel in der Türkei, zu erwerben sind. Oft liegt der Preis bei einem Viertel des deutschen Apothekenpreises. Das kann nach Adam Riese nicht allein dem Mehrwertsteuersatz von 16 % geschuldet sein.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland gibt es viele **Ermäßigungstatbestände** bei der **Umsatzsteuer**, die nicht nachvollziehbar sind. Lebensmittel unterliegen generell nur 7 % Mehrwertsteuer. Das ist richtig und sozialpolitisch vernünftig. Die Miete liegt bei Null, auch das ist richtig und vernünftig. Aber warum 7 % auf Schnittblumen, auf Hund- und Katzenfutter? Das ist absolut unerklärlich, nur historisch begründet und insofern auch zu korrigieren. Bei Büchern und Zeitschriften sind es 7 %, aber auch bei jugendgefährdenden Schriften. Das ist ein historisch gewachsenes Wirrwarr. Es wäre in der Tat ein

(Klaus Müller)

Verdienst der neuen großen Koalition, wenn Sie hier herangehen würde. Es gab schon einmal einen Anlauf von Rot-Grün, der ist im Bundesrat versenkt worden. Wir erinnern uns alle an diese Geschichte. Jetzt wäre ein neuer Anlauf dazu möglich. Holzpellets werden mit 7 % besteuert - was wir aus energiepolitischen Gründen sehr gut finden -, genauso wie der öffentliche Personennahverkehr bis 100 km Entfernung. Das will ich deutlich sagen. Systematisch begründet ist das Ganze an der Stelle allerdings nicht.

Vor diesem Hintergrund würden wir uns ein klares Signal aus Schleswig-Holstein wünschen, das in der Tat etwas anders aussieht als die Wünsche der FDP. Wir sollten nämlich, wenn es geht sogar heute schon, notfalls auch nach Beratungen im Wirtschafts- und Finanzausschuss, mit den Ungereimtheiten bei der Umsatzbesteuerung aufräumen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag und lehnen den Antrag der FDP ab.

Wir haben allerdings auch noch einen dritten Passus vorgeschlagen. Weil Schleswig-Holstein hier eigentlich parteiübergreifend eine gute Tradition hat, sagen wir: Ja, eine **Erhöhung der Mehrwertsteuer** ist, wenn man sie richtig macht, sinnvoll und vernünftig, aber nur dann, wenn das Geld eins zu eins in die **Senkung der Lohnnebenkosten** fließt. Das ist eine Position, die Herr Sauter, Herr Wadepful, Herr Hay und Günter Neugebauer vertreten. FDP und SSW will ich nicht vereinnahmen. Ich habe diese Position auch von Herrn Astrup und Herrn Carstensen sowie von Herrn Wiegard schon ganz lange gehört. Wir wissen auch, was in Berlin verhandelt wird. Wenn die Gerüchte zu der Regelung von jeweils einem Drittel gelten, dann kann ich nur hoffen, dass die schleswig-holsteinischen Mitglieder des Landtages und des Landeskabinetts ihre innere Überzeugung, die richtig ist, nicht irgendwo am Nagel der Parteitüren abgeben, sondern im Bundesrat für ihre Überzeugungen stimmen, wenn es zu dieser Drittelregelung kommt: Ein Drittel zur Senkung der Lohnnebenkosten, ein Drittel für die Landeshaushalte und ein Drittel für den Bundeshaushalt.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Herr Ministerpräsident, wenn Sie in den letzten Jahren für den Subventionsabbau eingetreten wären, dann hätten wir einen Teil der Probleme nicht. Das habe ich Ihnen schon in der Haushaltsdebatte gesagt. Daran sollten Sie sich erinnern und es sich mit Zwischenrufen an dieser Stelle nicht ganz so leicht machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu Ihrer Argumentation, die Sie bisher noch mit Überzeugung vertreten haben und in der Sie Ja zur Mehrwertsteuererhöhung sagen, wenn Sie nur zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird, möchte ich wissen, ob Sie zu Ihrer Überzeugung stehen. Das wäre richtig für das Land, das wäre richtig für Schleswig-Holstein. Ich bin gespannt auf das Abstimmungsverhalten im Bundesrat. Hier misst sich, ob Sie zu Ihrer Überzeugung auch dann stehen, wenn es unbequem wird und wenn der Gegenwind bläst. Ich hoffe darauf und habe das Vertrauen in Sie noch nicht verloren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich deren finanzpolitischem Sprecher, Herrn Abgeordneten Frank Sauter, das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Herr Tagungspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP-Fraktion, **apothekenpflichtige Arzneimittel** nicht mit dem vollen, sondern mit dem **ermäßigten Mehrwertsteuersatz** zu besteuern, greift einen langjährigen Vorschlag der Pharmaindustrie auf, der mittlerweile auch von den Spitzenverbänden der Krankenkassen unterstützt wird. Auch das gehört zur Wahrheit. Es soll im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Berlin eine Erhöhung des Regelsteuersatzes der Mehrwertsteuer vereinbart werden. Auch das gehört zur Wahrheit. Davon ist auszugehen und damit scheint sich der Antragsteller offenbar und erwartungsgemäß bereits abgefunden zu haben.

Der Antragsteller fordert damit die Neuschaffung eines steuerlichen Subventionstatbestandes, verknüpft mit der Hoffnung, dass der Bürger auf Umwegen über das Steuerrecht durch niedrigere Arzneimittelpreise entlastet wird. Tatsächlich ist es jedoch höchst spekulativ, ob durch die Einführung eines solchen steuerlichen Subventionstatbestandes überhaupt etwas im Portemonnaie des Verbrauchers ankommt und wenn ja, wie viel das sein wird.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit wird das Grundproblem dieses Antrags deutlich:

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warum haben wir überhaupt einen ermäßigten Steuersatz?)

(Frank Sauter)

- Lieber Kollege Garg, dieser Antrag befindet sich in der jahrzehntelangen Tradition von Fehlentwicklungen im deutschen Steuerrecht. Herr Garg, Sie repräsentieren altes Denken.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Garg, um Sie direkt anzusprechen: Es wird versucht, gesellschaftspolitisch gewollte Transfers und Subventionierungen über den Umweg des Steuerrechts abzuwickeln. Die Folgen dieser Politik kennen wir alle: Es gibt einen praktisch nicht mehr zu durchdringenden Gesetzes-, Verordnungs- und Rechtsprechungsdschungel, der Bürger resignieren und Fachleute verzweifeln lässt.

Die Trennung von Steuern und Transfersystem, der Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmetatbeständen und Deregulation auf allen Ebenen sind die Grundsätze, an denen sich zukunftsgerichtete parlamentarische Initiativen orientieren müssen. Nur so kann es in Deutschland zukünftig in die richtige Richtung gehen, lieber Herr Garg.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die FDP hat sich zu diesen Grundsätzen, die ich gerade vorgetragen habe, immer bekannt. Das muss ich feststellen. Herr Garg, was jedoch im Grundsätzlichen gefordert wird, muss auch im Einzelfall Geltung haben. Deshalb ist es äußerst widersprüchlich, wenn die FDP hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Schaffung eines neuen zusätzlichen steuerlichen Ausnahmetatbestandes fordert, während sie praktisch zeitgleich die CDU in Berlin presseöffentlich auffordert, für ein vereinfachtes Steuersystem ohne solche Ausnahmetatbestände zu kämpfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der FDP, hier sind Sie nicht schlüssig und Sie sollten sich selber die Gelegenheit geben, Ihre Position noch einmal zu überdenken.

Wenn der Staat gestalten will, muss dies möglichst direkt und ohne Umwege geschehen. Deshalb ist und bleibt es richtig, angesichts leerer öffentlicher Kassen die Politiklinie zu verfolgen, die die zukünftige große Koalition in Berlin verfolgt: Mehrwertsteuer rauf, Lohnzusatzkosten runter. Das erhöht Nettolöhne, senkt Arbeitskosten und schafft neue Perspektiven am Arbeitsmarkt. Herr Müller und Herr Garg, wir alle sind an Ihrer Seite, denn wir hoffen, dass die Umsetzung auch in der Weise erfolgt, wie wir es gemeinsam gefordert haben. Wir bleiben standhaft und ich möchte Ihr Vertrauen in dieser Frage in jeder Weise rechtfertigen.

Inwieweit der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein **Änderungsantrag** ist, hat sich mir nicht

ganz erschlossen. Er befasst sich kaum mit dem Ursprungsantrag. Lieber Herr Kollege Müller, hier haben Sie die Geschäftsordnung sehr weit ausgelegt. Sie waren in jedem Fall sehr kreativ. Der Antrag stellt wesentliche Teile des gesamten **Umsatzsteuerrechtssystems** infrage. Wollte man auf die einzelnen Punkte eingehen, so ginge dies nur im Rahmen einer Generaldebatte zum Thema Mehrwertsteuer. Das ist in dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht möglich. Der Antrag macht aber auch deutlich, dass das Umsatzsteuerrecht ein sehr komplexes System ist. Es lässt sich nicht allein auf die Frage der Reduzierung von Steuersätzen beschränken. Das hat in der bisherigen Diskussion einen sehr breiten Raum eingenommen. Insofern ist die aufgeworfene Frage der Reduzierung und Neuordnung von Ermäßigungstatbeständen interessant und sollte gemeinsam mit dem Antrag der FDP im Finanzausschuss weiter beraten werden.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel das Wort.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Liste der wichtigsten Umsatzsteuerbefreiungs- und Ermäßigungstatbestände füllt 14 eng bedruckte DIN-A4-Seiten. Man kann bei dieser Lektüre in der Tat ins Grübeln darüber geraten, aus welchen Gründen die Väter des Umsatzsteuergesetzes zum Beispiel Blumenzwiebeln, Rindermägen und kursungültige Banknoten steuerlich begünstigt haben, lebenswichtige Arzneimittel aber nicht. Manchem stellt sich die Frage, die ich kürzlich in einer Verbandszeitschrift gelesen habe: Herr Finanzminister, warum wohl sind Süßigkeiten, die mit dazu beitragen, die Zähne zu ruinieren, mit einem ermäßigten **Umsatzsteuersatz** von 7 % belegt, dagegen Mittel, die gegen Parodontose helfen, mit 16 % Umsatzsteuer?

Es ist schon deutlich gemacht worden: Fast alle europäischen Länder sind hier einen anderen Weg gegangen. Mit Ausnahme von Dänemark, der Slowakischen Republik und Deutschland sind rezeptpflichtige oder im öffentlichen Gesundheitssystem erstattungsfähige Arzneimittel von der Umsatzsteuer befreit oder nur mit sehr niedrigen Steuersätzen belegt. Wir diskutieren deshalb heute nicht zum ersten Mal über die Forderung, hier zu einer Änderung und zu einer gewissen Harmonisierung mit unseren europäischen Nachbarn zu kommen. Bisher haben wir entsprechende Anträge immer abgelehnt, weil wir schlicht und ergreifend

(Anna Schlosser-Keichel)

keinen Spielraum für zusätzliche Steuerermäßigungen gesehen haben. Ich muss Ihnen die Haushaltssituation nicht erläutern. Sie hat sich nicht verbessert.

Aktuell ergibt sich nun jedoch eine Situation, in der es sich lohnt, diese Frage noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Es wurde heute schon oft angesprochen: Wir stehen vor der Beendigung der Koalitionsvereinbarungen und wir können damit rechnen, dass eine **Erhöhung der Mehrwertsteuer** ansteht. Die zusätzlichen Einnahmen sollen nicht zum Schließen von Haushaltslöchern verwendet werden; jedenfalls ist dies unsere Erwartung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vielmehr sollen sie zur **Senkung der Lohnnebenkosten** beitragen.

In diese Operation würde sich eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für verschreibungspflichtige Medikamente einfügen lassen, denn die gesetzlichen Krankenkassen und damit die Beitragszahler könnten dadurch um 1,5 Milliarden € entlastet werden - mit der gewünschten positiven Auswirkung auf die Lohnnebenkosten! Die Betonung liegt hierbei auf „können“, denn die Frage ist - sie ist auch schon aufgegriffen worden -, wie denn sichergestellt werden kann, dass diese Senkung auch da ankommt, wo wir sie haben wollen, nämlich bei den Beitragszahlern zur Entlastung der Lohnnebenkosten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich in Meldungen über den neuen Arzneiverordnungs-Report 2005 lese, dass das selbst gesteckte Ziel in Sachen Ausgabenwachstum im Arzneimittelbereich um das dreifache verfehlt worden ist und man mit Steigerungsraten von 18 % rechnet, bin ich nicht sehr optimistisch, was die beitragsenkende Wirkung einer Mehrwertsteuersenkung angeht.

(Beifall der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD] und Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Befürchtungen, dass sich die Verantwortlichen angesichts einer Entlastung durch eine Mehrwertsteuersenkung erst einmal zurücklehnen, statt ihre Hausaufgaben zu machen, sind nicht von der Hand zu weisen.

Wie gesagt, ich bin skeptisch, aber bereit, im Ausschuss über mögliche Auswirkungen einer Mehrwertsteuersenkung in diesem Bereich zu diskutieren und möglichst mit Fachleuten aus dem Gesundheitswesen über die Preisgestaltung im Arzneimittelbe-

reich zu sprechen. Ich muss zugeben, dass ich von diesem Bereich nicht sehr viel Ahnung habe. Es muss auf jeden Fall beleuchtet werden, wie die Aussichten sind, dass es da zu positiven Auswirkungen kommt.

Zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Klaus Müller, ich stimme darin mit Ihnen überein, dass es notwendig ist, die **Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuerrecht** einmal ordentlich gegen den Strich zu bürsten. Wir müssen dazu kommen, Ausnahmetatbestände auf wenige, lebensnotwendige Güter und Leistungen zu beschränken, hierfür aber wirklich spürbare Steuerermäßigungen vorzusehen, gegebenenfalls sogar über eine Senkung nachzudenken, um die Erhöhung, die offensichtlich ansteht, bei Rentnerinnen und Rentnern und so weiter auszugleichen.

Ich beantrage deshalb, beide Anträge in den Finanzausschuss zu überweisen und freue mich auf die dortige Beratung.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im Jahr 2002 hat sich der Schleswig-Holsteinische Landtag mit einem gleich lautenden Antrag der FDP-Fraktion befasst. Der SSW hat sich 2002 für eine ermäßigte Umsatzsteuer auf verschreibungspflichtige Medikamente ausgesprochen, aber einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für alle apothekenpflichtigen Arzneimittel - wie es die FDP auch jetzt wieder fordert - lehnten wir schon damals ab.

(Zurufe: Hört, hört!)

Heute haben wir unsere Haltung noch etwas verschärft. Der SSW lehnt jetzt jegliche **ermäßigte Umsatzsteuer bei Medikamenten** ab - auch für verschreibungspflichtige Medikamente.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen sie mich das kurz erläutern. Der Hintergrund dieser FDP-Initiative ist ja nicht so sehr das Wohl der Apothekenkunden - wie wir es seinerzeit im Auge hatten -, sondern das der deutschen Apotheker.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ein Quatsch!)

Die Liberalen sehen die deutschen Apotheker durch Billiganbieter bedroht, die ihre Produkte über das

(Lars Harms)

Internet verkaufen und zum Beispiel durch Reimporte viele Produkte viel billiger anbieten, als unsere Apotheken es können. Deshalb will die FDP eine ermäßigte Umsatzsteuer für diese Branche. Aber nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Versandapotheken haben die rund 1.000 in Deutschland zugelassenen Betriebe derzeit nur einen Marktanteil von 0,5 bis 1,5 %. Die anderen 98,5 % liegen bei den normalen deutschen Apotheken.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich müssen unsere heimischen Apotheker - in Schleswig-Holstein gibt es circa 680 selbstständige Apotheken - diese Konkurrenz ernst nehmen und versuchen, im Wettbewerb zu bestehen. Und auch wir müssen natürlich dabei helfen.

Nun sind wir der Ansicht, dass diese Probleme nicht über eine ermäßigte Umsatzsteuer für apothekenpflichtige Arzneimittel zu lösen sind. Wir glauben, dass das Problem unserer Apotheken viel eher über eine Begrenzung der Preissteigerungen bei Medikamenten gelöst werden muss. Es ist doch bekannt, dass wir in Deutschland für Medikamente vergleichsweise viel zahlen müssen. Ich glaube nicht, dass, wenn wir auf die Mehrwertsteuer verzichten, die Pharmaindustrie gleichzeitig sagt: Wenn ihr auf 7 % verzichtet, verzichten wir auch darauf. Die normale Lebenserfahrung beweist eher das Gegenteil.

Diese hohen Preise sind ja nicht durch die Apotheken verursacht, sondern hängen mit der **Preispolitik der heimischen Pharmaindustrie** zusammen. Schon seit Jahren versuchen diverse Gesundheitsminister die Pharmaindustrie in Deutschland zu geringeren Preisen zu bewegen. Das ist aber wegen der sehr starken Chemielobby nicht leicht und bisher fast wirkungslos geblieben. Dazu kommt, dass dieselben Unternehmen die gleichen Produkte im Ausland viel billiger verkaufen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Quatsch!)

Herr Kollege Garg, gerade deshalb haben die **Internetanbieter** über Reimporte die Möglichkeiten, diese Produkte viel preiswerter anzubieten. Die Preisunterschiede sind dabei viel größer, als sich auch nur im Entferntesten durch die verschiedenen Mehrwertsteuersätze begründen ließe. Die Differenz liegt teilweise bei 70 % und nicht bei 7 %. Das ist der Unterschied.

Wenn es also darum geht, unsere heimischen Apotheken wieder konkurrenzfähiger zu machen, dann unterstützen wir die Pläne, die laut „Frankfurter Rundschau“ vom 4. November 2005 die CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel in die Koalitionsverhandlungen in Berlin eingebracht hat. Sie will, dass

bei den Medikamenten Kosteneinsparungen erreicht werden, zum Beispiel durch Preisabschläge der Hersteller und durch Maßnahmen, die Preiserhöhungen bei Medikamenten für zumindest zwei Jahre verbieten soll.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der SSW ist in der Gesundheitspolitik nicht sehr oft einer Meinung mit der CDU. Aber wenn dieser Artikel auf richtigen Informationen beruhen sollte, dann begrüßen wir die Pläne der CDU, die auch den Apothekern helfen würden.

Für verschreibungspflichtige Medikamente, die besonders ein Problem der chronisch Kranken sind, sehen wir darüber hinaus noch eine andere Lösungsmöglichkeit als die Forderung nach ermäßigten Umsatzsteuersätzen für Medikamente.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir verschenken sie in Zukunft!)

Denn es gibt immer noch viele Klagen von chronisch Kranken über die Folgen der Gesundheitsreform aus dem Jahr 2004. Wir meinen, dass die damals eingeführten Zuzahlungen für diese wirklich schwer betroffene Gruppe von Kranken ganz abgeschafft werden sollten. Aus unserer Sicht macht es überhaupt keinen Sinn, dass **chronisch Kranke** durch ihre Krankheit auch noch finanziell belastet werden. Denn diese Menschen können nicht auf ihre **Medikamente** verzichten. Ich glaube, das sollte der Ansatz sein.

Wenn es um die Gesundheitspolitik geht, gibt es andere Hebel an denen wir ansetzen können. Wir brauchen dafür nicht die Mehrwertsteuersenkung. Wenn es um die Finanzierung geht, müssen wir uns eher darüber Gedanken machen - wie das auch die anderen Kollegen schon sagten -, welche Ausnahmetatbestände heute noch zeitgemäß sind. Dazu gehören gerade nicht Blumenzwiebel, Schnittblumen und Hundefutter. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der Grünen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich auf einen Punkt einge-

(Dr. Heiner Garg)

hen, auf den zwei Redner aufmerksam gemacht haben, nämlich dass man die vermeintlich gleichen Arzneimittel im Ausland viel billiger kaufen könne. Es sind nicht dieselben Arzneimittel, nur weil ein ähnliches Wort draufsteht. Diese Arzneimittel, die Sie in der Türkei, die Sie in Spanien oder in Italien kaufen können, sind nicht die bioäquivalenten Originalpräparate der pharmazeutischen Industrie, die hier zur Markteinführung bereitstehen. Das sind nicht die bioäquivalenten OriginalersthHerstellerpräparate. Das heißt, Ihre so genannten **Reimporte** können in ganz bestimmten Fällen hier gar nicht verschrieben werden. Die Markteinführung auch im europäischen Ausland wird erst nach einer ganz gewissen Zeit erfolgen. So viel dazu, dass man hier, wenn man damit argumentiert, sauber und richtig argumentieren muss.

Lieber Kollege Müller, ich fand es schon extrem spannend, dass Sie mir - anstatt mir zuzuhören, was ich eigentlich wollte und wofür ich „das Geld ausgeben wollte“ - relativ platt vorgeworfen haben, die FDP wolle ein Geschenk an die Pharmakonzerne und Apotheken machen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genauso platt könnte ich jetzt zurückgeben: „Grüne verhindern Ende der Steuersparfonds“ - „FAZ“ vom 11. November 2005 - oder Dossier: „Trittin rettet Steuersparfonds“. Ich glaube, auf dem Niveau brauchen wir uns mit einem solchen Antrag nicht ernsthaft auseinandersetzen. Es geht mir nicht um ein Geschenk für die pharmazeutische Industrie und es geht mir auch nicht um ein Geschenk für die deutschen Apotheken. An der Stelle liegen Sie wirklich falsch, lieber Kollege Müller.

Herr Kollege Sauter, auch Ihr Argument habe ich so verstanden, dass Sie sich mit Macht dafür einsetzen, dass sich die CDU in Zukunft für die Abschaffung des bislang sozialpolitisch motivierten **ermäßigten Steuersatzes** insgesamt aussprechen wird. Die Wirkungen, die Sie beschrieben haben, die Fragwürdigkeit der Steuerindizes - das heißt, kommt am Ende das beim so genannten Steuerdestinator an, also wird derjenige begünstigt, der begünstigt werden soll -, könnte man natürlich auch beim ermäßigten Steuersatz infrage stellen. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sich innerhalb der CDU dafür einsetzen wollen, dass überhaupt keine unterschiedlichen Umsatzsteuersätze mehr existieren, das heißt, dass wir in Zukunft auf alle, also auch auf Grundnahrungsmittel, 19 % Mehrwertsteuer erheben wollen. Wenn das das sozialpolitische Ziel der Union ist, dann herzlichen Glückwunsch! Ich finde, das ist eine Reise, die höchst unsozial ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist eine sehr anregende und bunte Debatte.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich bedanke mich im Übrigen bei denjenigen, die mit großem Engagement die Finanzen des Landes und des Bundes nicht außer Acht lassen.

Ich habe dieser Tage im Zusammenhang mit Steuerschätzung und Nachtragshaushalt vonseiten der FDP gelesen, dass es uns bisher nicht gelungen sei, auch nur leicht Hand anzulegen. - Ihr seid gerade dabei, die Axt anzulegen - aber nicht bei den Ausgaben, sondern bei den Einnahmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich weiß nicht, ob irgendjemandem bewusst ist, was dieser Antrag Schleswig-Holstein kosten würde. Vorsichtig geschätzt sind es 40 Millionen €. Nun, das ist nur die Hälfte dessen, was die FDP noch vor sieben Monaten gefordert hat; ich lese ja immer gern Wahlprogramme.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einer der wenigen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir Ihres auch!)

- Das ist ja noch nicht so lange her; 20. Februar 2005.

Da heißt es:

„Deshalb setzt sich die FDP Schleswig-Holstein dafür ein, dass alle apothekenpflichtigen Arzneimittel von der Umsatzsteuer befreit werden.“

Das wären 80 Millionen €. Ihr habt also schon einen richtigen Sparbeitrag geleistet, indem ihr 40 Millionen € gespart habt. Das kann man durchaus so sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich glaube, zur Fachdiskussion des FDP-Antrages ist viel gesagt worden; ich finde es auch gut, dass wir diese Debatte hier führen. Ich würde sie gern fortsetzen und vertiefen in der

(Minister Rainer Wiegard)

ganzen Bandbreite, die hier in der Diskussion deutlich geworden ist.

Wenn man in ein Lokal geht, sich an den Tisch setzt und sein Essen einnimmt, dann bezahlt man 16 % und wenn man es sich in sein Doggy Pack einpacken lässt, dann sind es nur 7 %.

(Lothar Hay [SPD]: Aber man bekommt die 7 % nicht wieder!)

- Ja, man kriegt sie nicht wieder und das Essen ist auch nicht billiger. Das ist schon sehr merkwürdig.

Ein Kinderbuch, das man ausmalt, wird mit 7 % belastet. Wenn dasselbe Kinderbuch so ausgelegt ist, dass man die Figuren ausschneiden kann, dann ist es Spielzeug und dann werden 16 % fällig. Das ist alles nicht so ganz einleuchtend. Auch die Frage, warum wir Milch, Brot und Butter und auch dieses wunderschöne und sehr nahrhafte Instrument

(Minister Rainer Wiegard hält ein Überraschungsei hoch)

des Überraschungseis, warum wir pornographische Erzeugnisse mit einem ermäßigten Steuersatz von 7 % belasten belegen, erschließt sich mir nicht in voller Gänze.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

Das muss es vielleicht auch nicht, aber man darf ja darüber reden.

Meine Damen und Herren, die anderen Beispiele sind im Wesentlichen genannt worden.

Lieber Heiner Garg, dem Hinweis, dass man damit eine sozialpolitische Großtat vollbringe, kann ich mich wirklich nicht anschließen. Wir sollten die Diskussion dazu - darum würde ich bitten - losgelöst und zeitlich unabhängig von laufenden Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildungen führen; deshalb brauchen wir auch einen zeitlichen Abstand. Wir sollten uns einmal grundsätzlich mit der Frage des **ermäßigten Steuersatzes** befassen.

Meine Damen und Herren, das war alles gut gemeint, ist aber heute nicht mehr gut, um die Ziele zu erreichen. Mit der Mehrwertsteuer macht man keine Sozialpolitik. Es macht - mit Verlaub - wenig Sinn zu sagen, wir wollten Menschen oder Familien mit niedrigem Einkommen verbilligte Nahrungsmittel zukommen lassen; das war eigentlich die Ursache für diese Diskussion.

In Wahrheit ist es doch so, dass auch ein gut verdienender Rechtsanwalt und Abgeordneter aus Strande die gleiche Vergünstigung bekommt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oder aus Lübeck!)

- Auch aus Lübeck. Jeder, auch wir hier. Das Gleiche gilt auch für Medikamente.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir reden über eine Steuervergünstigung in der Größenordnung von 17 Milliarden € bei einem ermäßigten Steuersatz von 16 %, von 20 Milliarden € bei 19 %, aber es kommt nicht zielgerichtet bei den Betroffenen an. Es kommt vielmehr bei uns allen an.

Lachs und Kaviar, lieber Heiner, sind genauso steuerbegünstigt wie das notwendige Brot, die Butter und die Milch für die Sozialrentnerin, die sich nicht mehr leisten kann. Deshalb sollten wir darüber nachdenken, ob wir wirklich 17 Milliarden € Steuervergünstigung gleichmäßig über das Land verstreuen, ohne dass es bei den Zielgruppen ankommt. Deshalb wäre ich wirklich dankbar, wenn wir mit zeitlichem Abstand eine grundsätzliche Debatte darüber führten.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch sehr froh darüber, dass die zu bildende Koalition nicht jetzt schon versucht hat, das hier schnell mit Schnittblumen oder anderem zu lösen. Es gelänge nicht in der kurzen Zeit, sich grundsätzlich mit dieser Frage auseinander zu setzen; dies muss vielmehr mit Abstand von Wahlterminen, mit Abstand von Koalitionsterminen geschehen. Wenn dazu beide Anträge geeignet sind, um dies zu tun und auf diese Weise in die Debatte einbringen zu können, dann bin ich dafür sehr dankbar.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 16/316 und 16/356 an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Herr Minister, gestatten Sie mir wegen einer entsprechenden Vereinbarung der Fraktionen, dass ich das Überraschungsei heute nicht als Demonstrationsobjekt, hingegen als Dokumentationsobjekt akzeptiere.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn ich es aufesse, dann ist es weg!)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 35 auf:

Erhalt der eigenständigen Universitäten in Schleswig-Holstein

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/350

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall und gibt mir Gelegenheit, auf der Tribüne Jurastudenten der Christian-Albrechts-

(Präsident Martin Kayenburg)

Universität Kiel in der Schlüsselqualifikation Gesetzgebung ganz herzlich zu begrüßen. - Seien Sie uns willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk für die antragstellenden Abgeordneten des SSW.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als viel Lärm um nichts könnte man vielleicht in Anlehnung an Shakespeare die von Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Austermann öffentlich gemachten Eckpunkte zu einem neuen Hochschulgesetz bezeichnen. Denn die angeblich geplante **Fusion** der drei Universitäten im Land und die Verankerung von Studiengebühren im Hochschulgesetz waren doch wieder einmal ein typischer Austermann.

Nach der Devise „Try and error“ prescht der Minister öffentlich vor und präsentiert große Pläne in den Medien, bevor er sie überhaupt mit dem Koalitionspartner oder den Betroffenen - in diesem Fall den Hochschulen - abgesprochen hat. Zum Glück ist dem umtriebigen Minister erst einmal eine Denkpause verordnet worden. Diese sollte jetzt auch genutzt werden, um im Parlament und mit den betroffenen Hochschulen eine offene politische Debatte über die Zukunft der Universitäten zu führen.

Persönlich bin ich froh darüber, dass die Pläne des Ministers auch bei den **Hochschulen** auf klare Ablehnung gestoßen sind. Verwundern darf dies aber niemanden. Denn das Land und die Hochschulen haben sich erst 2003 einem aufwendigen Verfahren unterzogen, um die Empfehlungen der **Erichsen-Kommission** umzusetzen.

Der **Strukturwandel** der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein war also noch gar nicht abgeschlossen, als vom zuständigen Minister zum großen Rundumschlag ausgeholt wurde. So kann und so darf man nicht miteinander umgehen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es wird im Landtag niemanden überraschen, dass der SSW bei seiner Haltung bleibt und eine Fusion der Universitäten in Schleswig-Holstein weiterhin ablehnt. Denn eine **Zentralisierung** der drei schleswig-holsteinischen Universitäten **in Kiel** würde zweifellos zu einer Benachteiligung der kleinen Standorte führen. Lübeck und Flensburg würden ihr eigenständiges Profil verlieren. Dazu kommt, dass die Regierung mit der Gründung einer **Landesuniversität** die un-

bequeme Verantwortung für die künftige Entwicklung der Universitäten in eine neue Megahochschule schieben würde.

Wir befürchten also, dass die Interessen der kleinen Hochschulstandorte innerhalb einer großen Landesuniversität mit Sitz in Kiel untergehen würden, und zwar mit schwerwiegenden Konsequenzen nicht nur aus bildungs- und hochschulpolitischer, sondern auch aus regionalpolitischer Sicht. Und daher sage ich noch einmal ganz deutlich: Hochschul- und Forschungspolitik ist auch **Regionalpolitik**, was überhaupt nichts mit Kirchturmpolitik zu tun hat.

Wer sich einmal die Mühe macht, den Kopf zu bewegen, wird in Deutschland und Europa viele Beispiele dafür finden, dass das eine wirklich mit dem anderen zusammenhängt. Der schwelende Konflikt zwischen Lübeck und Kiel hinsichtlich der Frage, wie es jetzt mit der Uniklinik oder insgesamt mit der Zukunft der Medizin in Schleswig-Holstein weitergehen soll, wird mit einer möglichen Fusion nicht gelöst.

Im Gegenteil: Er wird dadurch nur noch weiter angeheizt. Zu Recht verweist die **Landesrekorenkonferenz** dabei auch auf die finanzielle Situation der Hochschulen. Durch den Hochschulvertrag ist es uns allen gemeinsam gelungen, den Eindruck zu vermitteln, dass wir die Belange der Hochschulen ernst nehmen. Diese Basis der Gemeinsamkeit will oder wollte der Minister ohne Not aufkündigen.

Gerade erst im Herbst haben wir in unserem Landesteil mit Freude einen neuen Rekordzugang von Studierenden an der **Universität Flensburg** zur Kenntnis genommen. Bekannt ist auch, dass sich die gemeinsamen deutsch-dänischen Studiengänge immer besser entwickeln. Trotz dieser positiven Entwicklung leidet die Universität aber immer noch darunter, dass sie eine Vergangenheit als Pädagogische Hochschule hat und unterfinanziert ist. Das von der Landesregierung vorgeschlagene neue Anreizbudget verschärft dieses Problem aus unserer Sicht weiter.

Der SSW steht für eine ausgewogene Bildungs- und Hochschullandschaft, die mit der regionalen Wirtschaft kooperiert und den Menschen Schleswig-Holsteins Forschung und Lehre, Bildung und Weiterbildung bietet. Wir wollen aber auch die **Autonomie**, die Flexibilität und das Profil der kleinen Universitäten erhalten. Uns fehlt schlicht und einfach das Vertrauen oder der Glaube daran, dass Flensburg und Lübeck als Außenstandorte der Universität Kiel eine echte Chance zur Weiterentwicklung erhalten. Das gilt auch, wenn man die gesamte **Lehrerbildung** nach Flensburg verlegt.

(Anke Spoorendonk)

Hinzu kommt ein anderer wichtiger Punkt. Wer sich wie die Landesregierung eine Stärkung der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** auf die Fahnen geschrieben hat, muss wissen, dass ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt längerfristig nur zustande kommt, wenn neue hochtechnologische Arbeitsplätze entstehen. Aus ganz vielen Analysen wissen wir, dass an solchen Arbeitsplätzen immer auch andere Arbeitsplätze hängen.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag; denn letztlich ist es doch so: Nur wenn alle gewinnen, gewinnt das Land als Ganzes.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Spoorendonk, Sie haben eben gesagt, das sei viel Wirbel um nichts. Sie gehen dabei auf zwei Punkte ein: die Überlegungen zum Thema Fusion der Hochschulstandorte und auf das Thema Studiengebühren, das in dem geplanten Hochschulgesetz gar nicht abschließend behandelt wird. Ich finde es sehr schade, dass Sie nur diese zwei Punkte herausgreifen und dann sagen: Viel Wirbel um nichts! In dem Text steht viel mehr. Man kann es schon als Kirchturmspolitik bezeichnen, dass so wichtige Dinge wie zum Beispiel die Aufwertung der Habilitation gegenüber der Juniorprofessur in der Diskussion einfach ausgeblendet werden. So können wir Hochschulpolitik nicht machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich gehöre zu den Abgeordneten, die in den letzten zwei Tagen sehr gut aufgepasst haben. Vor ungefähr 50 Stunden haben wir über die Verwaltungsstrukturreform diskutiert. Ich glaube, es waren die Grünen, die unter Beifall des SSW gesagt haben: Schaut euch die kommunalen Strukturen in Dänemark an. Diese sind schön groß. Auf jeden Fall hat dies Herr Hentschel angeführt.

(Zuruf von der CDU)

- So gut habe ich aufgepasst. Was Sie vergessen haben zu sagen, ist: Bei den Hochschulen geht Dänemark einen ähnlichen Weg. Sie kennen wahrscheinlich die Universität Süddänemark. Ich bin weit davon entfernt, zu sagen, dass man das eins zu eins übertragen kann. Das mache ich nicht. Aber das ist

ein gutes Beispiel dafür, wie man sich ideologisch seine Argumente so zurechtbiegen kann, dass am Ende das Ziel schon erreicht zu sein scheint. So wollen wir Hochschulpolitik nicht machen.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Deshalb kann ich nur alle auffordern, sachlich an der Diskussion teilzunehmen. Gerade gestern fand die große Demonstration in Lübeck statt, an der 3.000 oder 4.000 Studenten, Angehörige und Mitarbeiter der Universität teilgenommen haben. Zunächst einmal möchte ich ein großes Lob an unseren Minister Dietrich Austermann dafür richten, dass er sich dieser Demonstration gestellt hat.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigt, dass er bereit ist, sich der Auseinandersetzung zu stellen. Das sollte selbstverständlich sein, aber es gibt genug Politiker in dieser Republik, die sich ihrer Verantwortung in dieser Form nicht stellen. Wir als Fraktion sind froh, dass wir einen mutigen Minister haben.

Wenn wir über das **Erichsen-Gutachten** sprechen - Sie haben dieses Thema mehrfach angeführt -, dann müssen wir feststellen, dass Sie dieses Erichsen-Gutachten offensichtlich nicht richtig gelesen haben. Auf jeden Fall frage ich mich, warum davon in den vergangenen Jahren so wenig umgesetzt wurde. Sie sagen, dass der Prozess noch nicht abgeschlossen sei. Sie können uns gern sagen, was davon aus Sicht des SSW noch umgesetzt werden sollte.

Schauen wir uns einmal an, was von den Vorschlägen aus dem Erichsen-Gutachten zumindest teilweise umgesetzt wurde. Ich nenne nur einmal die **Baufachschule Eckernförde/Lübeck**. Dort sind bei der Umsetzung große Probleme aufgetreten. Dabei wird deutlich, dass wir an der Struktur etwas ändern müssen. Wir sind bei der Ausgestaltung dieses Prozesses offen. Man kann sich das nicht so hindrehen, wie man es gerade will. Man muss auch einmal unbequeme Wege gehen.

Herr Hentschel, jetzt kommt etwas Englisches: „The Times Higher Education Supplement“, im aktuellen „Spiegel“ veröffentlicht, zeigt, warum wir etwas ändern müssen. Dort ist ein internationales **Ranking von Hochschulen** veröffentlicht. Die beste Universität aus Deutschland ist auf Platz 45 die Universität Heidelberg. Auch im Bereich Medizin - dieser Bereich wird ja immer hoch gelobt - erreicht die Universität Heidelberg nur Platz 16. Auch bei anderen internationalen Rankings befinden wir uns eher am Ende. Einzelne Bereiche, zum Beispiel in Lübeck, die einen hohen Stellenwert genießen, können nicht darüber

(Niclas Herbst)

hinwegtäuschen, dass wir insgesamt ein Problem haben.

Deshalb müssen wir angemessen diskutieren. Als Fraktion sagen wir eindeutig: Wir diskutieren ergebnisoffen. Wir wollen diesem Papier den Wert einräumen, den diese wichtige Frage verdient hat. Ich möchte an dieser Stelle schon kritisieren, dass die Diskussion so geführt wurde, wie sie in den letzten Tagen geführt wurde. Es kann zum Beispiel nicht angehen, dass ein Pastor, wie ich heute gelesen habe - ich weiß nicht, welcher Religion dieser Mann angehört -, dazu auffordert: Geht alle auf die Straße! Kiel darf Lübeck nicht zerstören! - So dürfen wir Politik nicht machen.

(Rolf Fischer [SPD]: Die Westküste lässt grüßen!)

Einige - nennen wir sie einmal wohlwollend - Arbeitnehmervertreter, die von Tausenden bis hin zu 5.000 Arbeitsplätzen reden, die dort vernichtet werden sollen, handeln auch nicht verantwortungsvoll.

Abschließend möchte ich sagen: So können wir Reformen nicht diskutieren, wie das in den letzten Tagen immer wieder geschehen ist: Wir sagen Nein zu Studiengebühren, Strukturveränderungen wollen wir am liebsten auch nicht. Wir schauen lieber, was wir in den letzten 40 Jahren gemacht haben, und zwar - wenn ich das einmal sagen darf - nicht besonders gut gemacht haben. Da müssen wir uns alle einmal an die eigene Nase fassen. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass - dies ist in dieser Frage nicht möglich.

Deshalb will ich nur darauf hinweisen, dass wir einen hohen Regelungsbedarf haben. Es gibt viel zu regeln. Wir wollen das tun. Es gibt ein vernünftiges Verfahren. Die Vorschläge halte ich für einen vernünftigen Ansatz. In ihnen steckt viel, was diskutiert werden muss und leider in der Diskussion nicht angesprochen worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich gehe auf Ihre Zwischenrufe nicht ein, weil Sie gleich an der Reihe sind. Herr Hentschel, wenn Sie zugehört haben, dann wissen Sie, dass wir ergebnisoffen in die Gespräche gehen. Wir sind froh, dass diese wichtigen und mutigen Vorschläge auf dem Tisch liegen. Es ist offensichtlich etwas vorbereitet worden, was wir vernünftig verarbeiten müssen. Das ist gut, das ist mutig. Das findet auch die Zustimmung der Fraktion. Wir werden diesen Gesetzentwurf jetzt über ein Jahr lang begleiten und vernünftige Vorschläge machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit dem an, was auf der Tagesordnung steht, nämlich die Beratung des SSW-Antrages. Ich will zu Beginn deutlich sagen, dass wir zwar mit der Hochschulpolitik nicht neu anfangen, dass wir aber in der Tat einen neuen Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung unserer Hochschulen haben. Dafür wollen wir ein tragfähiges Ergebnis nach einer Diskussion, die sicherlich an der einen oder anderen Stelle nicht einfach sein wird.

Was wir aber nicht wollen, liebe Kollegen vom SSW, ist, heute am Beginn dieser Debatte einen Vorratsbeschluss über das zu fassen, was vielleicht am Schluss der Debatte zur Entscheidung stehen kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Sie haben ein in der Tat sehr heiß diskutiertes und sehr aktuelles Thema aus den vielen Eckpunkten des Wissenschaftsministers herausgegriffen. Deswegen will ich dazu von unserer Seite gern ein paar Worte sagen. Wäre nach Auffassung der SPD das Thema Landesuniversität ein außerordentlich prioritäres Vorhaben, hätten wir das in unser Wahlprogramm aufgenommen. Sie werden wahrscheinlich wissen, dass es da nicht steht. Wären wir der Auffassung gewesen, dass es ein zeitlich schnell zu lösendes Problem gewesen wäre und akuter Handlungsbedarf bestanden hätte, dann hätten wir dazu etwas im Koalitionsvertrag vereinbart. Sie werden auch gelesen haben, dass dazu im Koalitionsvertrag nichts steht.

Jetzt liegt immerhin ein Eckpunktepapier des Wissenschaftsministers auf dem Tisch, der genau diesen Weg beschreiten will. Man muss deutlich sagen: Ein solcher Vorschlag muss natürlich in aller Gründlichkeit und Sachlichkeit gewogen und geprüft werden; nicht mehr und nicht weniger. Nicht am Anfang, sondern am Ende der Diskussion steht eine Bewertung dieses Vorschlages.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ein ganzer Fächer von Fragen muss geklärt werden: Was hätte eine solche Konstruktion für Auswirkungen auf Drittmittelinwerbungen? Was hätte das für

(Jürgen Weber)

Auswirkungen auf die regionale Strukturentwicklung?

Zum Thema **Wissenschaftspolitik und Regionalpolitik** könnte man länger reden; die Zeit habe ich jetzt nicht. Natürlich hat Wissenschaftspolitik immer regionale Konsequenzen und regionale Bezugspunkte, aber Wissenschaftspolitik als einen wichtigen Bestandteil von Regionalpolitik zu definieren, halte ich für eine falsche Zuspitzung. Das aber nur am Rande.

Wir müssen die Frage von doppelten Studienangeboten prüfen: Gibt es sie überhaupt, in welcher Form und haben wir überhaupt Optionen für Handlungsmöglichkeiten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedermann ist klar: Wenn man etwas anpackt, was erhebliche Veränderungen im Bereich der **Verwaltungsstrukturen** der Hochschule bedeutet, wenn wissenschaftliche Organisationsfragen zur Disposition stehen und nicht zuletzt Fragen angesprochen werden, die eine hohe symbolische Bedeutung haben, muss man gute und starke Argumente haben.

Deshalb ist es sinnvoll, in eine Bewertung von möglichen Vor- und Nachteilen einer solchen Empfehlung einzutreten. Dazu braucht man natürlich - das weiß jeder und das hat der Minister bisher auch nicht anders verkündet - mehr als nur Eckpunkte. Man braucht belastbare Informationen über Details der Umsetzung eines solchen Vorhabens. Solche liegen in einer belastbaren, bewertbaren Form noch nicht vor. Die werden in die Diskussion der nächsten Wochen und Monate sicherlich eingeführt.

Deswegen will ich noch einmal darauf hinweisen, was auch Kollegin Spoorendonk vorhin deutlich gemacht hat: Wir fangen ja nicht bei null an, wir erfinden Hochschulpolitik nicht neu. Wir haben die Ergebnisse der **Erichsen-Kommission**. Sie hat ein paar Dinge vorgeschlagen, die sich in der Umsetzung befinden; sie hat übrigens auch ein paar Dinge explizit nicht vorgeschlagen. Wenn man das, was die Expertenkommission nicht vorgeschlagen hat, jetzt trotzdem will, muss man seine Pläne zumindest auf demselben qualitativen Niveau präsentieren. Es müssen die gleichen Maßstäbe gelten, wie wir sie an die Arbeit der Erichsen-Kommission angelegt haben.

Deswegen ist es für den Diskussionsprozess nur begrenzt hilfreich und nur begrenzt intellektuell und wissenschaftspolitisch redlich, wenn auf der einen Seite diverse Vorschläge und Spekulationen ins Kraut schießen, was wohin wie verschoben werden kann, und auf der anderen Seite dramatische Übertreibungen als Reaktion auf den Vorschlag des Ministers

ins Kraut schießen. Beide Dinge haben mit einer an der Sache orientierten Diskussion nur sehr begrenzt zu tun, wenn sie auch politisch verständlich und nachvollziehbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Schreckensvorhersagen sind mindestens so spekulativ wie Nutzensvorhersagen, die noch des Beweises bedürfen.

Ich möchte zum Abschluss auf einen Punkt hinweisen, den man in der Diskussion nicht vernachlässigen darf. Das Thema **Landesuniversität** steht ja nicht für sich allein. Die Eckpunkte stehen in einem Gesamtzusammenhang vom Thema Studiengebühren über die Gremienstruktur bis hin zur äußeren Hochschulstruktur. Man muss das im Zusammenhang diskutieren und zur Kenntnis nehmen.

Wir sind sicher, dass darin genügend Stoff für eine außerordentlich lebhaft politische Debatte in den nächsten Monaten steckt. Wir haben deutlich gesagt, dass es ein paar Punkte gibt, die nicht unsere Auffassung darstellen: das Thema Studiengebühren, das Thema Gremienstrukturen. Dort wird es einen Diskussionsprozess geben, den wir offen führen werden.

Zum Schluss möchte ich noch einmal deutlich betonen, womit ich auch angefangen habe: Wir sollten den SSW-Antrag an den Ausschuss überweisen und ihn dann im Zusammenhang mit den Dingen beraten, die uns als Gesetzentwurf irgendwann einmal erreichen werden. Im Bildungsausschuss ist der Antrag gut aufgehoben.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Alles andere werden wir in Ruhe zu bewerten haben. Mehr kann man zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, sonst würden wir uns selbst an Spekulationen beteiligen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorstellung, mit einer fusionierten Landesuniversität Schleswig-Holstein könne man in die universitäre Oberliga aufrücken, ist schlicht weltfremd. Tatsächlich wäre eine auf drei Standorte verteilte Schleswig-Holstein-Universität unbeweglicher und schwerfälliger. Allein der interne Koordinations- und Ab-

(Dr. Ekkehard Klug)

stimmungsbedarf in Gremien und Kommissionen würde zwischen Kiel, Lübeck und Flensburg enorm viel Zeit und Kraft absorbieren. Schiere Größe, etwa eine Addition von Studentenzahlen, bedeutet im Hochschulbereich nicht Qualität oder Exzellenz. Schauen Sie sich eine der exzellentesten Universitäten der Welt an. Harvard hat gut die Hälfte der Studentenzahlen der Kieler Uni, aber eben ein zehnfaches so hohes Budget.

Herr Austermann, das Budget würde ja bei Ihren Plänen nach dem Eckwertepapier nicht etwa erhöht, sondern - wenn man in Ihrem Papier etwas weiter liest - sogar verkleinert. Denn Sie wollen ja, dass die **Landesuniversität Schleswig-Holstein** in Zukunft auch die Mittel für Beihilfen und die Versorgungslasten aus ihrem **Globalhaushalt** finanziert. Die Botschaft lautet also: Abbau, Reduktion von tatsächlichen Angeboten. Wenn die Unis das aus dem Plafond, der jetzt da ist, aufbringen müssen, können sie das nur tun, wenn sie vorhandene Stellen, Hochschul-lehrerstellen und andere Mitarbeiterstellen reduzieren.

Meine Damen und Herren, es hatte schon gute Gründe, dass der Mainzer Landtag vor neun Jahren beschlossen hat, die bis dahin in der landesweiten Fachhochschule Rheinland-Pfalz zusammengefassten FH-Standorte in sieben eigenständige regionale Fachhochschulen aufzuteilen. Die Argumente, die dafür im September 1995 in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Fachhochschulgesetzes im Mainzer Landtag vorgebracht worden sind, sprechen Bände: kürzere Entscheidungswege, Optimierung von Entscheidungsprozessen, höheres Maß an Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, stärkere Identifikation in der Region.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist bemerkenswert, dass nicht nur die Regierungsfractionen SPD und FDP das so gesehen haben, sondern dass auch die oppositionelle CDU-Landtagsfraktion diesem Gesetzentwurf dort ihre Zustimmung gegeben hat.

(Beifall bei der FDP)

Der Wissenschaftsminister hat für seine Idee diverse Argumente ins Feld geführt, die sich bei näherer Betrachtung aber alle als nicht stichhaltig erweisen, etwa **Synergieeffekte** im IT-Bereich. Bei der Bildung des fusionierten Universitätsklinikums haben wir festgestellt: Die Vereinheitlichung im IT-Bereich hat zunächst einmal 3 Millionen € zusätzlich gekostet, damit die überhaupt eine kompatible Informationstechnik haben. So ein Prozess kostet. Was die Betreuung der Studierenden betrifft: Akademische

Auslandsämter brauchen Sie bei drei verteilten Standorten nach wie vor an jedem Standort. Die Beispiele ließen sich erweitern.

Sie nennen in Ihrer Pressemitteilung vor einigen Tagen explizit den Wettbewerb um Mittel für medizinische Sonderforschungsbereiche. Das finde ich wirklich erstaunlich, weil sowohl Kiel als auch Lübeck gerade in den letzten Jahren gezeigt haben, dass sie auch in der jetzigen Struktur in hervorragender Weise in der Lage sind, Drittmittel für Sonderforschungsbereiche und andere **Forschungsdrittmittel** einzuwerben, etwa im Bereich der Genomforschung. Es wäre vielleicht einmal sinnvoll, bei der Beratung über den Antrag des SSW im Bildungsausschuss die Sprecher der medizinischen Sonderforschungsbereiche in diesem Land einzuladen, die ja unter Beweis gestellt haben, dass sie fähig sind, in der vorhandenen Struktur sehr gute Arbeit zu leisten, zu fragen, was sie denn von Ihren Ideen halten.

Ich komme zusammengefasst auf fünf **Sonderforschungsbereiche** in Kiel und Lübeck. Ich habe mir einmal angeschaut, was das Universitätsklinikum der Ludwig-Maximilians-Universität in München zu bieten hat, für den hochschulmedizinischen Bereich dort übrigens mit einem Landeszuführungsbeitrag, der um 50 % höher ist als der Landeszuführungsbeitrag, den wir für Kiel und Lübeck zusammen ausgeben. Die kommen auch auf fünf Sonderforschungsbereiche. Mit anderen Worten: So schlecht ist unsere Bilanz also auch wieder nicht. - Die TU sollte man da nicht mitzählen; die hat ja ein eigenes Klinikum.

Schließlich sollte Herr Austermann auch die Frage beantworten, ob er mit dem **Fusionsplan** neben den angeblichen Synergieeffekten auch Einsparungen beabsichtigt. Viele vermuten, dass in Wirklichkeit dahinter steht, - 2008 läuft der Hochschulvertrag aus -, dass mittelfristig eine **Deckelung der Hochschulmittel** kommen soll. Damit verlegt man Verteilungskonflikte im Rahmen einer fusionierten Landesuniversität in die Institution hinein, man selber erspart sich im Zweifelsfall eigene Entscheidungen, die man treffen müsste. Das hat zur Konsequenz, dass in der fusionierten Landesuniversität ein Hauen und Stechen losgeht und Forschung und Lehre für längere Zeit darunter zu leiden haben, dass das Land mit dieser Vorgabe die Arbeit der Universitäten massiv belastet.

Ich halte von dem Konzept überhaupt nichts. Ich teile die Auffassung, dass wir im Ausschuss Näheres beraten sollten, und erinnere noch einmal an den Vorschlag, dass wir Experten einladen, die uns vielleicht aus ihrer Erfahrung heraus sagen können, was denn

(Dr. Ekkehard Klug)

von diesen Ideen des Herrn Wissenschaftsministers zu halten ist.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, irgendwie sind Sie mir sympathisch. Ich finde es gut, dass Sie dynamisch an die Sache herangehen. Ich glaube auch, dass wir Strukturreformen brauchen. Daher finde ich es auch richtig, dass man über alles nachdenkt, ganz ehrlich.

Bei der großen **Fusion** der drei schleswig-holsteinischen **Hochschulstandorte** sind interessanterweise zwei Universitäten vergessen worden, nämlich die Muthesius-Schule und die Musikhochschule. Da diese noch kleiner sind, müsste man sie aus Effizienzgründen am ehesten einkassieren.

Unabhängig davon sind mir folgende Bedenken gekommen: Einmal ist eine Universität kein Betrieb oder keine Behörde, die man einfach zusammenlegen kann, sondern es handelt sich um eine der wichtigsten - auch regionalen - Ressourcen, die Bildung auf hohem Niveau produziert. Ganz entscheidend für die Hochschulen ist - man muss sich nur einmal die Geschichte der Uni Lübeck angucken - die große **Identität** der regionalen Wirtschaft **mit der Universität**, die auch am Beginn der Geschichte der Hochschule gestanden hat. Die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit der Hochschule spielt eine entscheidende Rolle. Das ist Psychologie. Aber auch Wirtschaft ist Psychologie; das wissen wir alle.

Zu dem, was jetzt in Lübeck bei der Demo passiert ist, kann man sagen, die sind alle von gestern. Wenn man Lübeck kennt, kann man sagen: Bestimmt sind die alle von gestern.

(Unruhe)

- Ich habe es ironisch gemeint. Ich hoffe, meine Ironie wird im Landtag noch verstanden.

Aber es drückt auch etwas aus, nämlich das hohe Maß an Identifikation Lübecks mit seiner Universität. Das wird mir, glaube ich, selbst der Kollege aus Lübeck bestätigen.

Die **Technologieförderung** der letzten Jahre hat gezeigt, dass sie vor Ort nur dort funktioniert, wo sie in

enger Kooperation von Technologiezentren und Hochschulstandorten mit Unterstützung der örtlichen Wirtschaft stattfindet. Das ist ganz entscheidend, um neue Impulse zu bekommen, damit etwas Neues entsteht. Wir wollen ja nicht immer nur die alte Wirtschaft fördern, die sich eher zurückentwickelt, sondern wir brauchen neue Impulse dort, wo etwas Neues entsteht. Dafür sind gerade die **örtlichen Hochschulaktivitäten** von zentraler Bedeutung. Das ist ein Punkt, den man bedenken sollte.

Zweiter Punkt. In der Vergangenheit hat sich eine Hochschule besonders schwer getan, sich zu verändern. Das ist nicht die kleinste, sondern die größte, nämlich die CAU. Dort haben wir die meisten Probleme. Deswegen wage ich die Theorie: Dass Großcontainerschiffe effizienter als kleine Feeder sind, stimmt nur in Gewässern, in denen keine erhöhte Manövrierfähigkeit verlangt wird. Vielleicht sollten Sie darüber einmal nachdenken. Es hat an der CAU wirklich massive Probleme gegeben. Das hängt vielleicht gerade mit der Größe zusammen.

Drittens. Wir haben bundesweit eine völlig neue Diskussion, was das **Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten** angeht. Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge schwindet die Unterscheidung von Universitäten und Fachhochschulen zunehmend. Hinzu kommt, dass es an den Fachhochschulen zunehmend angewandte Spitzenforschung gibt, obwohl die Professoren weiterhin ihre 18 Stunden machen, während ein beträchtlicher Teil der Professoren an den Universitäten - es heißt, die Hälfte bis ein Drittel - gar nicht mehr forscht, gleichwohl aber die Stundenreduzierung bekommt. Das Thema wird seit langem diskutiert. Wir müssen das Verhältnis von Universitäten und Fachhochschulen neu überdenken.

In **Flensburg** gibt es schon eine enge Zusammenarbeit. Wir hatten im Erichsen-Gutachten die Empfehlung, die beiden zumindest verwaltungsmäßig zusammenzuführen. Das sind Dinge, über die jetzt nachgedacht werden muss. Dabei müssen wir das Verhältnis neu bestimmen. Auch das gehört zu einer neuen Hochschulkonstruktion. Das fehlt bei Ihnen völlig.

Herr Austermann, egal, was man von Ihrem Konzept hält: Allein die Tatsache, dass Sie diese Probleme schlicht ignorieren, macht deutlich, dass Ihre Vorschläge angesichts der bestehenden Probleme unterkomplex sind.

Im März 2003 hat die hochkarätig besetzte Expertenkommission unter Leitung von Herrn Erichsen im Auftrag der **Landesrektorenkonferenz** einen Bericht vorgelegt und sehr konkrete Empfehlungen für die

(Karl-Martin Hentschel)

Entwicklung der schleswig-holsteinischen Hochschulen - Einsparkorridore, Konzentrationsnotwendigkeiten - gegeben. Es ist schon überraschend, dass Sie jetzt ein Eckpunktepapier vorlegen, in dem diese Dinge in keiner Weise aufgearbeitet werden.

Ich will jetzt auf die anderen Punkte Ihres Konzeptes nicht eingehen, weil ich nur fünf Minuten Redezeit habe. Aber eines möchte ich zum Schluss sagen: Fusion klingt immer gut. Aber man muss Argumente dafür haben, die überzeugen. Das scheint hier nicht der Fall zu sein. Die Hochschulen lehnen Ihr Konzept ab. Flensburg und Lübeck lehnen Ihr Konzept ab. Die Parteien wirken auch alle nicht begeistert. Der Sprecher Ihrer Fraktion hat gerade gesagt, man könnte ja ergebnisoffen diskutieren. Das ist so ziemlich das vernichtendste Urteil, was ich je von dem Sprecher einer Partei über den eigenen Minister gehört habe. So etwas ist noch nie vorgekommen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Partei wird sich jetzt mit Hochschulexperten zusammensetzen. Ich denke, wir werden ein eigenes Konzept entwickeln und das gern in die Diskussion hier einbringen. Einer Diskussion will ich mich nicht entziehen. Aber ich muss feststellen - -

Präsident Martin Kayenburg:

Dazu müssen Sie dann bitte neue Redezeit beantragen.

(Heiterkeit)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, danke für den Hinweis. Ich komme zum Schluss. - Herr Austermann, es war ein netter Versuch. Aber der Fusionsreaktor Austermann ist wohl erst einmal explodiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Herbst, ich möchte den Kollegen Astrup zitieren.

(Zurufe: Oh, oh!)

Von ihm stammt der Satz: Nicht alles, was hinkt, ist ein Beispiel. - Damit meine ich Folgendes: Natürlich habe ich erwartet, dass in dieser Diskussion auch das Beispiel Syddansk-Universität genannt wird. Hätte ich mehr Redezeit gehabt, wäre ich selbst darauf eingegangen. Ich gehöre zu den Leuten, die die Syddansk-Universität sogar von innen kennen. Ich kenne die Sprache und weiß, was da läuft.

Ich meine, dass große Strukturen Sinn machen, wenn die Vorgaben stimmen. Zu den Vorgaben der **Syddansk-Universität** gehört der Ausbau des Campus Sønderburg. Ich weiß nicht, ob Sie da gewesen sind. Das ist eine riesige Geschichte. Diese Geschichte hängt natürlich auch mit den Namen Danfoss und Jørn Mads Clausen zusammen. Bei der Konstruktion der Syddansk-Universität geht man also von klaren Zielsetzungen aus. Zu diesen Zielsetzungen gehört die Verantwortung für die gesamte Region. Keiner darf als Verlierer dastehen. Das ist die Pointe.

Vielleicht noch eine weitere Information: Als es um den Bestand des internationalen Studiengangs in **Flensburg** ging und wir die Empfehlung der Erichsen-Kommission diskutierten, hat die Syddansk-Universität zugesagt - ich denke, sie hat es auch eingehalten -, diese Studiengänge künftig finanziell stärker zu unterstützen. Das sollte einmal einer nachmachen. Aus meiner Sicht gehört es zur Profilbildung dieses nördlichsten Universitätsstandortes, dass wir das weiterhin im Blick behalten.

Ich bleibe dabei, dass eine Fusion die Probleme nicht lösen wird; denn das Anreizbudget, über das wir letztes Mal schon diskutiert haben, macht deutlich, wohin die Reise gehen könnte. Es wird Gewinner und Verlierer geben und das können wir nicht akzeptieren. Wir alle wissen, dass mehr kooperiert werden muss. Wir wissen genau, dass Ziele koordiniert werden müssen. Wir wissen auch - da kann ich dem Kollegen Klug nur Recht geben -, dass wir mit einer Fusion überhaupt nichts erreichen.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich dem Wissenschaftsminister, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zu Beginn vielleicht kurz das aufnehmen, was Sie gesagt haben, Frau Abgeordnete Spoorendonk. Das, was Sie eben für Süddänemark dargestellt haben, war

(Minister Dietrich Austermann)

eine Bestätigung dafür, dass eine Fusion mit entsprechenden Zielen, mit entsprechender Ausstattung ein Gewinn für alle vier Standorte sein kann. Das war kein Argument dagegen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Selbstverständlich. Aber woher kommt das Geld? Irgendeiner muss es schon machen. Wenn wir Unternehmer haben, die bereit sind, das zu machen, dann sieht die Situation gleich ganz anders aus.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren - auch für die Abgeordneten -, deutlich sagen, von welchen Gedanken wir uns beim weiteren Vorgehen leiten lassen. Das Ministerium hat Eckpunkte erarbeitet. Die Eckpunkte sind mit den Koalitionsfraktionen besprochen worden. Sie sind mit den meisten Hochschulen erörtert worden. Sie sind mit vielen Rektoren erörtert worden. Es gab eine Abstimmung mit allen Beteiligten, die in die Richtung ging: Die Ziele, die durch die Eckpunkte verfolgt werden, sind richtig. Es gibt insbesondere mit der Fraktion der SPD an drei Punkten erheblichen Diskussionsbedarf. Ob man sich in allen drei Punkten auf eine gemeinsame Position verständigen wird, ist noch offen. Ich hoffe das für alle drei Punkte, weil ich für richtig halte, was vorgeschlagen worden ist. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass es bei den drei Punkten Modifikationen gibt. Wie dem auch sei: Auf jeden Fall haben wir das gemeinsame Ziel, ein **Hochschulgesetz** zu machen, dessen Sinn darin besteht, mehr Effektivität, mehr Geld, mehr Exzellenz aus unseren Hochschulen herauszuholen, und zwar aus allen neun Hochschulen, nicht nur aus den drei Universitäten. Das ist das gemeinsame Ziel dieser Koalition. Dafür leisten wir die Vorarbeit.

Ich sage dabei ganz deutlich: Es gibt Anforderungen, die man sich nicht aussuchen kann. Sie sind einfach da. Wir haben einen zusätzlichen Druck durch eine Schwemme von **Studenten**, aus den unterschiedlichsten Gründen. Wenn beispielsweise entschieden wird, nach der zwölften Jahrgangsstufe das Abitur zu machen, dann kommt spontan ein Jahrgang mehr auf den Markt. Wenn man sich darüber hinaus entscheidet, sogar nach der elften Klasse Schluss zu machen, wird der Druck noch größer. **Demographisch** gibt es eine zusätzliche Entwicklung. Sie geht in die Richtung, zu sagen: Es brauchen mehr Leute einen **Hochschulabschluss**.

Wir sehen darüber hinaus, dass wir im internationalen und nationalen **Wettbewerb** stehen. Ich bin nicht dafür, dass sich Kiel und Lübeck Konkurrenz machen. Ich bin dafür, dass die Hochschulen in Schleswig-Holstein den nationalen und auch den internatio-

nen Wettbewerb bestehen. Es geht nicht darum, dass wir zeigen, wer unter Zwergen der Größte ist. Vielmehr müssen wir miteinander so ausgerichtet sein, dass wir im nationalen und internationalen Wettbewerb hervorragend dastehen. Ich glaube, dass dies eine gemeinsame Zielrichtung ist.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte den einen oder anderen erinnern, was im Wahlprogramm tatsächlich stand. Dort stand in der Tat nichts von einer Hochschulfusion. Es stand aber zum Beispiel drin: Wir wollen mehr **Eigenverantwortung durch Kooperation**, sei es mit Hamburg, Dänemark, mit der Wirtschaft, um Effizienzgewinne zu erzielen. Wenn ich mit dem UKE zusammenarbeite, bedeutet das, dass ich in bestimmten Bereichen das, was ich selber mache, möglicherweise verändern, wenn nicht gar verkleinern muss. Wir werden an vielen Stellen zusammenarbeiten müssen. Über Landesgrenzen hinweg ist Kooperation etwas Gutes. Innerhalb der Landesregierung soll es Böses sein?

Jetzt sage ich Ihnen etwas zum Thema **Flensburg**. Man kann Regionalpolitik für einen bestimmten Standort machen und dem Standort dabei schaden. Wenn der Rektor der Universität Flensburg zu mir sagt: In zwei Jahren mache ich den Laden dicht, wenn sich nichts ändert, wird ziemlich deutlich, dass wir in der Hochschullandschaft etwas verändern müssen. Damit mache ich denen überhaupt keinen Vorwurf, die vorher für diesen Bereich Verantwortung trugen. Es sind wichtige Schritte eingeleitet worden. Das **Erichsen-Gutachten** ist gemacht worden. Wir arbeiten auf der Basis dieses Gutachtens, um die Entwicklung weiter voranzutreiben. Dazu muss man auch sehen, dass sich die Bedingungen ständig verändern und dass wir im nationalen und internationalen Wettbewerb ein ganzes Stückchen vorankommen.

Ich habe volles Verständnis, dass man in Lübeck, wo es eine wertvolle Zusammenarbeit gibt - medizintechnische Betriebe, Informatik und Medizinische Fakultät -, Sorge hat, diese Perle für die Zukunft zu erhalten. Es gibt ganz genauso auch Schätze an der Medizinischen Fakultät in Kiel.

Aber unter dem Strich muss ich die Bilanz ziehen, dass unsere Hochschulen weniger Geld bekommen als in anderen Bundesländern. Was das nationale **Ranking** betrifft, sind wir durchaus verbesserungsbedürftig. Unser gemeinsames Ziel muss sein, die Besten aus dem Land in die besten Hochschulen zu stecken und dafür das Geld effektiv einzusetzen. Deswegen sollte sich niemand zu früh mit regionalem Bezug verabschieden und sagen: An dieser Stelle muss ich meinen Kirchturm erhalten oder meinen

(Minister Dietrich Austermann)

Kleingarten pflegen. Vielmehr geht es darum, eine Besserung zu erreichen.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, wo die **Zusammenarbeit über Hochschulgrenzen** hinweg, gewissermaßen von Universität zu Universität, genau der richtige Schritt ist. Das **Medizinexzellenzcluster**, in dem es darum geht, sich gemeinsam um den Bundeswettbewerb zu bemühen, ist ein Cluster, das zusammen mit Forschungszentrum Bostel, Universität Lübeck und Christian-Albrechts-Universität zu Kiel erarbeitet worden ist. Alle drei arbeiten zusammen. Am Anfang gab es die Diskussion: Wer hat die Federführung? Durch diese Diskussion wurden wertvolle Wochen verplempert. Ich kann mir gut vorstellen, wenn man in diesem Bereich eine gemeinsame Basis schafft, um miteinander die richtigen Entwicklungen anzugehen, dass man so den effektivsten Weg bekommt und mehr Effizienz für die einzelne Hochschule, für den einzelnen Hochschulstandort.

Wir sagen ganz eindeutig - mit „wir“ meine ich die Mitarbeiter meines Hauses, die das vorgearbeitet haben -: Wir stehen bereit für die Diskussion mit dem Parlament, nachdem die Eckpunkte mit den Universitäten öffentlich diskutiert worden sind. Es muss zunächst die Gelegenheit geben, Eckpunkte zu erarbeiten, damit jeder weiß, worüber gesprochen werden soll. Die Eckpunkte sind jetzt vorgelegt. Die Regierung hat sie in der Zielrichtung zur Kenntnis genommen und die Zielrichtung bejaht. Jetzt fängt der Prozess der Diskussion mit den Hochschulen an; er läuft vielleicht über drei oder vier Monate. Manch einer, der am Anfang gesagt hat, es ist genau richtig, was ihr da macht, erinnert sich jetzt wieder daran. In den Stellungnahmen der **Rektorenkonferenz** sah das ein bisschen anders aus.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ich bin sofort fertig. - Es scheint eine kollektive Amnesie ausgebrochen zu sein. Wir werden uns nicht hindern lassen, die Vorschläge zu machen, die im Interesse der überwältigenden Mehrheit dieses Landtages erforderlich sind, um unsere Hochschulen effektiver und im Ranking besser zu machen und für die Universitäten insgesamt mehr Geld auszugeben. Ich denke, das ist der richtige, der Zukunft zugewandte Weg, vor allem für die jüngere Generation.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich finde es erstaunlich. Sie legen ein Konzept vor, Eckpunkte. Sie behaupten, Sie hätten mit allen gesprochen und alle hätten im Prinzip zugestimmt. Das löst großen Protest an allen Universitäten aus. Die Fraktionen distanzieren sich. Das Kabinett stimmt nicht zu. Es ist etwas völlig Neues, dass ein Minister im Parlament Eckpunkte vorlegt, denen das Kabinett nicht zugestimmt hat. Sie werden von allen Seiten wegen mangelnder Abstimmung gerügt, nicht von mir, sondern von anderen Leuten. Sie wissen von nichts. Sie tun so, als sei alles in Ordnung. Am Schluss machen Sie hier im Plenum den Hochschulen den Vorwurf kollektiver Amnesie. Ich finde es mittlerweile unfassbar, was Sie hier bieten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Die Drucksache 16/350 soll an den Bildungsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 39 auf:

Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen

Landtagsbeschluss vom 2. September 2005

Drucksache 16/209 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/322

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht mehr zu beraten, sondern ihn an den Ausschuss zu überweisen und die Aussprache nach der Ausschussberatung durchzuführen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 auf:

(Präsident Martin Kayenburg)

Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung

Landtagsbeschluss vom 17. Juni 2005

Drucksachen 16/125 und 16/131

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/343

Hier ist die gleiche Handhabung vorgesehen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den weiteren Anträgen ohne Aussprache. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/247

Bericht- und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 16/331

Ich erteile dem Berichterstatter, dem Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er verweist auf die Vorlage!)

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte Ihnen Gelegenheit geben, zu wissen, worüber Sie abstimmen sollen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat jeder gelesen!)

Da wir keine erste Lesung zu diesem Gesetzentwurf hatten und es sich um Geld aus dem Landeshaushalt handelt, sollten wir uns alle die Zeit nehmen zuzuhören, zumal es sich bei diesem Gesetzentwurf um die im nächsten Jahr vielleicht wichtigste Nebensache Deutschlands handelt, nämlich - Kollege Hay, das wird Sie interessieren - um die Fußball-Weltmeisterschaft. Sie werden sich daran erinnern, Kollege Hay, dass wir im Landtag schon 2002 einen Staatsvertrag behandelt haben, der sicherstellen sollte, dass ein Teil der Wetterlöse aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft zur Verfügung gestellt werden sollten.

Nun hat sich herausgestellt, dass die Einnahmeerwartungen des Deutschen Fußballbundes nicht ganz

erfüllbar waren. Deshalb haben sich mit unserem Verständnis und mit unserer Billigung die Ministerpräsidenten noch einmal hingestellt und haben einen zweiten Staatsvertrag zusammengestellt. Ich will Ihnen aus Zeitgründen Einzelheiten ersparen, zumal Sie es ja durchgelesen haben. - Das sollte eigentlich auch den Kollegen Baasch interessieren.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zu Ihrem Bericht.

Günter Neugebauer [SPD]:

Die haben sich also zusammengesetzt und einen neuen Staatsvertrag erarbeitet mit dem Ergebnis, das ich Ihnen zur Annahme im Auftrag des Finanzausschusses empfehlen möchte, dass der Staatsvertrag in dieser neuen Form von Ihnen auch gebilligt wird. Er hat zur Folge, dass das Land Schleswig-Holstein im Jahre 2005 und 2006 jeweils 96.000 € zusätzlich an den DFB wird zahlen müssen.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Mitglieder des FC Landtages unter der bewährten Führung des Kollegen Jürgen Weber freuen sich auf die Fußballweltmeisterschaft, aber ich will absichtsvoll hinzufügen, wir erwarten natürlich auch, dass sich ein Teil der Mittel, die aus diesen Aufwendungen finanziert werden sollen, für die Fußballinteressierten in Schleswig-Holstein wieder finden und Veranstaltungen am Rande der Fußballweltmeisterschaft in Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Wenn sich Lübeck etwas mehr anstrengen würde, wären sie vielleicht auch Austragungsort einer Fußballweltmeisterschaftsrunde geworden.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 16/331, abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

(Präsident Martin Kayenburg)

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein vom 3. Januar 1873

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/239

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/332

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Meine Damen und Herren, der Innen- und Rechtsausschuss hat sich entsprechend dem Plenarbeschluss vom 29. September 2005 mit diesem Gesetzentwurf der Landesregierung am 26. Oktober 2005 befasst. Das Gesetz von 1873 betreffend die Ablösung von Reallasten ist in Schleswig-Holstein nach wie vor geltendes Recht. Im Widerspruch zu den Regelungen des Gesetzes sind auf der Grundlage von fälschlichen Angaben in dem von den Grundbuchämtern ganz überwiegend verwendeten Standardwerk zum Grundbuchrecht in der Vergangenheit verschiedene Reallasten eingetragen worden, die nicht hätten eingetragen werden dürfen. Der Gesetzentwurf sieht vor, diese Vorgänge zu heilen und die eingetragenen Reallasten für wirksam zu erklären.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/239. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/240

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/333

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 29. September 2005 überwiesenen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes am 26. Oktober befasst. Mit dem Landesschlichtungsgesetz vom 11. September 2001 hat Schleswig-Holstein von der vom Bundesgesetzgeber eingeräumten Öffnungsklausel Gebrauch gemacht und in bestimmten Fällen die obligatorische vorgerichtliche Schlichtung eingeführt. Das Gesetz war zunächst bis zum 31. Dezember 2005 befristet.

Die Entwicklung hat gezeigt, dass mit dem Gesetz der Gedanke der einvernehmlichen Streitschlichtung gestärkt wird und die Gerichte entlastet werden. Eine Verlängerung der Befristung des Gesetzes ist daher angezeigt. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht daher die Verlängerung der Befristung im Landesschlichtungsgesetz bis zum 31. Dezember 2008 vor. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/240. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/300

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/300 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

(Präsident Martin Kayenburg)

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/309

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/309 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Errichtung von „Dataport“ als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/321

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/321 federführend dem Finanzausschuss, mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/335

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/335 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt

Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/348 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses

Drucksache 16/363

Ich erteile der Berichterstatterin des Europaausschusses, der Frau Abgeordneten Frau Astrid Höfs, das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Der Europaausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss am 10. November 2005 überwiesenen Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten in seiner gemeinsamen Sitzung mit dem Innen- und Rechtsausschuss am 11. November 2005 befasst. Einstimmig empfehlen die beiden Ausschüsse dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Die Ausschüsse empfehlen die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/348 (neu). Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Drucksache 16/348 (neu), Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten, angenommen worden mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 und 41 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Reformbedarf bei Amtsgerichten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/303

(Präsident Martin Kayenburg)

b) Planungen zur Struktur der Gerichte in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 17. Juni 2005

Drucksache 16/123

Bericht der Landesregierung

Drucksache 16/342 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, sowohl den Antrag Drucksache 16/303 als auch den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/342 (neu), dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Bericht über die Trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 16/306

Mit diesem Antrag wird ein Bericht der Landesregierung für die 8. Tagung erbeten. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Gaspreise in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/319

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP

Drucksache 16/360

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Durch die Vorlage des zwischen CDU, SPD und FDP abgestimmten Antrages schlage ich abweichend von der Geschäftsordnung folgende Verfahrensweise vor: Mit Ihrem Einverständnis wird der Antrag Drucksache 16/360 als selbstständiger Antrag behandelt. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich schlage vor, über den Antrag Drucksache 16/360 in der Sache abzustimmen, da es sich um einen Berichts-antrag für die 8. Tagung handelt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Der Antrag Drucksache 16/360 wurde einstimmig angenommen. Ich gehe deshalb davon aus, dass sich der Ursprungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/319, erledigt hat. - Der Antragsteller bestätigt dies durch Kopfnicken.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Beratungsstellen FRAU & BERUF

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/338

Mit dem Antrag wird ein Bericht für die 9. Tagung erbeten. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Öffentliches Auftragswesen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Drucksache 16/349

Mit dem Antrag wird ein Bericht der Landesregierung für die 10. Tagung erbeten. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/18

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 16/339

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der FDP betreffend Überprüfung der Schließung des Fachbereichs Bauwesen in Eckernförde, Drucksache 16/18, wurde dem Wirtschaftsausschuss federführend und dem Bildungsausschuss

(Hans-Jörn Arp)

mitberatend durch Plenarbeschluss am 27. April 2005 überwiesen.

Der beteiligte Bildungsausschuss befasste sich mit der Vorlage in seinen Sitzungen am 9. Juni und am 18. August, der federführende Wirtschaftsausschuss am 13. Mai und am 26. Oktober 2005.

Mit ihrem Antrag fordert die FDP schwerpunktmäßig, die Umsetzung der Zielvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Fachhochschule Kiel hinsichtlich der Schließung des Fachbereichs Bauwesen der Fachhochschule Kiel in Eckernförde auszusetzen und die Entscheidung über die Verlagerung des Fachbereichs Bauwesen von Eckernförde nach Lübeck grundsätzlich zu überprüfen.

Das Begehren der FDP wurde im beteiligten Bildungsausschuss intensiv beraten und es wurde dabei noch einmal von der Ausschussmehrheit bekräftigt, dass der Prozess der Konzentration des Bauwesens in Lübeck auch in Konsequenz der Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission unumkehrbar sei. Dieser Auffassung schloss sich der federführende Wirtschaftsausschuss an und er empfiehlt dem Landtag ebenfalls - wie zuvor schon der Bildungsausschuss - mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, den Antrag Drucksache 16/18 abzulehnen.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages Drucksache 16/18. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Bundratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/221

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 16/340

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verspreche, das ist heute die letzte Rede. Der Antrag der Fraktion der FDP betreffend Bundesratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“, Drucksache 16/221, wurde durch Plenarbeschluss am 2. September 2005 dem Wirtschaftsausschuss federführend sowie dem Umwelt- und Agrarausschuss und dem Innen- und Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Wirtschaftsausschuss beriet die Vorlage in seiner Sitzung am 26. Oktober 2005, der beteiligte Innen- und Rechtsausschuss in seinen Sitzungen am 14. September und am 26. Oktober sowie der ebenfalls mitberatende Umwelt- und Agrarausschuss am 7. November 2005.

Der Innen- und Rechtsausschuss holte zu der sich mit dem Antrag stellenden Problematik des Erlasses eines Einzelfallgesetzes eine rechtliche Stellungnahme des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein ein. In der Stellungnahme des Innenministers, die sowohl dem federführenden Ausschuss als auch den mitberatenden Ausschüssen mit Umdruck 16/251 vorliegt, wird von der Landesregierung ein erheblicher rechtlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des mit dem Antrag der FDP intendierten Einzelfallgesetzes geäußert.

Im Einvernehmen mit den beteiligten Ausschüssen empfiehlt deshalb der federführende Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, den Antrag Drucksache 16/221 abzulehnen.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Garg, ich unterstelle, dass das keine Wortmeldung war. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages Drucksache 16/221. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

(Präsident Martin Kayenburg)

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2004

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/324

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/324, an den Finanzausschuss zu überwiesen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthal-

tungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich für das einmütige Votum.

Damit sind wir am Schluss der Tagung. Der Beginn der 8. Tagung des Landtages ist am 14. Dezember 2005 um 10 Uhr. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen ein gutes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:07 Uhr